KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 169 September/Oktober 2013 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 169 September/Oktober 2013

Nur im Internet | kurdistanreport.de



Das Vorbereitungskomitee gab auf einer Pressekonferenz den Termin für den Kurdischen Nationalkongress in Hewlêr Mitte September bekannt. Foto: DIHA



Mitten in Istanbul und an vielen weiteren Orten wurde der 15. August, der Jahrestag des Beginns des bewaffneten Widerstandes, gefeiert. Foto: DIHA



Der dreckige Krieg gegen die Zivilbevölkerung in Rojava eskaliert von Tag zu Tag. An vielen Orten wird von der Bevölkerung dagegen protestiert. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen und Leser,

wir würden diese Ausgabe des Kurdistan Reports gerne mit erfreulicheren Meldungen beginnen. Doch die Entwicklungen in Kurdistan geben uns derzeit leider nur wenig Anlass dazu.

In Rojava – Rojava ist kurdisch und bedeutet auf Deutsch Westen, mit Rojava werden die kurdischen Gebiete in Westkurdistan/Syrien bezeichnet – halten die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) und islamistischen Gruppen weiter an. Auch das Assad-Regime bombardiert immer wieder diese Gebiete. Zehntausende Menschen mussten ihre Heimat verlassen und befinden sich derzeit auf der Flucht. Doch auch wenn sich alle Kriegsparteien des syrischen Bürgerkriegs scheinbar bei der Bekämpfung der Errungenschaften in Westkurdistan einig sind, versuchen die KurdInnen entschlossen, ihre Revolution zu schützen.

Auch in Nordkurdistan gibt es derzeit keine sonderlich erfreulichen Meldungen. Der Prozess, oft wird er als Lösungs- oder Friedensprozess bezeichnet, stockt. Die türkische Regierung bewegt sich scheinbar nicht vom Fleck und kommt ihrer Verantwortung in der zweiten Stufe des Prozesses kaum nach. Der Exekutivrat der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) hat nun der türkischen Regierung eine Frist bis zum 1. September gesetzt. Bis dahin soll die Regierung öffentlich erklären, welche Schritte sie mit der Eröffnung des Parlaments nach der Sommerpause am 1. Oktober bereit ist zu tätigen. Tue sie dies nicht, werde die KCK den Prozess als ein Vernichtungs- und Hinhaltekonzept der AKP-Regierung bewerten. Bis zum Redaktionsschluss blieb die AKP-Regierung eine solche Erklärung schuldig.

Eine hoffnungsvolle Meldung gibt es dann doch. Der Termin für den Kurdischen Nationalkongress wurde bekanntgegeben. Zwischen dem 15. und 17. September werden insgesamt 600 Delegierte von kurdischen Organisationen und Parteien aus allen vier Teilen Kurdistans und der Diaspora in Hewler in der Autonomen Region Kurdistan zusammenkommen und eine gemeinsame Leitlinie in der Kurdistanpolitik diskutieren. Dass dieser Kongress sowohl die Position der KurdInnen in Rojava stärken als auch den Druck auf die türkische Regierung im Lösungsprozess erhöhen wird, ist offensichtlich. Wir sind gespannt und wünschen diesem historischen Kongress einen erfolgreichen Verlauf.

Bleibt die Frage, welche Auswirkungen das alles auf die Politik Deutschlands gegenüber den KurdInnen haben wird. Fakt ist, dass auf Grundlage des PKK-Verbots und des Paragrafen 129b gegenwärtig weiterhin kurdische AktivistInnen in Deutschland verurteilt werden. Die Kriminalisierung kurdischer Strukturen in Deutschland hat ohnehin nichts mit demokratischen Standards gemein, doch im Zuge eines Lösungsprozesses, auch wenn dieser nicht wie gewünscht voranschreitet, kommt dies einer Provokation gegenüber den Friedensbestrebungen der kurdischen Seite gleich. Auch aus diesem Grund unterstützen zahlreiche Einzelpersonen sowie eine Vielzahl kurdischer, türkischer und deutscher Organisationen die Großdemonstration unter dem Motto »Friedensprozess unterstützen – PKK-Verbot aufheben« der Kampagne TATORT Kurdistan am 16. November in Berlin.

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Der Friedens- und Demokratisierungsprozess wird sich weiterentwickeln!

Remzi Kartal, Kovorsitzender des Kongra Gel, 04.08.2013

Die Newroz-Erklärung Abdullah Öcalans, mit der eine neue Phase eingeleitet wurde, hat direkten Einfluss auf die Ereignisse in unserer Region. Die vom türkischen Staat in der kurdischen Frage verfolgte Sicherheitspolitik ist damit hinfällig. Im Zuge dessen wurde auch der über die Öffentlichkeit in der Türkei gebreitete Angstschleier gelüftet. Desgleichen wurde der mittels Zwang zur Zensur und gesellschaftlicher Repression erzeugte psychische Druck genommen, der auf Lügen aufgebaut war wie »Es herrscht Terror, unser Staat wird zerstückelt«. Damit sind die die Gesellschaft trennenden Barrieren auch beseitigt und zum ersten Mal kommen die Menschen aus verschiedenen Bereichen bei Protesten zusammen. Als Ergebnis ist aus der unterdrückten und zum Schweigen gebrachten Gesellschaft eine explosive Realität erwachsen. Das wurde uns bei den Gezi-Protesten und den damit verbundenen Ereignissen vor Augen geführt.

Bei einer Lösung der regionalen ethnischen und religiösen Konflikte hat die kurdische Freiheitsbewegung im Rahmen der demokratischen Moderne eine Führungsrolle übernommen. In diesem Sinne ist sie auch federführend bei der Schaffung der demokratischen Nation.

Mit diesem Ziel und Anspruch hat sie in den Medya-Verteidigungsgebieten im Juli auf der 9. Generalversammlung des Volkskongresses Kurdistan (Kongra Gel) die im Rahmen der von ihr vertretenen dritten Alternative im Mittleren Osten geschaffenen Errungenschaften sehr umfangreich analysiert und diskutiert.

Als die Kräfte des imperialistisch-kapitalistischen Systems im Zuge des Ersten Weltkriegs die Landkarte des Mittleren Ostens neu zeichneten, wurde Kurdistan geteilt, das kurdische Volk ignoriert. Ihren Profitinteressen folgend wollen die imperialen Kräfte wieder einmal den Mittleren Osten neu gestalten. In ihren aktuellen strategischen Vorstellungen im Hinblick auf die Türkei ignorieren sie weiterhin den Freiheitskampf des kurdischen Volkes in Nord- und Westkurdistan (kurd.: Rojava) und sorgen auch für dieselbe Sicht auf die Kurden bei der syrischen Opposition.

Die Kräfte des imperialistisch-kapitalistischen Systems stecken im Mittleren Osten in einer schweren Krise. In Syrien herrscht aktuell gewaltiges Chaos. Das oligarchische Baath-Regime kann seine Herrschaft trotz der Unterstützung Russlands nicht wie früher fortsetzen. Als Ergebnis des Kampfes zwischen den Herrschenden wird das Land in Schutt und Asche gelegt und wir erleben unglaubliche menschliche Tragödien.

Neben diesen beiden Möglichkeiten und der von ihren Verbündeten geschaffenen Perspektive von Krieg und Tod gibt es eine dritte Alternative im Mittleren Osten: den gemeinsamen freiheitlichen Kampf der Völker für eine demokratische Nation, in der die Völker, Kulturen und Religionen gleichberechtigt sind. Unter kurdischer Führung wird in Rojava genau ein solcher Kampf geführt. Kurden, Araber, Assyrer/Aramäer, Turkmenen und Armenier und die Anhänger verschiedener Religionen kämpfen gemeinsam für eine gemeinschaftliche Zukunft. Das ist die dritte Alternative. Die einzige und nachhaltigste Lösung.

Da der Freiheitskampf des kurdischen Volkes gegen jede Art von Vorherrschaft ist und die Schaffung einer demokratischen Gesellschaft zum Ziel hat, ist er Ziel von Angriffen der Hegemonialkräfte und ihrer Verbündeten. Die Generalversammlung des Kongra Gel hat diese Tatsache festgestellt und deshalb beschlossen, dem Kampf des Volkes in Rojava jede Art von Unterstützung zu leisten, damit er zum Erfolg führt.

Die kurdische Freiheitsbewegung hat es bisher immer geschafft, trotz Schwierigkeiten, ihre Kongresse abzuhalten, sie hat sich das zum demokratischen Brauch gemacht. Der 9. ordentliche Kongress des Kongra Gel wurde unter außerordentlichen Umständen abgehalten. Die mit der Newroz-Erklärung unseres Vorsitzenden Abdullah Öcalan eingeläutete neue strategische Phase erhielt volle Unterstützung und wurde so zu einem Beschluss der Versammlung.

Die 9. Generalversammlung des Kongra Gel, der die Legislative der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) darstellt, hat den Beschluss gefasst, dass sie hinter dem Friedensprozess – und in dessen Mittelpunkt unserem Vorsitzenden Abdullah Öcalan – steht, und der allgemeinen Öffentlichkeit gegenüber ihre Entschlossenheit erklärt, alles in ihrer Macht und Verantwortung Liegende zu tun, damit der Prozess lösungsorientiert fortgesetzt werden kann.

In der ersten Phase des Friedensprozesses hat die Freiheitsbewegung alle in ihrer Verantwortung liegenden Schritte unternommen. Die von unserem Vorsitzenden mit seiner Newroz-Erklärung eingeläutete strategische Phase erfuhr mit der Erklärung des Exekutivrates der KCK vom 23. März deren Unterstützung. Die in Gefangenschaft der kurdischen Freiheitsbewegung befindlichen Soldaten und Zivilangestellten der Türkei wurden als eine Geste des guten Willens freigelassen. Nach dem 8. Mai hat die Guerilla der Bewegung, die Volksverteidigungskräfte (HPG), mit ihrem Rückzug begonnen, der mit größter Sorgfalt und Sensibilität andauert.

Die kurdische Freiheitsbewegung hat trotz der regionalen und internationalen Hindernisse eine Ebene demokratischen und organisierten Bewusstseins erreicht, auf der sie bei der Lösung der kurdischen Frage und damit auch bei der Demokratisierung der gesamten Region eine strategische Rolle spielen wird

Ergo sind mit dem Waffenstillstand und dem mit der größten Entschlossenheit durchgeführten Rückzug gemäß der Vereinbarung zwischen unserem Vorsitzenden und der türkischen Delegation zwei Kernpunkte der in der Verantwortung der kurdischen Seite liegenden Aufgaben der ersten Phase des Prozesses erledigt worden. In diesem Zusammenhang hat ab dem 1. Juni die zweite Phase des Prozesses begonnen.

Diese zweite Phase beinhaltet die staatlicherseits zu unternehmenden Schritte. Es sollten die für die neue Verfassung nötigen, auch Wegbereinigung genannten, Gesetzesänderungen vorgenommen werden, primär in Bezug auf das Antiterror-, das Parteien- und das Wahlgesetz sowie die Wahlhürde.

Trotz der vorgelegten Schritte ist die AKP-Regierung sehr lahm, sie will den Prozess in die Länge ziehen und scheint nicht wirklich gewillt, die nötigen Maßnahmen zu treffen. Diese Situation erzeugt Misstrauen bei unserer Bevölkerung und den demokratischen Kräften.

Wie bei den Gezi-Protesten zu sehen war, beharrt die AKP-Regierung auf einer Sicherheitspolitik, durch welche die Gesellschaft mit Unterdrückung und Gewalt zur Anerkennung ihrer Politik gezwungen werden soll, anstatt eine Problemlösung mit gesellschaftlicher Teilhabe und die Anerkennung der demokratischen Forderungen der Gesellschaft in Betracht zu ziehen.

Die Haltung der AKP zum Lösungs- und Demokratisierungsprozess ist geprägt von ihrer ganz persönlichen Interpretation von Demokratie, die ich weiter oben zu beschreiben versucht habe. Diese Haltung erschwert den Fortgang des Friedens- und Lösungsprozesses erheblich.

Während in der zweiten Phase des Prozesses Gesetzesänderungen vorgesehen sind, werden stattdessen als Bestandteil der Sicherheitspolitik neue Staudämme und Militärposten errichtet, die Zahl der Wachposten wird erhöht, die Zahl der Dorfschützer wird aufgestockt. In den von der Guerilla durch ihren Rückzug verlassenen Gebieten ist eine äußerst hohe Frequenz militärischer Aktivitäten zu verzeichnen. Das alles zeigt, dass die AKP-Regierung nicht wirklich vom Friedens- und Lösungsprozess überzeugt bzw. nicht so weit ist.

Diese AKP-Politik äußert sich auch in Rojava. Der Punkt sollte genau bekannt sein, dass sich die Syrien-Politik der AKP nicht von derjenigen in der kurdischen Frage unterscheidet. Es kann passieren, was will, aber die Kurden sollen keinen Status erhalten.

Allerdings ist die Rojava-Politik der AKP gescheitert. Bisher sind ihre Anstrengungen und die logistische Unterstützung für die Al-Nusra-Front, den Islamischen Staat Irak und Großsyrien oder ähnliche Gruppen der Al-Qaida vom Freiheitskampf in Rojava durchkreuzt worden. Auch konnte sie mittels der FSA keine Erfolge verzeichnen.

Die gegen die Volksverteidigungseinheiten (YPG) in Rojava erfolglosen Gruppen attackieren mittlerweile die Gebiete von Tel Hasil und Tel Aran in Heleb (Aleppo) und verüben Massaker an der Zivilbevölkerung, darunter vielen Kindern und Frauen.

Die Öffentlichkeit schweigt dazu. Alle Staaten, die diese Banden unterstützen, allen voran die Türkei, sind für die Massaker verantwortlich. Angesichts des Schweigens zum Massaker an der kurdischen Bevölkerung in Syrien muss die demokratische Öffentlichkeit in Europa und den USA ihre Stimme erheben.

Es scheint, als halte das Chaos in Syrien an. In diesem chaotischen und krisenhaften Umfeld muss die Bevölkerung in Rojava – für ihre eigene Verteidigung, wirtschaftlichen Aufbau, Gesundheitsleistungen, allgemein, damit ihren Bedürfnissen Rechnung getragen werden kann – eine zivile Führung wählen. Rojava wird deshalb innerhalb der nächsten sechs Monate zur Wahl schreiten, das heißt, nach eigenem Willen seine eigene Führung wählen.

Dieses Plebiszit in Rojava scheint die AKP in Unruhe versetzt zu haben. Ohne sie wird de facto eine Führung gewählt und dies wird ihre Politik erschweren. Um nicht mit einer solchen Situation konfrontiert zu werden, hatte sie von Anfang an intrigiert. Als sie realisierte, dass sie keinen Erfolg haben würde, ist sie, um den Fortgang des Prozesses kontrollieren zu können, mit der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) in Kontakt getreten. Auf der einen Seite lädt sie Salih Muslim den Kovorsitzenden der PYD, zu Gesprächen in die Türkei ein, auf der anderen Seite unterstützt sie weiterhin die religiös maskierten Banden. Im Grunde müsste sie von ihrer antikurdischen Politik in Syrien wegkommen und stattdessen in einen Dialog mit Rojava treten, um mit ihm eine gemeinsame Politik zu betreiben. Das stellt für die türkische Syrienpolitik den einzigen Ausweg aus der Zwickmühle dar, in die sie sich hineingeritten hat. Ob das Gespräch mit Salih Muslim als ein erster Schritt in diese Richtung zu werten ist, wird die Zukunft zeigen.

Großen Einfluss auf den politischen Entwicklungsgang haben auch die von unserem Vorsitzenden Abdullah Öcalan vorgeschlagenen vier Konferenzen. Die erste Konferenz dieser Reihe in Ankara brachte die Volksgruppen in Kurdistan und der Türkei, zivilgesellschaftliche Organisationen, Intellektuelle und Akademiker im Sinne einer Lösung zusammen. Bei der zweiten Konferenz in Amed (Diyarbakır) trafen sich die kurdischen Kreise in einer ähnlichen Konstellation, die in Brüssel durchgeführte dritte Konferenz in Europa ließ die Volksgruppen aus der Türkei und Kurdistan, politische Parteien, Angehörige verschiedener Glaubensrichtungen und zivilgesellschaftlicher Organisationen, Intellektuelle und Akademiker zusammenkommen.

Die drei Konferenzen als die ersten in diesem Bereich haben eine starke Wirkung entfaltet. Mit ihnen wurden eine hohe Motivation und Enthusiasmus erzeugt. Die Konferenzteilnehmer werden mit dieser Motivation und diesem Enthusiasmus in ihren Gebieten eine wichtige Rolle im Friedens- und Lösungsprozess spielen.

Die vierte ist auch die wichtigste dieser Konferenzen, der »Kurdische Nationalkongress«. Das Vorbereitungskomitee arbeitet derzeit intensiv, und sie soll im September in Hewlêr (Arbil) stattfinden. Sie wird die nationale Einheit des kurdischen Volkes und seine Interessen schützen, diese Dachorganisierung wird in der kurdischen Politik eine neue Einrichtung schaffen und auf internationaler Ebene eine bedeutende Rolle bei der friedlichen Lösung der kurdischen Frage spielen.

Die 9. Kongra-Gel-Generalversammlung hat auch wichtige Änderungen am KCK-System vorgenommen. Unser Vorsitzender Öcalan hatte vorher die Rolle des ideologischen und philosophischen Vorsitzenden innegehabt. Jetzt wurde er zum Generalvorsitzenden gewählt, weiterhin sechs stellvertretende Vorsitzende zum Rat der Vorsitzenden. Dieser Rat der Vorsitzenden ist ein neues Organ im KCK-System.

Im Exekutivrat der KCK und beim Vorsitz des Kongra Gel hat ein Wechsel zu einem System des Kovorsitzes stattgefunden. Beim Erfolg des Kampfes um Freiheit sowie Demokratie und beim mentalen gesellschaftlichen Wandel ist die Rolle der Frau maßgebend. Das ist mit den getroffenen Entscheidungen weiter gestärkt worden.

Die Änderungen im KCK-System und die Gesamtheit der unternommenen Schritte haben zum Ziel, eine freiheitliche, gleichberechtigte und demokratische Gesellschaft zu schaffen. Fakt ist jedoch, dass die AKP-Regierung trotz der ganzen Maßnahmen der kurdischen Bewegung bisher die in ihrer Verantwortung liegenden Schritte nicht getan hat.

Daher hat unser Vorsitzender Abdullah Öcalan in Richtung AKP erklärt, dass bis zum 15. Oktober den gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Forderungen mit handfesten Maßnahmen Rechnung getragen werden müsse, dies sei für den Fortgang des Prozesses unabdingbar.

In gleicher Weise forderte Cemil Bayık, der Kovorsitzende des KCK-Exekutivrates, bis zum 1. September entschiedene und handfeste Schritte der AKP-Regierung im Prozess.

Als kurdische Freiheitsbewegung sind wir uns dessen bewusst, dass der Friedens- und Demokratisierungsprozess, trotz der AKP, mit der Steigerung des demokratischen Kampfes voranschreiten wird. Die Entwicklungen in Kurdistan, in der Türkei und im Mittleren Osten werden der AKP-Regierung ihre Aktivitäten weiter erschweren.

Die kurdische Freiheitsbewegung hat trotz der regionalen und internationalen Hindernisse eine Ebene demokratischen und organisierten Bewusstseins erreicht, auf der sie bei der Lösung der kurdischen Frage und damit auch bei der Demokratisierung der gesamten Region eine strategische Rolle spielen wird. ♦

Der Drei-Stufen-Plan zu einem gerechten Frieden

Die kurdische Seite fordert einen gerechten Friedensprozess

Civaka Azad, Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeit e. V.

Den aktuellen, fragilen Friedensprozess, den wir im Moment zwischen der kurdischen Freiheitsbewegung und der türkischen Regierung beobachten können, ist mittlerweile der neunte Versuch von kurdischer Seite, den Krieg zu beenden und für eine politische Lösung einzutreten. Die vorherigen Friedensverhandlungen waren seit 1993 immer wieder an der Hinhaltetaktik und Angriffen von Seiten der türkischen Regierung, ihrer Armee und Polizei gescheitert. Auch der aktuelle Prozess findet wieder auf Initiative des inhaftierten Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, statt. Am 21. März, dem kurdischen Neujahrsfest Newroz, rief Öcalan in seiner Botschaft dazu auf, ein neues Kapitel in der kurdischen Geschichte aufzuschlagen. Er forderte die Guerilla dazu auf, sich vom Staatsgebiet der Türkei zurückzuziehen. Daraufhin rief der damalige Exekutivratsvorsitzende der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), Murat Karayılan, zunächst einen Waffenstillstand aus. Am 08. Mai folgte die Erklärung zum Rückzug der Volksverteidigungskräfte (HPG). Der Rückzug der Guerilla wird von der kurdischen Seite als Teil eines dreistufigen Lösungsprozesses verstanden.

Die erste Stufe:

- Beidseitiger Waffenstillstand
- Beginn des Rückzugs der Guerillakräfte vom türkischen Staatsgebiet
- Gründung einer »Kommission der Weisen«, die mit allen gesellschaftlichen Gruppen den Lösungsprozess diskutiert
- Parlamentarische Initiative im Lösungsprozess

Die erste Stufe des Lösungsprozesses gilt für die kurdische Seite bereits als abgeschlossen. Der wichtigste Schritt bei dieser Stufe, der Rückzug der Guerillakräfte, hatte am 08. Mai offiziell begonnen.

Allerdings tauchen schon in dieser Phase ernsthafte Zweifel an der Aufrichtigkeit der türkischen Regierung auf. So erklärten die ersten Guerillagruppen, die im Zuge des Rückzugs ihr Ziel in den Kandil-Bergen erreichten, dass durch militärische Aktivitäten der Rückzug erschwert werde. An einigen Orten sei es sogar zu Auseinandersetzungen zwischen dem türkischen Militär und der Guerilla gekommen.

Trotz dieser Schwierigkeiten setzen die Guerillakräfte den Rückzug fort. Zur Kontrolle des Rückzugs und des gesamten Lösungsprozesses wurde im türkischen Parlament eine parlamentarische Kommission gegründet. Das ist das erste Mal in der Geschichte der Republik Türkei, dass unter dem Dach des Parlaments eine Kommission einberufen worden ist, die sich speziell mit der kurdischen Frage beschäftigt. Diese Kommission besteht aus zehn Mitgliedern (neun AKP-Abgeordnete und ein Abgeordneter der BDP – die Fraktionen der CHP und der MHP boykottieren sie). Kritisiert wird allerdings, dass sie mit zu wenigen Befugnissen ausgestattet ist. Auch eine »Kommission der Weisen« wurde von der AKP-Regierung einberufen. Allerdings wurde diese Kommission ebenfalls nicht paritätisch, sondern durch Bestimmung der AKP besetzt und hat höchstens einen beratenden Charakter.

Die zweite Stufe:

Während in der ersten Stufe vor allem die kurdische Bewegung Schritte eingeleitet hat, sollen in der zweiten Phase von Seiten des Staates konkrete Schritte unternommen werden.

Alle politischen Gefangenen, allen voran die kranken Gefangenen, müssen aus der Haft entlassen werden.

Nach dem Erfolg der prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie (BDP) bei der Kommunalwahl im Frühjahr 2009 begann im Rahmen der sogenannten »KCK-Operationen« die bis dato größte Festnahmewelle gegen kurdische politische AktivistInnen. Zeitweise waren bis zu 10 000 Menschen, darunter Frauenrechtsaktivistinnen, GewerkschafterInnen, Jour-

nalistInnen, StadträtInnen, BürgermeisterInnen und Abgeordnete in türkischen Gefängnissen inhaftiert.

Zu den Gefangenen gehören Menschen jeder Altersgruppe, viele sind u. a. durch Haft, Folter oder Übergriffe schwer erkrankt. Dem Bericht des Menschenrechtsvereins der Türkei IHD zufolge befinden sich gegenwärtig 411 durch Krankheit haftunfähige Gefangene, von denen 122 sich an der Schwelle zum Tod befinden, in den Gefängnissen, 108 sind akut behandlungsdürftig.

Eine für eine Genesung notwendige Behandlung wird den kranken Gefangenen von der Gefängnisverwaltung verwehrt. So sind in diesem Jahr bereits mehrere KCK-Gefangene an den Folgen ihre Krankheit in der Haft verstorben.

Die Isolationshaftbedingungen gegen Abdullah Öcalan müssen beendet sowie ihm Möglichkeiten zur Kommunikation mit der Außenwelt geschaffen werden.

Der Repräsentant von Millionen Kurdinnen und Kurden ist seit mehr als 14 Jahren in verschärfter Isolationshaft auf der Gefängnisinsel Imralı inhaftiert. Damit Abdullah Öcalan als Initiator des Friedensprozesses seine Rolle spielen kann, müssen seine Isolationshaftbedingungen in dieser zweiten Phase aufgehoben werden. Auch Wege zur Kommunikation Abdullah Öcalans mit der kurdischen Bewegung müssen geschaffen werden.

Will die türkische Regierung den Lösungsprozess voranbringen, muss sie im gegenwärtigen Stadium des Prozesses die Haftbedingungen Öcalans lockern.

Die 10%-Wahlhürde muss gesenkt und eine Demokratisierung der Wahl- und Parteigesetze eingeleitet werden.

Freie Wahlen machen einen der wichtigsten Aspekte eines demokratischen Staates aus. Die Türkei definiert sich als »demokratischer, laizistischer und sozialer Rechtsstaat«, in dem das Volk durch die Nationalversammlung repräsentiert wird. Nun werden freie Wahlen und insbesondere Repräsentanz durch die im türkischen Recht verankerte 10%-Wahlhürde verhinder, was zu einer völligen Verzerrung des WählerInnenwillens führt.

Die Regierungspartei AKP konnte in den Wahlen drei Mal hintereinander davon profitieren und so die absolute Mehrheit der Stimmen holen, zuletzt 2011 mit 49,8 Prozent.

Durch die Sperrklausel werden alle WählerInnenstimmen unter 10 Prozent unterdrückt. So wurden der AKP, obwohl sie nur 49,8 Prozent aller WählerInnenstimmen erreichte, nahezu zwei Drittel aller Parlamentssitze zugeteilt.

Eine weitere Ausgrenzung von Parteien, die eben nicht diese 10%-Hürde überschreiten, und das betrifft direkt kurdische Parteien, ist die Parteienfinanzierung: Türkische Parteien finanzieren sich mittlerweile zu einem überwiegenden Teil aus der staatlichen Parteienförderung. Die Staatskasse überweist nach Wahlen Zuschüsse, die sich am Wahlerfolg der Parteien orientieren. Voraussetzung ist jedoch wieder, dass die Parteien über 10 % der WählerInnenstimmen auf sich vereinen konnten. Im Jahr 2013 werden insgesamt 56 716 600 Millionen Euro in die Kassen der AKP, CHP und MHP fließen.

Obwohl die türkische Sperrklausel zu einem Wahlergebnis führen kann, das in keiner Weise dem WählerInnenwillen entspricht, hat Erdoğan kein Interesse daran, sie zu reduzieren. So hatte er zuletzt während des Treffens mit der »Kommission der Weisen« am 26. Juni 2013 erklärt, dass es im Rahmen des Lösungsprozesses keine Planung gebe, die Wahlhürde abzuschaffen.

Statt eines wie bisher strikt zentralistisch ausgerichteten Staatsaufbaus müssen **die kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen innerhalb des türkischen Staates ausgeweitet und gestärkt** werden.

Für eine wirkliche Demokratisierung der Türkei ist eine Abkehr vom Zentralstaat hin zu kommunaler Selbstverwaltung notwendig. Die kommunale Selbstverwaltung bezeichnet die Selbstverwaltung der Verwaltungseinheiten auf Kommunalebene, also der politischen Gemeinden und Städte. Alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft werden im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung geregelt. Dabei geht es nicht nur um administrative Autonomie, sondern vor allem um die Umsetzung einer partizipativen basisdemokratischen Organisierung der Kommunen, entlang folgender, von der BDP entwickelter Leitlinien:

- Kein ethnisch oder nach Besitzverhältnissen definiertes Selbstverständnis der Kommunen, sondern Repräsentanz aller vorhandenen Kulturen und Identitäten
- Neben dem türkischen Staatssymbol soll jede Region und Einheit ihre eigenen Farben und Symbole der demokratischen Struktur schaffen.
- Rätedemokratisches System kommunaler Selbstverwaltung bis hin zur parlamentarischen Ebene.
- Die Türkei soll in 25 nach kulturellen, sozialen und ökonomischen Kriterien ausgewählte Gebiete unterteilt werden und damit die Repräsentanz der Bevölkerung und die Demokratisierung gestärkt werden.

Der Bau von neuen Militärstationen, Staudämmen und Wasserkraftwerken muss gestoppt werden.

In vielen kurdischen Ortschaften sind mehr Soldaten stationiert, als sie EinwohnerInnen hat. So sind in Çelê (Çukurca), einer kurdischen Grenzstadt mit rund 9 000 EinwohnerInnen, etwa 18 000 türkische Soldaten stationiert. In Çelê kommen nicht nur auf jedeN Einwohner/in zwei Soldaten, sondern jedes Dorf, das an Çelê angebunden ist, verfügt über eine eigene Militärstation.

Ähnliche Zahlen, die das Bild einer militärischen Belagerung der Region bieten, findet man in fast allen kurdischen Städten, in denen in den letzten knapp 30 Jahren Krieg geführt worden ist. Die Anzahl der Militärstationen in Nordkurdistan wird mit der Umsetzung der aktuellen Bauprojekte in naher Zukunft bald die 1600 übersteigen. Über die Anzahl der in den kurdischen Städten stationierten türkischen Soldaten gibt es zwar keine offizielle Auskunft. Schätzungen zufolge dürfte sie bei mehr als 300 000 liegen.

Daher stellt eine Demilitarisierung der Region eine zentrale Forderung der kurdischen Freiheitsbewegung dar. Als Zeichen guten Willens muss zumindest der Ausbau der militärischen Infrastruktur gestoppt werden.

Der türkische Staat baut jedoch mit dem Rückzug der Guerillakräfte den Militärapparat in Nordkurdistan weiter aus. 166 dieser Militärstützpunkte sind gerade im Bau. Weiterhin werden tausende Soldaten aus westlichen Metropolen der Türkei in die kurdischen Provinzen verlegt.

Weiterhin baut der türkische Staat gegen den Widerstand der kurdischen Bevölkerung seine Staudammprojekte weiter aus. So soll die Grenze des türkischen Staates aus militärstrategischen Gründen mit Staudämmen geschlossen werden. Es droht die neue Vertreibung von zehntausenden DorfbewohnerInnen.

All diese Staudämme greifen in gefährlicher Weise in die Ökosysteme der Region ein und tragen zur Zerstörung der Natur und Artenvielfalt bei.

Die Pressefreiheit muss garantiert und alle inhaftierten JournalistInnen müssen umgehend aus der Haft entlassen werden.

Kritische JournalistInnen werden in der Türkei systematisch eingeschüchtert, verfolgt und inhaftiert. Der Umgang mit den kritischen JournalistInnen rund um den Gezi-Aufstand ist exemplarisch für das Verständnis der AKP-Regierung von Presse- und Meinungsfreiheit. So wurden laut JournalistInnen-Gewerkschaft TGS während des Gezi-Aufstands mindestens 59 JournalistInnen entweder gefeuert oder von ihrem Arbeitgeber zur Selbstkündigung gezwungen. Sowohl die Kündigungen der Medienagenturen als auch die Selbstkündigungen stehen fast alle in direktem Zusammenhang mit der Zensur und der Desinformation der Medienpolitik während des Gezi-Aufstands.

Muttersprachlicher Unterricht an Schulen muss ermöglicht, alle rechtlichen Hindernisse für die Nutzung der jeweiligen Muttersprache müssen abgeschafft werden.

Die kurdische Sprache ist jahrzentelang mit Verboten belegt worden und auch heute noch werden Menschen wegen der Benutzung der kurdischen Sprache im politischen Kontext oder der Benutzung der im Türkischen nicht vorkommenden Buchstaben »q, w, x« bestraft. Die Verfolgung und Unterdrückung der kurdischen Sprache hat dazu geführt, dass Kurdisch laut UNESCO zu den bedrohten Sprachen gehört und ein gesellschaftliches Trauma herbeigeführt hat. Kinder werden in der Schule von LehrerInnen misshandelt, wenn sie kurdisch sprechen oder nicht am allmorgendlichen Schwur »… ich bin stolzer Türke …« teilnehmen. Im Artikel 42 Abs. 2 der türkischen Verfassung heißt es: »Den türkischen Staatsbürgern darf in den Erziehungs- und Lehranstalten als Muttersprache keine andere Sprache beigebracht und gelehrt werden als Türkisch.«

Während das türkische Bildungssystem in den letzten Jahren mit untragbaren Reformen ständig auf den Kopf gestellt wurde, wird die demokratisch legitime Forderung nach muttersprachlichem Unterricht an Schulen abgelehnt. Um einen gerechten und dauerhaften Frieden mit der kurdischen Bevölkerung zu erlangen, ist die Einführung des muttersprachlichen Unterrichts an Schulen ein unabdingbarer Schritt. Von kurdischer Seite aus sollte nicht nur die kurdische Sprache, sondern sollten auch die anderen in der Türkei gesprochenen Sprachen wie Lasisch in das türkische Bildungssystem integriert werden. Bedauerlicherweise wurde diese Forderung vom türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan bisher scharf zurückgewiesen.

Es müssen die Bedingungen geschaffen werden, damit die mehr als vier Millionen kurdischen Binnenflüchtlinge zurück in ihre Heimat können.

Im Krieg gegen die kurdische Bevölkerung und ihre Freiheitsbewegung wurden über 4 000 Dörfer zerstört und Schätzungen von Menschenrechtsvereinen und der UN zufolge zwischen 3,5 und 4,5 Millionen Menschen in die Migration gezwungen. Viele Dörfer sind vom Militär vermint und die Bevölkerung in Slums an die Ränder der Großstädte vertrieben worden. Sie verfügen dort weder über Einkommen noch über eine sonstige Existenzgrundlage und überleben nur durch die Solidarität der kurdischen Bevölkerung und Arbeit im informellen Sektor. Für einen gerechten Frieden ist die Möglich-

keit der Rückkehr dieser Menschen in ihre Dörfer eine zentrale Voraussetzung. Doch bislang ist von der Regierung keine gesetzliche Grundlage für eine Rückkehr geschaffen worden. Hinzu kommt natürlich die Frage nach einer offiziellen Entschuldigung und Entschädigung von Seiten der türkischen Regierung.

Voraussetzungen für eine Rückkehr sind:

- eine eingehende Kampfmittelsäuberung
- Sicherheitsgarantien für die Bevölkerung
- Ende des paramilitärischen Dorfschützersystems

Das Dorfschützersystem muss abgeschafft werden – Die militärische Mobilisierung muss beendet und Militärstationen müssen entmilitarisiert werden.

Im Rahmen der zweiten Stufe des Lösungsprozesses fordert die kurdische Seite die türkische Regierung dazu auf, das Dorfschützersystem aufzulösen. Gleichzeitig sollen die Menschen, die als Dorfschützer in der Region die türkische Armee im Kampf gegen die PKK unterstützt haben, mit Hilfe entsprechender Projekte dabei unterstützt werden, sich wieder in die Gesellschaft einzugliedern.

Das türkische Innenministerium spricht derzeit von 65 838 eingestellten Dorfschützern. Die tatsächliche Zahl wird allerdings auf mehr als 80 000 geschätzt. Bisher stellt sich die türkische Regierung gegenüber der Forderung nach Auflösung des Dorfschützersystems taub. Innenminister Muammer Güler gab an, dass die Dorfschützer im Zuge des Lösungsprozesses ihre Waffen nicht niederlegen müssen. Stattdessen wurden ihre Löhne und ihre Anzahl systematisch erhöht.

Die Antiterror-Gesetze (TMK) sowie alle antidemokratischen Gesetze aus dem Türkischen Strafgesetzbuch (TCK) müssen abgeschafft werden. Die Gerichte mit Sonderbefugnissen müssen abgeschafft werden.

Wer gewaltfrei abweichende Meinungen kundtut, gerade auch zu kontroversen politischen Fragen, oder wer öffentliche AmtsträgerInnen und Institutionen kritisiert, wird häufig zur Zielscheibe strafrechtlicher Verfolgung, besonders wenn es um Fragen der Rechte von KurdInnen geht. »Antiterror-Gesetz« heißt das gefürchtete Instrument, unter dessen Anwendung regimekritische Menschen in der Türkei verhaftet werden. Verantwortlich für die meisten Verurteilungen sind Artikel 5 und 7 des türkischen Antiterror-Gesetzes sowie Artikel 314 des Türkischen Strafgesetzbuches. Diese Rechtsvorschriften zielen darauf ab, Personen zu bestrafen, die bewusst Propaganda im Namen einer TerroristInnengruppe betreiben, die mit dem Ziel, andere Personen zu verletzen, einer bewaffneten Organisation beitreten und die sich gegen den Staat verschwören. Vor allem bei der Auslegung des Wortes »Terror« lässt der Gesetzgeber den politisch Verantwortlichen und den Gerichten großen Spielraum. So ist es mittlerweile Alltag geworden, dass Menschen aufgrund des Antiterror-Gesetzes in der Türkei ins Gefängnis müssen. Die Anklagen beziehen sich in der Regel auf Unterstützung oder Mitgliedschaft in der KCK. Die KCK gilt nach Auffassung der türkischen Justiz als ziviler Arm der PKK. Zu kritisieren ist in jedem Fall, dass vielen Angeklagten eine Zugehörigkeit zur KCK allein aufgrund legaler politischer Aktivitäten, Meinungsäußerungen oder ihrer anwaltlichen Tätigkeit unterstellt wird. Für eine Verurteilung reicht etwa die Teilnahme an einer Demonstration oder das Rufen politischer Parolen. Diese Verfahren finden vor Sondergerichten statt, einer Nachfolgeinstitution der berüchtigten Staatssicherheitsgerichte (DGM).

Von der zweiten zur dritten Phase:

Nach Abschluss dieser Phase soll die dritte Phase der Normalisierung und Demokratisierung beginnen. Das bedeutet die Rückkehr der Guerillas nach Nordkurdistan und ihre Integration, die Legalisierung der PKK als politische Kraft, die Freiheit für Abdullah Öcalan und alle Gefangenen, die Guerilla legt unter internationaler Beobachtung ihre Waffen nieder und ihre Mitglieder können nach Nordkurdistan zurückkehren und sich integrieren, die kommunale Selbstverwaltung wird weiter ausgebaut und auch die KCK soll in diesem Rahmen öffentlich als Institution arbeiten können. Öcalan schlägt außerdem vor, dass nach dem Vorbild Südafrikas eine Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission in der Türkei gegründet wird, welche die Kriegsverbrechen aus den annähernd 30 Jahren anhaltenden Kriegszustands in Nordkurdistan aufarbeitet und aufklärt sowie Menschen, die sich eines Kriegsverbrechens schuldig gemacht haben, zur Rechenschaft zieht. Mit diesen Schritten soll der Grundstein für ein friedliches Miteinander in der Türkei gelegt werden.

Da bisher von Seiten der Regierung der Türkei nur wenig Initiative im (Lösungs-)Prozess ausging, hat die kurdische Freiheitsbewegung eine Frist bis zum 1. September gesetzt, in der die Regierung ihre Lösungsvorschläge vorlegen soll. Sollte dies nicht geschehen, lässt der türkische Staat auch diesmal wieder die Chance auf einen Frieden verstreichen – Europa, die USA und allen voran die Türkei sollten sich fragen, ob sie sich das leisten können. ♦

Zusammenfassung der neuesten Ausgabe der Civaka-Azad-Infoblätter mit dem Schwerpunkt »**Der Weg zur Lösung**«, als 24-seitige PDF-Ausgabe auf der Internetseite unter http://civakaazad.com/pdf/info5.pdf zu finden.

Über das schwierige Projekt, Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen »aufzuarbeiten«

Ruhelose Tote

Özgür Sevgi Göral, Juristin (Zentrum für Wahrheit, Gerechtigkeit und Erinnerung, Istanbul)

Subcomandante Marcos und Ignacio Ramonet beschreiben in ihrem gemeinsamen Roman, wie die Opfer des mexikanisches Staatsterrors nicht von dieser Erde gehen können, weil ihre MörderInnen nicht gefunden wurden. Weil ihre MörderInnen nicht gefunden und vor Gericht gestellt wurden, weil von ihnen keine Rechenschaft verlangt wurde, können sie diese Welt nicht verlassen und suchen selbst nach ihnen. Auch der Krieg in der Türkei, der mit der kurdischen Frage zusammenhängt, hat viele ruhelose Tote hinterlassen. Es gibt zu viele Körper, die zerstört, gefoltert, verbrannt, verstümmelt und gezeichnet wurden. Wo ihre Seelen sind, ist unbekannt, doch ihre Gebeine treten aus den anonymen Friedhöfen, den Militärarealen und den Gärten verlassener Fabriken in Silopiya (Silopi), Cizîr (Cizre) und Kerboran (Dargeçit) hervor.

In der jetzt begonnenen »Friedensphase« oder »Phase der Lösung«, die das Ende der Auseinandersetzungen einläuten soll, muss darüber gesprochen werden, was mit diesen Körpern passiert. Im 30-jährigen Krieg um das ethnisch-politische Problem der kurdischen Frage in der Türkei sind inoffiziellen Angaben zufolge über 50 000 Menschen ums Leben gekommen. Doch im politischen, kulturellen und ethischen Kontext geht es nicht nur um die im Krieg Verstorbenen. Der Staat hat einen Teil seiner BürgerInnen als Gruppe betrachtet, die getötet und vernichtet werden kann. Erst spät kam ins Bewusstsein, dass der 1984 begonnene kurdische Widerstand nicht mit der von den Verantwortlichen der Republik Türkei angewandten Rhetorik, es handele sich um drei bis fünf Plünderer, zu erklären ist, sondern von einer Bewegung mit starken politischen und gesellschaftlichen Verbindungen zur kurdischen Gesellschaft geführt wird. Anfang der 1990er Jahre beschloss der Staat, die kurdische Gesellschaft in »staatstreue« und staatsuntreue BürgerInnen zu trennen und gegenüber den »untreuen« eine Politik der Vernichtung zu verfolgen.

Das Kriegskonzept war die systematische Vernichtungspolitik des Staates gegen die BürgerInnen, die sich ihm nicht beugten. Wir können von drei Pfeilern dieser Vernichtungspolitik sprechen: Verschwindenlassen, Morde sogenannter unbekannter Täter bzw. Hinrichtungen sowie Vertreibung. Das auf diesen gründende Kriegsrepertoire kam einer Außerkraftsetzung des Rechts und für die »unbeugsamen« BürgerInnen dem Tode gleich. Wenn wir die zunehmende Wirkung der PKK innerhalb großer Massen der kurdischen Bevölkerung in den 90ern bedenken, ist dies mit einer systematischen Vernichtung eines großen Teils der kurdischen Bevölkerung, insbesondere eines Teils, der um die kurdische Frage herum politisiert war, gleichzusetzen.

Diese Vernichtungspolitik hatte einschneidende Folgen: Im Krieg, vor allem in den 90er Jahren, wurde ein Teil der kurdischen Gesellschaft, ihre regionalen FührerInnen, PolitikerInnen, Jugendliche, Intellektuelle, ArbeiterInnen, Imame, MenschenrechtsverteidigerInnen, Geschäftsleute und DorfbewohnerInnen, physisch vernichtet. Die Hinterbliebenen haben unter überaus schwierigen Bedingungen einen Lebenskampf geführt und waren purem Staatsterror ausgesetzt. Die Techniken der Kriegsstrategie wurden im Westen in der türkischen Gesellschaft im besten Fall mit Schweigen übergangen, im schlimmsten Fall als angemessen bewertet. Das Tragische an diesem Vernichtungs- und Zerstörungsrepertoire ist, dass diejenigen, die Leben zerstören, Schüsse auslösen, foltern, in ihrer Praxis durch die starke und institutionelle Zustimmung und Kooperation unterstützt werden.

Während dieses Krieges haben, bis auf einige Ausnahmen, die AkademikerInnen geschwiegen und so den Geschehnissen zugestimmt. Die Presse ist mit Schlagzeilen wie »Diese DorfbewohnerInnen unterstützen die PKK« konkret Teil dieser Kleinkriegstaktiken geworden. Bis auf wenige sehr wichtige Ausnahmen, wie der Menschenrechtsverein (IHD) oder die Vereinigung für Solidarität und Unterstützung der Angehörigen Verschwundener (YAKAY-DER), haben die zivilgesellschaftlichen Organisationen als organischer Bestandteil des Staatsapparates fungiert. Das schreckliche Schweigen westlich des Euphrat kann nicht mit einer Wissenslücke erklärt wer-

den. Tatsächlich liegt entweder eine aktive Zusammenarbeit vor oder bewusstes Vergessen.

Die Friedensphase sollte somit in erster Linie eine Phase sein, in der sich der KurdInnen erinnert wird, die als Körper stigmatisiert wurden, die vernichtet und Grausamkeiten unterzogen wurden. Doch es gibt einige grundlegende Fragen, wie diese Erinnerung aussehen soll. Wie wird mensch sich dieser Körper erinnern? Wie können neue Formen der Erinnerung geschaffen werden? Noch viel wichtiger, wie können diese Wege und Mittel auf die verschiedenen gesellschaftlichen Kreise übertragen werden? Wie können die staatlichen Terrormechanismen offengelegt werden? Wie wird um die Verlorenen getrauert? Wie werden die TäterInnen zur Rechenschaft gezogen? Wie werden wir uns mit der Vergangenheit auseinandersetzen?

Nach einem solch umfangreichen Krieg, in dem Massaker und Rechtsverletzungen systematisch und flächendeckend verübt worden sind, ist eine neue Gesellschaft nur durch eine Abrechnung mit den Geschehnissen möglich.

Wenn wir uns all diese Fragen anschauen, tritt die Bedeutung der »transitional justice«, der »Übergangsjustiz« hervor. Dabei geht es um die Erinnerungskultur, die Vergangenheitsbewältigung und die Aufarbeitung der Geschehnisse. Die Übergangsjustiz ist eine Herangehensweise, die ganzheitliche Maßnahmen vorschlägt, wie die Vergangenheit in solchen Ländern aufgearbeitet werden kann, in denen Krieg, Militärputsch, bewaffnete Auseinandersetzungen, ethnische Säuberungen oder lang anhaltende, weit reichende und systematische Menschenrechtsverletzungen stattgefunden haben. Die bekannteste Form – bekannt, weil politisch auch viel darüber gesprochen wird – in der Türkei ist die Wahrheitskommission. Doch diese Wahrheitskommission ist nur eine der Institutionen, wenn auch eine äußerst wichtige, die von der »transitional justice« empfohlen wird. Es werden zahlreiche Maßnahmen zur Anerkennung, Wiedergutmachung und Entschädigung vorgeschlagen.

Die erste Maßnahme besteht darin, dass die Geschädigten von den Rechtsverletzungen berichten, dass diese Berichte anerkannt und breiten Kreisen bekannt gemacht werden; dies ist die Aufgabe der Wahrheitskommissionen. Zweitens, juristische Vorgehensweisen und institutionelle Reformen, die sich auf die Verurteilung und Entmachtung der TäterInnen und Verantwortlichen fokussieren. Drittens, Arbeiten, die mittels Mahnmalen, Museen und Gedenkveranstaltungen auf die Verinnerlichung der Haltung »Niemals wieder« in der Gesellschaft abzielen und so ein kollektives Gedächtnis schaffen. Viertens, Verfahren der Entschuldigung und Wiedergutmachung, kollektive oder individuelle, materielle und immaterielle Entschädigungsprogramme.

Es wird korrekter sein, die von der »transitional justice« vorgeschlagenen Maßnahmen nicht als Schablone für Vorschläge zu sehen, sondern als Ausgangspunkt für die Schaffung einer Diskussionsbasis. Es gibt dabei zwei wichtige Punkte: Erstens müssen internationale Erfahrungen berücksichtigt werden, und zweitens muss klar werden, dass nach den Menschenrechtsverletzungen die Gesellschaft nicht ihr Leben so fortführen kann, als ob nichts geschehen sei. Es müssen vielmehr Aufbaumechanismen geschaffen werden. Der internationale Vergleich wird die häufig gemachte Äußerung abschwächen, die kurdische Frage »gleicht keinem Beispiel auf der Welt und ist spezifisch«.

Auf der Mikroebene betrachtet ähnelt kein ethnischer Konflikt, kein Krieg oder Genozid dem anderen; alle haben sie auf die eine oder andere Weise Verschiedenheiten und spezifische Charakteristika. Dies ändert jedoch auf der Makroebene nichts daran, dass zahlreiche Konflikte sich stark ähneln und es aus den anderen Erfahrungen viel zu lernen gibt. Eine linke Herangehensweise lehnt die ontologische Haltung »wir ähneln uns« ab und versucht die Welt mit einem universalen Werkzeugkasten zu sehen. Aus diesem Grund wird die Betrachtung internationaler Erfahrungen auch einen verunsichernden Effekt auf den Nationalismus haben. Die Erkenntnis, dass aufbauende und entschädigende Maßnahmen erforderlich sind, ist von besonderer Wichtigkeit für die Lösung der kurdischen Frage. Nach einem solch umfangreichen Krieg, in dem Massaker und Rechtsverletzungen systematisch und flächendeckend verübt worden sind, ist eine neue Gesellschaft nur durch eine Abrechnung mit den Geschehnissen möglich.

Lassen Sie uns zum nächsten Punkt übergehen, indem wir zwei Mechanismen der »transitional justice« betonen: Wahrheitskommissionen und Strafverfahren. Die Wahrheitskommissionen, die in 41 Ländern eingerichtet worden sind, wurden (mit Ausnahme Brasiliens) offiziell, also per Gesetz oder Regierungsbeschluss, als offizielles Organ gegründet. Die Kommissionen bestehen aus 5 bis 15 Personen, darunter AkademikerInnen, MenschenrechtsverteidigerInnen, KünstlerInnen, ReligionsvertreterInnen und Personen des öffentlichen Lebens. Darüber hinaus gibt es ein Team aus zahlreichen SoziologInnen, JuristInnen, AnthropologInnen, HistorikerInnen und anderen WissenschaftlerInnen, die die Archive durchforsten, mit den Opfern sprechen, ZeugInnenaussagen sammeln

und diese Dokumente auswerten, um das Ausmaß der Verheerung darzustellen. Die Wahrheitskommissionen fokussieren sich auf die Rechtsverletzungen in einem bestimmten Zeitraum. Lebendige Opfer berichten vor den Kommissionen von den systematischen Rechtsverletzungen. Und diese Aussagen werden per Radio, Fernsehen oder öffentlicher Sitzung verbreitet. Die Kommissionen arbeiten im Schnitt ein bis drei Jahre.

Die Kommission veröffentlicht einen Abschlussbericht, in dem sie anhand der Aussagen der Opfer des Krieges Vorschläge macht. Dieser Abschlussbericht ist vor allem wichtig für die Anerkennung der Schuld durch den Staat und die Veröffentlichung von Zahlen über die Rechtsverletzungen. Am bekanntesten ist wohl der von der CONADEP-Kommission in Argentinien veröffentlichte Bericht »Nunca mas«, d. h. »Niemals wieder«. Die Wahrheitskommissionen sind keine juristischen Gremien, haben also kein Recht, Verfahren einzuleiten, sondern fokussieren sich auf die Opfer. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Kommissionen ist es, den Kreisen, die den Krieg bis dahin in der Presse verfolgt haben, direkten Zugang zu den Aussagen der Opfer zu verschaffen. Natürlich wird jemand, der oder die einmal von den Rechtsverletzungen hört, nicht sofort zu einem anderen Menschen, aber dies ist auch nicht das Ziel. Es geht vielmehr um die Anerkennung und Verbreitung der Erzählungen von Opfern, die bis dahin nicht gehört, unterdrückt und verleugnet worden sind. Es geht darum, den Opfern die Würde, die zu brechen versucht wurde, zurückzugeben. Die Aufdeckung der Wahrheit in einem Land wie der Türkei wird das Ausmaß des Staatsterrors offenlegen und dazu dienen, dass die Opfer sehen, dass begonnen wird, ihre Stimme zu hören. Die Taktiken und Techniken des schmutzigen Krieges und des Staatsterrors werden zusammen mit den direkten Aussagen derjenigen, die es erlebt haben, zu einem Bestandteil des gesellschaftlichen Wissens. So wird auch ein Raum erzeugt, in dem die stets verkündete Gründungsdevise des Staates ins Wanken gerät.

Ein weiterer wichtiger Mechanismus sind die Strafverfahren. Nach Kriegen oder bewaffneten Auseinandersetzungen bilden die Strafverfahren gegen die KriegsverbrecherInnen einen wichtigen Aspekt und Ausgangspunkt der Übergangsphase. Insbesondere in der Türkei, einem Land, in dem strafrechtliche Verfolgung kaum stattfindet und die StaatsdienerInnen im Hinblick auf die Verbrechen gegen die Menschlichkeit geschützt werden, ist diese strafrechtliche Verfolgung besonders wichtig. Die ehemaligen jugoslawischen Staaten sind wahrscheinlich diejenigen, in denen die strafrechtliche Verfolgung am besten funktioniert. Um die Kriegsverbrechen von 1992–1999 und ihre Verantwortlichen aufzudecken, wurden sowohl regional als auch international wichtige Schritte eingeleitet. Zunächst wurde 1993 in Den Haag das Kriegsverbrechertribunal gegründet und hochrangigen PolitikerInnen wegen Massakern, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen der Prozess gemacht. Insgesamt wurden 161 Strafverfahren eröffnet, darunter auch gegen die Hauptverantwortungsträger Slobodan Milošević, Radovan Karadžić und Ratko Mladić. Anschließend wurden in Kroatien, Serbien und Bosnien KriegsverbrecherInnentribunale eingerichtet. Hier wurden die Verfahren gegen weitere TäterInnen auf mittlerer Führungsebene geführt. Dies stellt eine wichtige Erfahrungsgrundlage auch für die Türkei dar, wo zahlreiche TäterInnen aufgrund der Vergehen im kurdischen Krieg nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Doch sowohl die Wahrheitskommissionen als auch die Strafverfolgungen stellen kein eigenständiges Rezept dar. Die



Die Angehörigen der Getöteten von Roboskî fordern weiter eine offizielle Aufklärung des Massakers, das die türkische Armee im Dezember 2011 an 34 zumeist Jugendlichen begangen hatte. Foto: DIHA

Wahrheitskommission von Südafrika ist eine der am härtesten kritisierten Kommissionen, da sie im Gegenzug zu Aussagen Amnestie erteilt und so die TäterInnen freigesprochen hat. In Chile war die erste gegründete Kommission derart kritisiert worden, Folter nicht als Vergehen behandelt zu haben, dass eine zweite Kommission gegründet wurde, die sich dieses Themas annahm. Die von den weltweit 41 Wahrheitskommissionen in ihren Abschlussberichten gemachten Vorschläge werden von den politisch Herrschenden entweder nur teilweise oder fast gar nicht umgesetzt. In Argentinien dauern die Strafverfahren seit dreißig Jahren an und ein weiter Weg steht noch bevor. Die Strafverfahren im ehemaligen Jugoslawien werden ernsthaft kritisiert, da sich die Vergangenheitsbewältigung auf die TäterInnen und das Strafverfahren konzentriert und die Stimmen der Opfer nicht gehört werden. Zivilgesellschaftliche Organisationen aus Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Albanien streben eine Wahrheitskommission für die gesamte Region an. Denn eine Vergangenheitsbewältigung, die sich hauptsächlich auf die Strafverfahren und die TäterInnen konzentriert, ruft bei den Opfern und ihren Angehörigen Enttäuschung hervor. Dass die verschiedenen Aspekte des Opferseins und die systematischen Menschenrechtsverletzungen von verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen gehört und wahrgenommen werden, ist mindestens genauso wichtig wie die Strafverfolgung der TäterInnen.

Wie wird mensch sich derjenigen erinnern, die in Haft verschwunden sind, ermordet wurden, durch Bombardierung ihres Hauses, durch Folter oder die spezielle Kriegsführung gestorben sind? Wie werden die TäterInnen Rechenschaft ablegen?

Weder die Wahrheitskommissionen noch die Strafverfolgung noch institutionelle Reformen noch Gedenkstätten als Elemente der »transitional justice« liefern fertige und weltweit anwendbare standardisierte Rezepte. Die internationalen Beispiele sind wichtig, da sie uns sowohl zeigen, wie in anderen Staaten Vergangenheitsbewältigung praktiziert wird, als auch, was sie uns lehren, wenn wir ihnen kritisch begegnen. Dies eröffnet uns den Raum für eine umfassende Diskussion.

Wenn ich an den Punkt zurückkehre, an dem ich begonnen habe, ist die Phase, die wir als Friedensphase bezeichnen, eine Diskussion über die Art, wie sich der Toten erinnert wird. Wie wird mensch sich derjenigen erinnern, die in Haft verschwunden sind, ermordet wurden, durch Bombardierung ihres Hauses, durch Folter oder die spezielle Kriegsführung gestorben sind? Wie werden die TäterInnen Rechenschaft ablegen? Die diesen getöteten KurdInnen folgenden Generationen haben auch den Staatsterror erlebt. Die KCK-Verhaftungen, die Militärangriffe, der Beschuss mit chemischen Waffen, die gezielten Tötungen wurden fortgesetzt. Die Anerkennung dieser vielschichtigen Aspekte und die Wiedergutmachung wird, wie weltweit, ein schwieriger und anstrengender Prozess.

Das ist wie überall auf der Welt nicht nur vom Staat abhängig, sondern von den Fähigkeiten und Kapazitäten der politischen Kräfte, der MenschenrechtsverteidigerInnen und der KämpferInnen für Demokratie. Die Friedensphase im kurdischen Krieg der Türkei sollte diese Vernichtungs- und Genozidpolitik aufdecken, möglichst vielen TäterInnen wegen Verbrechen an der Menschlichkeit den Prozess machen, die institutionellen Verbindungen zwischen den verschiedenen staatlichen Organisationen und öffentlichen Strukturen wie der Presse, den AkademikerInnen und den zivilgesellschaftlichen Organisationen offenlegen und die umfassenden politischen, menschlichen und ethischen Einbrüche zur Diskussion stellen. Dafür müssen soziologisch und anthropologisch neue Herangehensweisen getestet werden, viel Energie in juristische Arbeiten investiert werden und bei der Auswahl von Maßnahmen internationale Erfahrungen berücksichtigt werden.

Es muss eine Entscheidung getroffen werden, wie über welche Besonderheiten für einen dauerhaften Friedensprozess diskutiert werden muss und in welcher Art diese Diskussionen mit den verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen geführt werden. Es ist festzulegen, wie welche AkteurInnen für die Praktizierung dieser strategischen Prioritäten gewonnen werden können. Es sollte eruiert werden, welche Bündnisse mit welchen gesellschaftlichen Kreisen geschlossen werden. All dies sollte nicht von einer einzigen politischen Richtung getan werden, sondern in Verhandlungen mit den Basisorganisationen der Opfer, mit den Frauenorganisationen, mit den verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen, mit den verschiedenen ethnischen und religiösen Minderheiten und mit den Menschenrechtsorganisationen. Die Friedensphase wird eine Phase sein, in der während all dieser Diskussionen in allen gesellschaftlichen Kreisen neue Kontaktformen geschaffen werden. Daher ist es notwendig, viele Gedanken und politische Konzepte zu entwickeln, intensiv weltweite Erfahrungen zu studieren, mit möglichst vielen Kreisen auf sehr unterschiedlichen Ebenen Verhandlungen zu führen und zahlreiche Versuche zu starten, um die Fronten, die sich im Krieg verhärtet haben, aufzuweichen. Wir müssen neue unbekannte Wege gehen. Vielleicht wollen die ruhelosen Toten genau dies von uns. ♦

Ökonomie in der Demokratischen Autonomie

Es gibt keine Rezeptlösung für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten

Mako Qoçgirî, Mitarbeiter von Civaka Azad, Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V.

Der Lösungsprozess in der kurdischen Frage kommt derzeit wahrlich langsam voran. Die kurdische Seite ist ihrer Verantwortung in der ersten Stufe des Prozesses gerecht geworden, nun ist die türkische Regierung am Zug. Doch bisher reden die Herrschaften der AKP zwar viel von Lösung, in der Praxis hat sich bislang jedoch recht wenig getan. Für die kurdische Seite bedeutet das aber noch lange nicht, dass es derzeit nichts zu tun gäbe. Denn die Frage, wie das Leben in der kurdischen Gesellschaft in Zukunft gestaltet werden soll, ist mehr von Bedeutung denn je. Die Umsetzung der Demokratischen Autonomie als Gesellschaftskonzept für Kurdistan wird als Ziel ausgegeben. Doch wie sieht die Verwirklichung eines demokratischen, geschlechterbefreiten und ökologischen Gesellschaftskonzepts aus? Welche Schwierigkeiten gilt es zu meistern? Und wie sollen die Lösungen auf die brennenden Fragen innerhalb der Gesellschaft aussehen? Die Antworten auf Fragen wie diese wird die kurdische Seite kaum von Seiten der türkischen Regierung bekommen. Das will sie auch gar nicht. Denn Demokratische Autonomie heißt auch, sich auf demokratischer Basis mit der Gesellschaft den Problemen der Gesellschaft stellen, gemeinsam Lösungen ausarbeiten und umsetzen. Genau deshalb wird in den Reihen des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) bereits heute die Frage nach dem »Wie lebenin der Demokratischen Autonomie?« gemeinsam mit der Gesellschaft diskutiert.

Wirtschaft – eine lange vernachlässigte Frage

Um eine Antwort auf diese Frage zu finden, muss auch die Frage nach der Wirtschaftsform in der Demokratischen Autonomie diskutiert und erörtert werden. Die Wirtschaftsfrage wurde erst in den letzten Jahren innerhalb der kurdischen Bewegung stärker aufgegriffen und zum Thema gemacht. Lange Zeit stand sie eher im Hintergrund. Die kurdische Freiheitsbewegung begreift sich auch als eine antikapitalistische Bewegung. Doch wie eine antikapitalistische Wirtschaftsordnung in Kurdistan aussehen könnte, war lange Zeit den wenigsten klar.

Allerdings haben sich in den letzten Jahren Arbeitskommissionen innerhalb der kurdischen Gesellschaft gebildet, die sich genauer mit der Wirtschaftsfrage beschäftigen. Auf dem neunten Kongress des Kongra Gel im Juli dieses Jahres wurden die Kooperativen zu einem der vier Standbeine der Demokratischen Autonomie erklärt.[1] Die Kooperative stellt in den Vorstellungen der kurdischen Freiheitsbewegung die zentrale Institution für die Wirtschaft ihres Gesellschaftskonzepts dar.

Die Diskussionen über die Wirtschaftsfragen werden von der Basis der kurdischen Bewegung im des Kongress für eine Demokratische Gesellschaft diskutiert. Der 2006 gegründete DTK verfügt über eine »Kommission für Wirtschaft und Beschäftigung«, in der sowohl die Rahmenbedingungen der Wirtschaftsform als auch konkrete Projekte für Kooperativen entworfen werden. So hat der DTK beispielsweise im Mai dieses Jahres in Amed (Diyarbakır) ein dreitägiges Seminar für alternative Wirtschaftsformen organisiert, an dem unterschiedlichste Projekte für Kooperativen aus ganz Nordkurdistan vorgestellt wurden und ein reger Austausch stattfand. Doch werfen wir zunächst einen Blick auf die wirtschaftlichen Probleme in Kurdistan.

Dringende wirtschaftliche Probleme am Beispiel der Landwirtschafts- und Beschäftigungsfrage

Landwirtschaft und Viehzucht stellen in Kurdistan die wichtigsten Einnahmequellen dar. Doch aufgrund von Krieg und Vertreibung sowie wirtschaftlicher Rationalisierungsmaßnahmen hat dieser Wirtschaftszweig große Schäden davongetragen. Durch Ausrufung des Ausnahmezustands oder auch Verminung der Äcker wurde der Bevölkerung der Zugang zu den landwirtschaftlichen Anbauflächen und Weiden versperrt. Den Menschen wurde die Möglichkeit zur Subsistenzwirtschaft genommen. Vielfach blieb ihnen die Wahl zwischen der Emigration in die Elendsviertel der Großstädte oder dem

1 Die anderen drei Standbeine stellen die Kommunen, die Akademien und die Rätestrukturen dar.

Dienst für den Staat als Dorfschützer. Auf der anderen Seite hat der wirtschaftliche Wettbewerb, auch angetrieben durch die Bedingungen des EU-Beitrittsprozesses, dazu beigetragen, dass im Sinne der Profitmaximierung in die Landwirtschaft eingegriffen wurde, zum Nachteil der davon abhängigen Menschen. Die Schaffung von Monokulturen oder auch der Einsatz von hormonell wirksamen Chemikalien haben die organische Landwirtschaft abgelöst. Hier stehen also nicht die Bedürfnisse der Gesellschaft, sondern die Nachfrage des Marktes im Vordergrund.

Ein weiteres wichtiges Problemfeld betrifft die Frage der Arbeitslosigkeit in den Städten Kurdistans. Jahrzehntelang aus politischen Gründen bewusst durch den Staat wirtschaftlich vernachlässigt, gibt es heute in den Städten kaum Beschäftigungsmöglichkeiten. Hinzu kommt, dass kaum Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für die Menschen geschaffen worden sind und Schulen und Universitäten in den kurdischen Gebieten denjenigen aus dem Westen der Türkei weit hinterherhinken. Es gibt also eine Menge Arbeitslose, die vergleichsweise schlecht ausgebildet sind. Der türkische Staat beziffert die Arbeitslosenquote in den kurdischen Gebieten mit 20 %. Doch in der Realität dürfte die Zahl weitaus höher liegen. Denn erfasst werden vom türkischen Staat nur diejenigen als arbeitslos, die sich selbst als solche in den Arbeitsämtern gemeldet haben. Geschätzt wird die tatsächliche Arbeitslosigkeit auf rund 50 %.



Frauen-Stadtteilmarkt in Bağlar/Amed eröffnet

Die BDP-Stadtteilverwaltung von Bağlar in Amed (Diyarbakır) hat den ersten täglich geöffneten Frauen-Stadtteilmarkt eröffnet. Auf dem Markt dürfen nur Frauen arbeiten. Ziel des Projekts ist es, einen neuen Beschäftigungsbereich für Frauen zu schaffen.
Bei der Eröffnung waren unter anderem die BDP-Kovorsitzende Gülten Kışanak, die BDP-Abgeordnete von Amed Nursel Aydoğan und die BDP-Abgeordnete von Istanbul Sebahat Tuncel anwesend.
Die Bürgermeisterin des Stadtteils Sur Yüksel Baran erklärte, dass mit dem Aufbau von Projekten für benachteiligte und diskriminierte Teile der Gesellschaft, diese Kreise stärker in die Gesellschaft eingebunden und ihre Nachteile aufgehoben werden sollen. »Vor allem unsere Arbeiten für die Einbindung der Frau in das öffentliche städtische Leben werden wir weiter fortsetzen«, so Baran.
In einer kurzen Ansprache brachte Gülten Kışanak mit folgenden Worten zum Ausdruck, welche Bedeutung sie diesem Projekt beimisst: »Uns Frauen werden feste Grenzen vorgezeichnet. Man hat klassifiziert, welche Berufe wir Frauen ausüben können und welche angeblich nicht. In dieser Form wird eigentlich das gesamte Leben der Frauen eingegrenzt. Aber mit diesem Projekt stellen wir erneut unter Beweis, dass es keine Arbeit gibt, die nicht von Frauen gemacht werden kann. Wir Frauen sind davon überzeugt, dass wir auch diese Arbeit ebenso gut wie die Männer, wenn nicht noch besser, machen können. Ich rufe an dieser Stelle auch alle Stadtverwaltungen der BDP dazu auf, dieses Projekt zum Vorbild zu nehmen und auch innerhalb ihrer Stadtteilverwaltungen umzusetzen.«
Nach den beiden Ansprachen wurde, begleitet von einem musikalischen Rahmenprogramm, der Markt eröffnet.
Quelle: ANF, 20.08.2013, ISKU

Wirtschaftsverständnis in der Demokratischen Autonomie

Die wirtschaftliche Ausgangslage für die Demokratische Autonomie ist also alles andere als optimal. Doch die Probleme sollen mit einem völlig neuen Verständnis von Wirtschaft angegangen werden. Das Wirtschaften wird nämlich in der Demokratischen Autonomie als grundlegende Aktivität der Gesellschaft betrachtet. Zentraler Akteur ist deshalb nicht das einzelne Individuum und seine persönlichen Interessen, sondern die Gesellschaft und ihre Bedürfnisse. Und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Gesellschaft können weder durch eine unsichtbare Hand, wie von überzeugten Wirtschaftsliberalisten propagiert, noch durch eine zentrale wirtschaftliche Entscheidungsinstanz, wie im Realsozialismus praktiziert, befriedigt werden. Die Gesellschaft muss durch kollektiv-demokratische Strukturen in der Wirtschaft selbst als Akteurin für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse eintreten. Da das wirtschaftliche Ziel in der Demokratischen Autonomie nicht die endlose Kapitalakkumulation ist, soll bei den Waren nicht der Tausch- sondern der Gebrauchswert im Vordergrund stehen. Aufbauend auf diesem zentralen Prinzip soll die Wirtschaftsordnung der Demokratischen Autonomie gestaltet werden.

Kapitalakkumulation und Profitmaximierung stehen im Widerspruch zu diesem Wirtschaftsverständnis. Dementsprechend soll auch technologischer Fortschritt dem Primat der Profitmaximierung entrissen und wieder in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden. Eine fortschreitende Industrialisierung der Wirtschaft, die zu Lasten der Natur geht, wird abgelehnt. Die Industrialisierung darf also nur unter Rücksichtnahme auf das ökologische Gleichgewicht voranschreiten.

Die Privateigentumsfrage

»Im Gegensatz zum Kapitalismus steht in der Demokratischen Autonomie das Privateigentum nicht im Mittelpunkt. Denn ein Wirtschaftssystem, das das Privateigentum praktisch vergöttlicht, kann nicht menschlich sein.« Mit diesen Worten beschreibt Halis Bilen, Mitglied der »Kommission für Wirtschaft und Beschäftigung« im DTK das Verhältnis zum Privateigentum in der Wirtschaft der Demokratischen Autonomie. Aus den derzeitigen Diskussionen innerhalb der kurdischen Strukturen geht hervor, dass ein Verbot von Privateigentum allerdings auch nicht als der passende Weg betrachtet wird, zumal ein solches Unterfangen unter den gegenwärtigen Bedingungen auch nicht für realistisch gehalten wird. So soll das Privateigentum also nicht komplett abgeschafft werden, aber es soll strengen Regeln unterworfen und nicht gefördert werden. Eine Zentralisierung oder Konzentration des Privateigentums soll unterbunden und somit der Monopolkapitalismus verboten werden. Stattdessen soll das kollektive Eigentum durch die Bildung von Kooperativen gestützt und gefördert werden.

Kooperatives Wirtschaften

Aus den Diskussionen innerhalb der kurdischen Strukturen gehen keine Rezeptlösungen gegen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Kurdistan hervor, doch es werden erste Ansätze herausgearbeitet. Den wohl wichtigsten Ansatz stellen die Kooperativen dar. Das kooperative Wirtschaften soll auf zwei Ebenen zum Einsatz kommen: in der Produktion und im Verkauf. Durch Produktionskooperativen soll der Ausbeutung der Arbeiter ein Ende gesetzt werden. In der Kooperative sind sie zugleich auch ihre eigenen Arbeitgeber. Es gibt also niemand, der innerhalb des Betriebs in der Hierarchieleiter über ihnen steht, die Arbeiter ausbeutet und einen Mehrwert für sich abzweigt. Die zweite Art der Kooperative stellen die Verkaufskooperativen dar. Durch diese soll es den Produzenten ermöglicht werden, auf direktem Wege ihre Waren an die Konsumenten zu bringen, ohne irgendwelche Händler zwischenzuschalten. Jegliche Form von Spekulation oder anderen Methoden, mit denen ausschließlich aus Geld noch mehr Geld geschöpft wird, soll abgeschafft werden. Die Kooperativen sollen alle demokratisch organisiert werden und sich nach den Bedürfnissen der Gesellschaft richten. Neben den Kooperativen sollen kleine oder mittelgroße Einzelbetriebe zugelassen werden. Doch die wirtschaftliche Perspektive in der Demokratischen Autonomie ist ein breites gesellschaftliches Netzwerk an Kooperativen.

Fazit

Die Diskussionen in der kurdischen Gesellschaft über die Frage »Wie leben?« halten weiter an. Mit den Diskussionen und mit der Umsetzung der Diskussionsergebnisse entwickelt sich zugleich das Gesellschaftsmodell der Demokratischen Autonomie basisnah weiter. Die Diskussionen über die passende Wirtschaftsform innerhalb dieses Gesellschaftsmodells sind noch relativ jung. Deshalb stellen die oben angeführten Überlegungen lediglich Ansätze dar. Diese Ansätze müssen sich der Realität und ihren Schwierigkeiten stellen. Überstehen sie diese Schwierigkeiten und schaffen es, Lösungen für die wirtschaftlichen Fragen anzubieten, können sich die Ansätze weiterentfalten. Tun sie dies nicht, müssen neue Ansätze entwickelt werden. Die Stärke der Demokratischen Autonomie ist, dass sie kein vorgefertigtes unveränderliches Konzept darstellt, sondern an den Schwierigkeiten der Realität wächst und sich weiterentwickeln kann. Das gilt auch für ihre Wirtschaftsform. ♦

KCK-Exekutivratsmitglied Cemil Bayık über den politischen Islam

Kollaborierender gemäßigter Islam als Trojanisches Pferd der kapitalistischen Moderne

Cemil Bayık, Mitbegründer der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) und seit Juli 2013 Kovorsitzender der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), beantwortete, noch als KCK-Exekutivratsmitglied, im Juli im Kandil-Gebirge gegenüber ANF Fragen zu den aktuellen Entwicklungen im Mittleren Osten, insbesondere zum Krieg in Syrien, und den Perspektiven der kurdischen Freiheitsbewegung unter Führung der PKK. Wir dokumentieren einen stark gekürzten Ausschnitt zur Rolle des politischen Islam in der Region. Eine umfangreichere Version seiner Äußerungen ist in der Online-Version dieser Ausgabe zu finden.



KCK-Kovorsitzender Cemil Bayık Foto: ANF

Können im neustrukturierten Mittleren Osten Lösungsansätze wie der »politische Islam« Antworten auf die vorhandenen Probleme geben? Und wie sieht ihre Zukunft im Zuge des Zusammenbruchs der bestehenden nationalistischen Staatengebilde aus?

Nach der Auflösung der Sowjetunion hat das US-geführte internationale System gesehen, dass es sich mit den alten kollaborierenden Machtblöcken im Mittleren Osten keinen Einfluss verschaffen kann. Mithilfe gesellschaftlicher Kreise und Strömungen, die sich selbst in den letzten zwei Jahrhunderten als modern und säkular bezeichneten und zum Teil Modelle des europäische Systems der kapitalistischen Moderne darstellten, hatte man den Mittleren Osten kontrollieren wollen. Doch insbesondere nach dem Ende des Kalten Krieges war das schwierig, und auch, auf dieser Grundlage die Dominanz zu bewahren. So, wie diese Mächte nicht mehr den Anforderungen des Systems genügen, verfügen sie auch nicht mehr über gesellschaftliche Legitimität. Mit einem von den kulturellen gesellschaftlichen Werten abgekoppelten Politikverständnis sind Lebensweise und Lebenskultur des Großteils der Gesellschaft zur Zielscheibe geworden. Mit diesen Mächten sind in der Region die Funktion einer Hegemonialmacht und die Kontrolle der Gesellschaft nicht mehr möglich. Daher wurde sich einer Politik mit neuen kollaborierenden Kräften, die gesellschaftliche Legitimität genießen, zugewandt, einer Politik des sogenannten »kollaborierenden moderaten Islam«. Ohnehin war zur Zeit des Kalten Krieges eine Politik der Einkreisung und Neutralisierung der Sowjetunion bzw. des Kommunismus (»Grüner Gürtel«) betrieben worden. In diesem Zusammenhang waren Beziehungen zu verschiedenen islamistischen Kreisen im Mittleren Osten aufgebaut und deren Kollaboration in die eigene Politik integriert worden, dabei

wurden innerhalb des politischen Islam Agentengruppen für die USA und Europa geschaffen. Deshalb wollten diese der kapitalistischen Moderne im Mittleren Osten über den kollaborierenden Islam zum Durchbruch verhelfen.

Mit Beginn der Geschehnisse in Tunesien unterstützten sie gemäß ihrer neuen Herrschaftsstrategie den Einfluss des kollaborierenden politischen Islam in diesen Ländern, um diese zur dominanten Kraft des neu entstehenden Machtblocks zu machen. Folglich versuchten sie in Tunesien, Libyen, Ägypten und Jemen entsprechend dieses neuen Kollaborationsprofils, ihren Einfluss zu stärken und der Region eine neue Ordnung zu geben.

Doch im Falle Syriens zeigte sich diese Strategie nach kurzer Zeit als nicht förderlich für ihr Projekt, es wurde aufgrund der Befürchtung kontraproduktiver Resultate sogar eine andere Herangehensweise gewählt. Man will in Syrien keine Herrschaft des politischen Islam so wie in Ägypten und anderen Ländern – auch wenn er kollaboriert. Dabei spielt die gemeinsame Grenze mit Israel und dem Libanon und die Situation der Türkei eine Rolle. Mit der Überlegung, auf dem kollaborierenden Islam beruhende Regime würden mit der Zeit ihren Charakter verändern und ihnen Schwierigkeiten bereiten, sehen sie ihren Vorteil in einem Syrien mit anderer Machtkonstellation.

Der politische Islam soll zwar einbezogen werden, aber ohne Priorität; ein Syrien mit einer breiten Palette von Kurden, Drusen, Alawiten, Assyrern, Armeniern und in den letzten hundert Jahren mit der westlichen Kultur gewachsenen Kreisen sowie anderen politischen Ansätzen und linken Kräften wird bevorzugt. So wird über eine Pufferzone zwischen der Türkei und den islamistischen Kräften im Süden Syriens nachgedacht. Südkurdistan ist ohnehin ein solches Gebilde.

AKP und Fethullah Gülen

In den anderen Gebieten des Mittleren Ostens setzen die Hegemonialmächte zur Kontrolle der Region ohne Frage weiter auf den kollaborierenden politischen Islam. Schon die Realität der AKP und Fethullah Gülens zeigt: Dass in der Türkei entsprechende Kreise über eine gewisse Macht verfügen, entspricht den eigenen Interessen. Vielleicht wollen sie auch in der Türkei keine Dominanz des kollaborierenden politischen Islam; dabei halten sie ihn ebenso wie als Gegengewicht die Existenz anderer politischer Strömungen für notwendig. In diesem Rahmen muss ihre Agentenbeziehung mit Fethullah Gülen bewertet werden, desgleichen dessen Einfluss innerhalb der AKP.

Gezi-Park

In der sich aus dem Istanbuler Gezi-Park entwickelnden Widerstandsphase hat sich gezeigt, dass die USA und Europa in der Türkei ein politisches Gleichgewicht, ohne islamistische Hegemonie, für wichtig erachten. Folglich haben sie während des Gezi-Park-Aufstands die AKP-Regierung scharf kritisiert. Diese Kritik hat im Grunde offenbart, was für eine Türkei sie wollen. Ginge es nach ihnen, sollten die politischen Islamisten in der Türkei eine bei Bedarf benutzbare Kraft bilden, allerdings nicht als Hegemonialmacht. Die Haltung der USA zu den von Istanbul aus sich in der ganzen Türkei verbreitenden Protesten in dieser Weise zu bewerten, wird nicht falsch sein. Zweifellos schmälert dies nicht den demokratischen und emanzipatorischen Charakter des Gezi-Park-Aufstands. Es lässt sich lediglich behaupten, dass sie daraus ihren Nutzen ziehen konnten. Ansonsten wissen sie um die Gefahr der aus dem Gezi-Park-Widerstand erwachsenden Emotionen und Ideen für sich selbst. Diese Ereignisse zeigen wieder einmal, dass jedes Problem der Länder des Mittleren Ostens von äußeren Kräften gegen sie benutzt werden kann, wenn sie ihre eigenen Angelegenheiten nicht demokratisch lösen.

Die Hegemonialpolitik der internationalen Mächte im Mittleren Osten, gestützt auf den kollaborierenden politischen Islam und andere Kräfte, basiert auf dem Nationalstaat. Ohne Zweifel werden einige extreme Charakteristika des Nationalstaats aufgeweicht, die im 20. Jahrhundert die gesellschaftliche Unzufriedenheit wachsen ließen und die kollaborationsgestützte Herrschaftssicherungsmethode der internationalen Mächte in Schwierigkeiten brachten. Andererseits verursachen die klassische nationalstaatliche Mentalität und ihre Rechtsform einige Hindernisse für den freien und sicheren Kapitalfluss. Die internationalen Monopole halten sich nun selbst für einflussreicher und stärker als Nationalstaaten und sind daher an der Überwindung der alten Mentalitäten und der Öffnung der Staaten zum Zwecke ihrer völligen Ausbeutung interessiert, um so die als störend empfundenen Aspekte des Nationalstaats loszuwerden. Gleichwohl handelt es sich wieder um die etatistische Nationalstaatsmentalität, mit einer Verlagerung der nationalistischen Tendenz in Richtung Islamismus. Ebenso tritt die Realität eines Nationalstaats mit einflussreicher kollaborierender islamischer Färbung in Erscheinung. Dabei geht es um nichts anderes als eine Kontinuität der seit 200 Jahren in den Mittleren Osten gepressten modernistischen Mentalität und Gebilde. Der Modernismus wird im Grunde mit islamistischer Identität etabliert. Der Kapitalismus erobert den Mittleren Osten mit diesem kollaborierenden politischen Islam, die Beziehung zwischen Letzterem und dem Nationalstaat wird in neuer Form fortgeführt.

Die alten Nationalstaaten waren lokale Ableger der globalen modernistischen kapitalistischen Zivilisation. Das mit den klassischen nationalstaatlichen Machtblöcken nicht zu realisierende Agententum soll nun mithilfe des kollaborierenden Islam effektiver durchgesetzt, der nicht vollständig eroberte Mittlere Osten nun unter dem Deckmantel des gemäßigten kollaborierenden Islam ausgebeutet werden. So wie in der Realität der Türkei müssen die damit einhergehenden Erfolge und Ergebnisse erkannt werden, eben jetzt in Tunesien, Ägypten



Das Recht dem Volk. Forderungen und Wunschzettel des Gezi-Widerstands. Foto: DIHA

und Libyen. Der kollaborierende gemäßigten Islam spielt im Mittleren Osten die Rolle des Trojanischen Pferdes für die kapitalistische Moderne.

So wie das Nationalstaatsverständnis der kapitalistischen Moderne wird auch diese neue Kollaborationspolitik keine Antwort für die Probleme der Region haben. Denn es trägt in seinem Wesen keinen demokratischen Charakter. Es wird kein System aufgebaut, das auf dem demokratischen Leben und der Freiheit aller ethnischen und religiösen Gemeinschaften basiert, mit Kollaboration soll die Gesellschaft am Zügel gehalten werden. Insofern sich nicht von der Politik abgewendet wird, die Widersprüche immer wieder auszunutzen und so die Kontrolle zu behalten, ist kein Mittlerer Osten gewollt, der auf einer demokratischen Gesellschaft beruht, in dem Widersprüche aufgehoben sind und alle ethnischen und religiösen Gruppen und andere soziale Gemeinschaften sich frei organisieren und partizipieren. Denn eine demokratische Gesellschaft ist eine willensstarke und gestärkte Gesellschaft, die sich folglich den Forderungen und Zumutungen der Kräfte von außerhalb nicht beugt. Demokratie und Demokratisierung schaffen im Grunde eine Situation, in der der Einfluss der herrschenden und ausländischen Kräfte reduziert oder sogar gänzlich abgebaut ist. In dieser Hinsicht werden eine Politik und eine Praxis, die eine Demokratisierung und Befreiung des gesamten Mittleren Ostens mit sich bringen, die internationalen Mächte natürlich beunruhigen. Die werden nicht begeistert sein von einer freien, auf demokratischer Organisierung beruhenden Gesellschaft. Insofern wird, weil die US- und europäische Intervention im Mittleren Osten und die damit verbundene Neuordnung der Region die Gesellschaft nicht befrieden und keine Antwort für deren Bedürfnisse haben werden, die Position der Gesellschaft zu Organisierung und Widerstand weiter Gültigkeit haben. Weder werden die Probleme im Mittleren Osten verschwinden, noch wird der Widerstand gegen die Quelle dieser Probleme, nämlich die internationalen Mächte und deren Kollaborateure, enden. Dementsprechend wird die neue Ordnung in der Region keine Problemlösung bieten. Im Gegenteil sollen die vorhandenen Probleme der Sicherung der hegemonialen Existenz dienen und die Kollaboration der Vorherrschaft in der Region; während der Widerstand der Gesellschaft gegen die Herrschenden im politischen Kampf anhalten und sich noch verstärken wird.

Wie die als sogenannter »Arabischer Frühling« zusammengefasste Dynamik sind nach dem Sturz alter despotischer Regime neue Machtblöcke, neue politische Kräfte auf der Bühne der Geschichte erschienen. Die Büchse der Pandora wurde geöffnet. Auch wenn sich auf der Grundlage neuer Machtblöcke die Herrschaft in den Ländern der Region bilden wird, werden fortan die aus dem Chaos entstandenen neuen politischen Kräfte ihren Kampf für den Aufbau eines freiheitlichen und demokratischen Systems im Mittleren Osten fortsetzen. Demzufolge wird der Mittlere Osten im 21. Jahrhundert im Vergleich zu dem Widerstand, den Krisen und Konflikten im 20. Jahrhundert ein noch reicheres, dynamischeres politisches und gesellschaftliches Leben hervorbringen. ♦

Der Ergenekon-Prozess steht nicht für Demokratisierung, sondern für eine Wandlung des »tiefen Staates« in der Türkei

Von Gladio zu Gülen

Von Nick Brauns, Historiker und Journalist

Mit langjährigen Haftstrafen endete am 5. August die erste Runde im seit fünf Jahren laufenden Ergenekon-Verfahren. 270 Militärs, Politiker und Akademiker waren angeklagt, einen nach der mythologischen Urheimat der Turkvölker »Ergenekon« genannten Geheimbund gebildet zu haben. Laut der 4000-seitigen Anklageschrift soll Ergenekon Anschläge zur Vorbereitung eines Militärputsches gegen die Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan geplant haben. Höchstrangiger Angeklagter war der frühere Generalstabschef Ilker Başbuğ, der als »Führer einer terroristischen Vereinigung« ebenso wie der Journalist Tuncay Özkan und der pensionierte General Veli Küçük sowie 16 weitere Angeklagte lebenslängliche Haft bekam. Der Vorsitzende der linksnationalistischen Arbeiterpartei (IP), Doğu Perinçek, soll für 117 Jahre und der verschwörungstheoretische Bestsellerautor Yalçın Küçük für 22,5 Jahre hinter Gitter. Der Journalist und Abgeordnete der Republikanischen Volkspartei (CHP), Mustafa Balbay, erhielt 34 Jahre Haft. 21 Angeklagte wurden freigesprochen. Einige der Beschuldigten saßen seit über fünf Jahren in Untersuchungshaft.

Die Beschuldigten bestreiten die Existenz von »Ergenekon« und beschuldigen die AKP-Regierung, mit diesem Konstrukt das Ansehen der Armee im Volk zerstören zu wollen. Tatsächlich befinden sich unter den jetzt Verurteilten ehemals hohe NATO-Offiziere ebenso wie kemalistische Ideologen, die als radikale NATO-Kritiker aufgetreten sind. Dass diese eine gemeinsame Organisation zum Sturz der Regierung Erdoğan gegründet haben sollen, ist unglaubwürdig. Mit einer Putschverschwörung haben wir es hier nicht zu tun, wohl aber mit einer nationalistischen Gesinnungsgemeinschaft. Deren einigendes Band ist der Glaube an eine einheitliche und unteilbare türkische Nation, ihre Verleugnung anderer Identitäten wie der kurdischen und ihre Feindschaft gegenüber jeglicher Religiosität. In einen wirklichen Widerspruch mit der AKP-Regierung, deren »kurdische Öffnung« bislang mehr als halbherzig ist, sind die Ergenekon-Verurteilten nur mit dem letzten Punkt geraten.



Foto: http://www.nikolaus-brauns.de

Die CHP-Opposition wirft der AKP-Regierung eine Hexenjagd auf deren laizistische Kritiker vor. Erdoğan und die seiner Regierung nahestehenden Medien feiern den »historischen Prozess« dagegen als Meilenstein bei der Demokratisierung des Landes, in dem die Armee zwischen 1960 und 1997 vier gewählte Regierungen gestürzt hat. Doch in Wirklichkeit ist der Ergenekon-Prozess nur das sichtbarste Zeichen für den Wandlungsprozess des »tiefen Staates«, der die gesamte rund 90-jährige Geschichte der Republik Türkei durchzieht. Die Wurzeln des »tiefen Staates« liegen bei den Jungtürken des Komitees für Einheit und Fortschritt (İttihat ve Terakki Cemiyeti), die sich in der Schlussphase des Osmanischen Reiches als Geheimbund innerhalb von Armee und Bürokratie organisiert hatten und 1908 durch eine Militärrevolte an die Macht kamen. »Während selbst der Nationalsozialismus in Deutschland und der

italienische Faschismus als Massenbewegungen begannen und sich später als Staaten organisierten, entstand ittihat ve terakki vollständig innerhalb des Staates«, verweist Abdullah Öcalan in der »Roadmap für Verhandlungen« auf eine Besonderheit dieser Form des türkischen Staatsnationalismus. »Die Organisierung als Parallelstaat innerhalb des Staates ist eine selten anzutreffende Organisationsform. … Wir haben hier das Originalmodell des Staates im Staat.« Jungtürkische Kader prägten die 1923 von Mustafa Kemal, der selber nicht dieser Tradition entstammte, gegründete Republik nicht nur ideologisch mit ihrem Glauben an die künstliche Schaffung einer türkischen Einheitsnation. Sie drückten dem kemalistischen Staat auch politisch ihren Stempel auf. »Der Stil, mit dem die ittihat ve terakki-Mitglieder sowohl den Staat als auch die Gesellschaft führten, besaß durchgängig einen verschwörerischen und putschistischen Charakter«, betont Öcalan. Hatten die vielfach auf preußischen Kasernenhöfen ausgebildeten Jungtürken in der Endphase des Osmanischen Reiches im Deutschen Kaiserreich ihren großen Bruder gesehen, so wurden in den 20er Jahren Großbritannien und nach dem Zweiten Weltkrieg die USA Schutzmächte dieses »tiefen Staates«, mit dessen Hilfe sie die Türkei als Vasallenstaat kontrollierten.

Konterguerilla

Mit dem NATO-Beitritt der Türkei 1952 wurde unter Führung der USA die Geheimorganisation Gladio als »tiefer Staat« innerhalb der türkischen Streitkräfte aufgebaut. Zuerst in den »Vereinen zur Bekämpfung des Kommunismus« und später in den faschistischen Grauen Wölfen schuf sich die Gladio-Organisation ihr politisches und paramilitärisches Standbein. Die Hauptstoßrichtung dieses tiefen Staates richtete sich nun gegen den tatsächlichen und vermeintlichen Kommunismus in der Türkei als Frontstaat der NATO zur Sowjetunion. Ab Mitte der 70er Jahre entfachte die als »Amt für Spezielle Kriegsführung« von General Kenan Evren geführte Gladio-Struktur mit Hilfe der Grauen Wölfe systematischen Terror zur Vorbereitung eines Militärputsches. Innerhalb von fünf Jahren starben bei Straßenkämpfen und Anschlägen rund 5 000 vor allem linksgerichtete Aktivisten, auf dem Taksim richteten Gladio-Scharfschützen am 1. Mai 1977 ein Massaker an und 1978 ermordeten Graue Wölfe in einem Pogrom in Gurgum (Maraş) über 100 Aleviten. Am 12. September 1980 putschte sich die Armee »zur Wiederherstellung der Ordnung« an die Macht. General Evren wurde zum Staatspräsidenten. Nach der revolutionären Linken wurde die 1984 zum bewaffneten Widerstand übergegangene kurdische Befreiungsbewegung zum neuen Hauptziel des »tiefen Staates«. Eine Konterguerilla aus Spezialeinheiten der Armee, Todesschwadronen der Grauen Wölfe und des Geheimdienstes der Militärpolizei JITEM sowie der sunnitischen Hizbullah verschleppte, folterte und ermordete in den 90er Jahren tausende kurdische Zivilisten. Von der Konterguerilla ermordet wurden so unter anderem der Schriftsteller Musa Anter in Amed (Diyarbakır), der Abgeordnete der prokurdischen Demokratiepartei DEP Mehmet Sincar, der Vertreter des Menschenrechtsvereins IHD aus Êlih (Batman) Sıddık Tan und zahlreiche Journalisten der Tageszeitung Özgür Gündem, deren Redaktionsräume in Istanbul und Ankara 1994 durch Bombenanschläge der Konterguerilla zerstört wurden. Schätzungen gehen von bis zu 17 000 »Verschwundenen« durch »unbekannte Täter« während der 90er Jahre aus, die in Massengräbern verscharrt, auf Müllhalden geworfen oder in Brunnenschächten versenkt wurden. In der Provinz Şirnex (Şırnak), wo noch im Jahr 2001 der HADEP-Vorsitzende Serdar Tanış und der Kassenwart der Partei, Ebubekir Deniz, entführt und ermordet wurden, entstand damals ein regelrechter Konterguerillastaat.

Einige Konterguerilla-Gruppen verschmolzen mit der Mafia, sie begannen auf eigene Faust zu operieren und immer tiefer in Drogenhandel, Korruption und Erpressung zu versinken. Das ganze Ausmaß der Verstrickung von Staat, Grauen Wölfen und Mafia wurde durch den berühmten Verkehrsunfall in der westtürkischen Kreisstadt Susurluk am 3. November 1996 sichtbar. In einem Auto starben der stellvertretende Istanbuler Polizeipräsident Hüseyin Kocadağ, der von Interpol gesuchte Drogenhändler Abdullah Çatlı und dessen Geliebte. Der kurdische Stammesführer und Abgeordnete der Regierungspartei DYP, Sedat Bucak, dessen 10 000 Mann starke Dorfschützermiliz gegen die PKK kämpfte, überlebte schwer verletzt. »Wir werden uns immer voller Hochachtung an jene erinnern, die im Namen dieses Landes, dieser Nation, dieses Staates Kugeln abfeuern oder Wunden erhalten«, würdigte die damalige Außenministerin Tansu Çiller (DYP) den ehemals führenden Aktivisten der Grauen Wölfe Çatlı, der bei seinem Tod einen Polizeiausweis bei sich führte. Çatlı hatte 1979 den MHP-Auftragskiller und späteren Papst-Attentäter Mehmet Ali Ağca bei der Ermordung des Milliyet-Chefredakteurs Abdi İpekçi unterstützt und ihm anschließend zur Flucht aus einem Gefängnis verholfen.

Armee des Imam

Nach 1980 hatten sich die Gladio-Kräfte des politischen Islam als Gegengewicht zur Linken bedient, sie hatten 1993 einen islamistischen Mob in Sewas (Sivas) zum Pogrom an Dutzenden alevitischen Intellektuellen angestachelt und in Kurdistan die islamistische Hizbullah als Todesschwadronen gegen die kurdische Befreiungsbewegung eingesetzt. Doch nun ließen die Wahlerfolge des historischen Führers des politischen Islam in der Türkei, Necmettin Erbakans, der eine tendenziell antiimperialistische und antiwestliche Rhetorik pflegte und

sich nach seiner Ernennung als Ministerpräsident einer Koalitionsregierung 1996 um gute Beziehungen zum Iran und den arabischen Ländern bemühte, bei Militärs und kemalistischen Bürokraten sowie der NATO die Alarmsignale leuchten. Nachdem die Erbakan-Regierung am 28. Februar 1997 durch einen postmordernen Pusch zum Rücktritt gezwungen worden war, wendete sich das Blatt vorübergehend gegen alle religiösen Kräfte, die sich staatlicher Verfolgung ausgesetzt sahen. Doch Ende 2002 schlug die Stunde der Islamisten mit dem erdrutschartigen Wahlerfolg der AKP. Die vom jetzigen Ministerpräsidenten und Erbakan-Schüler Recep Tayyip Erdoğan und dem jetzigen Staatspräsidenten Abdullah Gül geführte AKP hatte ihr Programm um alle bei ihren verbotenen Vorgängerparteien enthaltenen antiwestlichen Programmpunkte bereinigt und bekannte sich zu NATO, EU-Beitritt und Marktwirtschaft. So konnte die AKP mit dem Segen von USA und EU als erste religiöse Partei in der Geschichte der Republik eine Alleinregierung bilden. Doch es mangelte ihr an qualifiziertem Personal, um die laizistischen Kräfte im Staatsapparat abzulösen. So kam es zum Bündnis der AKP mit der pantürkisch-islamischen Fethullah-Gülen-Bewegung, deren gut gebildete Kader sich im Staatsapparat und insbesondere der Justiz breitmachten. Im Namen der Demokratisierung der Türkei betrieben Sonderstaatsanwaltschaften nun eine Hexenjagd gegen laizistische, prokurdische und linke Gegner der AKP. Dabei bedienen sich die Gülen-Juristen illegaler Abhöraktionen zur Belastung ihrer Gegner, die sich auf Grundlage des Antiterrorgesetzes mit kafkaesken Anklagekonstrukten konfrontiert sehen. Hunderte hochrangige Militärs wurden ebenso inhaftiert wie Tausende Politiker legaler prokurdischer Parteien und Hunderte Studenten, Journalisten, Mitglieder sozialistischer Parteien und Gewerkschaften. Der frühere Gülen-Gefolgsmann und Vizedirektor des Polizeinachrichtendienstes Hanefi Avcı hat die in den 70er Jahren begonnene Unterwanderung der Polizei in seinen autobiografischen Aufzeichnungen ebenso deutlich gemacht wie die Enthüllungsjournalisten Ahmet Şık und Nedim Şener. Alle drei Autoren wurden unter fingierten Terrorismusvorwürfen verhaftet und Şıks Buch »Die Armee des Imams« – gemeint ist die türkische Polizei – noch vor Erscheinen verboten. »Gülenisten sollen die türkische Nationalpolizei dominieren, wo sie als Vorhut der Ergenekon-Ermittlungen dienen«, meldete laut einem von Wikileaks veröffentlichten Dokument selbst die US-Botschaft in Ankara nach Washington. Auffällig ist das Schweigen der US-Regierung zur Verhaftung und Verurteilung auch hochrangiger NATO-Offiziere im Rahmen des Vorschlaghammer- und Ergenekon-Prozesses.

Grünes Licht aus Washington

Denn es ist offenkundig, dass die AKP ohne grünes Licht durch die USA nicht in der Lage gewesen wäre, solche Operationen durchzuführen. Doch in der US-Führung hatte sich die Überzeugung durchgesetzt, dass die durch Militarismus, Staatsfixiertheit und engstirnigen Nationalismus verknöcherten kemalistischen Staatsbürokraten die der Türkei zugedachte Rolle als Trojanisches Pferd der NATO im Nahen Osten nicht mehr erfüllen konnten. Vor dem Hintergrund des von den USA vorangetriebenen »Größeren-Mittleren-Osten-Projektes« wurde eine neue Kraft gebraucht, die die Masse der Bevölkerung für den neoliberalen Umbau der Türkei gewinnen und gleichzeitig als Vorbild in die islamische Welt ausstrahlen konnte. Dieser neue Agent des Westens ist die AKP mit der von ihr vertretenen Ideologie einer türkisch-islamischen Synthese. Der marxistische Politikwissenschaftler Haluk Gerger hatte schon im März 2009 erklärt, bei den Ergenekon-Verhaftungen gehe es in Wirklichkeit um eine Säuberungsoperation innerhalb der Streitkräfte, um diejenigen Elemente zu neutralisieren, die der US-Politik kritisch gegenüberstehen. »Einige dieser Gruppierungen hatten sich auf das verbotene Terrain des ›Antiamerikanismus‹ begeben. In Wirklichkeit handelte es sich dabei aber eher um Kurdenfeindlichkeit, da der Hauptwiderspruch zwischen diesen Kreisen und den USA deren Politik im Nordirak war. Die gestattete es der Türkei nämlich nicht mehr, nach Belieben weitere Verwüstungen in der Region anzurichten. Damit hatten sich diese Gruppen ihr eigenes Todesurteil ausgestellt, da die USA die einzige Kraft sind, die in der Türkei die Streitkräfte im Zaum halten kann.« Bei ihrem Versuch, die Kontrolle über die höheren Ränge der Streitkräfte wiederzugewinnen, stellten sich die USA an die Seite der AKP-Regierung und gegen deren kemalistische Rivalen.

Unter der AKP wurde so zwar die nach dem Ende des Kalten Krieges in dieser Form nicht mehr benötigte zweitgrößte NATO-Armee als innenpolitischer Faktor der Türkei ausgeschaltet. Doch anstelle einer Demokratisierung des Landes fand ein Wandel vom kemalistischen Militärstaat zum neoliberalen Polizeistaat mit religiöser Fassade statt. Mit dem Ergenekon-Verfahren wurden zwar einige berüchtigte Exponenten des alten »tiefen Staates« ausgeschaltet. Doch gleichzeitig ist der Ergenekon-Prozess der beste Beweis für die Weiterexistenz eines nunmehr religiös gewandelten »tiefen Staates«. Symbolhaft für den Wandlungsprozess des »tiefen Staates« ist dabei die Biographie Fethullah Gülens, der als junger Mann Mitbegründer des vom CIA geförderten »Vereins zur Bekämpfung des Kommunismus« in Erzîrom (Erzurum) war, den Putsch vom 12. September 1980 bejubelte und heute die graue Eminenz des »grünen Ergenekon« in der Türkei ist. Pantürkischer Nationalismus, fanatischer Antikommunismus und eine Nähe zu den USA ziehen sich dabei wie ein roter Faden durch das Leben des heute in seinem selbstgewählten Exil im US-Bundesstaat Pennsylvania lebenden pensionierten Imam, der vom Time-Magazin unter die 100 wichtigsten Persönlichkeiten der Welt gezählt wird und aufgrund seines immensen Einflusses auf die

türkische Politik als »schattenhafter Puppenspieler« charakterisiert wird.

Ergenekon östlich des Euphrat

Der Abgeordnete der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) Altan Tan hat nach Abschluss des Ergenekon-Verfahrens dem türkischen Parlament eine Petition vorgelegt, um einen Untersuchungsausschuss über die Rolle der Ergenekon-Kräfte in Kurdistan einzusetzen. »Der Staat hat keinerlei Schritte unternommen, dies aufzuklären, obwohl die PKK mehrfach angeboten hat, ihr diesbezügliches Wissen zu teilen.« Die illegalen Ergenekon-Aktivitäten seien nicht auf Ankara und Istanbul beschränkt gewesen, sondern die Gruppe sei auch östlich des Euphrat unter dem Namen JITEM aktiv gewesen, begründete Tan seinen Vorstoß. Während die Ergenekon-Ermittlungsakten Tausende Seiten vermeintlicher und tatsächlicher Aktivitäten des »tiefen Staates« in der Westtürkei enthalten, wird die Rolle dieser Kräfte in Kurdistan ausgeblendet. Zwar wurden JITEM-Gründer Veli Küçük und andere Mitglieder dieses selbst nach türkischen Gesetzen illegalen Geheimdienstes jetzt verurteilt. Doch die Verurteilung erfolgte wegen angeblicher Putschpläne gegen die AKP, während die extralegalen Hinrichtungen in Kurdistan keine Rolle im Ergenekon-Verfahren spielten.

Nur wenige der zahlreichen Massengräber in Kurdistan wurden bislang geöffnet. Kein einziger Politiker, der während des »schmutzigen Krieges« in den 90er Jahren Regierungsverantwortung hatte, wurde bislang zur Verantwortung gezogen. Verwunderlich ist das nicht. Schließlich hat die AKP in ihrem repressiven Umgang mit der kurdischen Frage das Erbe ihrer Vorgängerregierungen angetreten. Noch vor drei Jahren hat Erdoğan eng mit dem jetzt als Ergenekon-Führer verurteilten Generalstabschef Ilker Başbuğ bei der militärischen Niederschlagung des kurdischen Aufstandes kooperiert. Und bis heute verhindert die AKP-Regierung, dass die für das Massaker von Roboskî – der Bombardierung von 34 kurdischen Zivilisten durch die türkische Luftwaffe Ende 2011 – Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Solange die Verbrechen während des Krieges in Kurdistan nicht umfassend aufgeklärt werden und die Unterdrückungs- und Verleugnungspolitik gegen die Kurden fortgesetzt wird, wird auch die 100-jährige Tradition von Geheimbündelei und Putschismus im Staat nicht überwunden werden können. ♦



Nach dem Öffnen eines der Massengräber Foto: DIHA

Über die Rolle des HDK bei der Organisierung des Widerstandspotentials

Der Gezi-Widerstand ist noch nicht zu Ende, er geht weiter …

Bircan Yorulmaz, Exekutivratsmitglied des HDK (Demokratischer Kongress der Völker)

In den vergangenen Wochen wurde viel über den Gezi-Widerstand geschrieben … soziologische, politische, psychologische und ideologische Analysen wurden verfasst … Aber ob diese Analysen, so kurze Zeit nach dem Höhepunkt des Widerstands, die Aufstände richtig bewerten, kann noch nicht gesagt werden. Das wird erst die Zeit zeigen.

An dieser Stelle werden wir nicht den Gezi-Aufstand von seiner Entstehung bis zu seinem Höhepunkt betrachten, sondern eher schlaglichtartig einen Blick darauf werfen und versuchen, ihn in seiner Dynamik zu verstehen:

Der Widerstand begann, nachdem am 31. Mai die Polizei mit äußerster Brutalität gegen eine kleine Gruppe von UmweltaktivistInnen vorgegangen war, die sich gegen die Abholzung der Bäume im Gezi-Park gestellt hatte. Im Anschluss daran kamen unterschiedlichste Kreise zusammen, die gemeinsam ihre Ablehnung der Polizeigewalt und des Staats- und Regierungsterrors ausdrückten. Dieser Protest verwandelte sich in einen landesweiten Aufstand des Volkes. Doch die Regierung wollte dies einfach nicht wahrhaben. JedeR, der oder die behauptete, dass es schon lange nicht mehr bloß um die Rettung einiger Bäume gehe, wurde wegen »Anstiftung zum Aufstand« vom Staat als StraftäterIn betrachtet.

Mit dem ersten Tag des Aufstands haben die Mainstream-Medien bzw. die regierungsnahen Medien mit allen Mitteln versucht, wegzusehen. Während in allen Ecken des Landes Millionen von Menschen auf die Straßen gingen, zeigte ein führender Nachrichtensender der Türkei lieber eine Dokumentation über Pinguine, anstatt über die Proteste zu berichten. Der Pinguin wurde dadurch zum Symbol des Gezi-Aufstands. Aber der Widerstand bekam eine solche Dynamik, dass stures Ignorieren schlichtweg nicht mehr möglich war. Am Ende der ersten Woche entschloss sich die Menge, einfach vor den Türen der Medienanstalten zu protestieren. Daraufhin blieb denen nichts anderes übrig, als ihre Berichterstattung zumindest ein wenig zu korrigieren.

Die Protestierenden hatten allerdings in der Zwischenzeit ohnehin ihre eigenen Mediennetzwerke aufgebaut. Über das Internet, insbesondere durch soziale Netzwerke, organisierten sich hunderttausende Menschen und planten ihre Aktionen.

Wir müssen erkennen, dass der eigentliche Katalysator der Proteste der türkische Ministerpräsident war. Mit der Rhetorik, die er seit dem ersten Tag des Aufstands benutzte, ist es ihm gelungen, eine vermeintlich apolitische Generation auf die Straßen zu treiben. Es war unausweichlich, dass – als Reaktion auf die Gewalt der Regierung – die Menschenmenge die Straßen besetzte.

Die letzten Ergebnisse der AKP-Politik verdeutlichen, aus welch unterschiedlichen Gründen die Menschen ihre Wut auf die Straßen getragen haben: die gewalttätige Assimilationspolitik, die ihren Höhepunkt in Roboski erlebte; die »4+4+4«-Schulreform; die Diskussionen um ein Abtreibungsverbot; die rigorose Verbotspolitik am Beispiel des Alkoholverbots.

Was mit der Rettung einiger Bäume begonnen hatte, mündete also in einen Aufstand aller derjenigen, deren Freiheit auf die eine oder andere Weise eingeschränkt ist. Dieser Widerstand transzendierte die verstaubten Politikschablonen. Eine als apolitisch bezeichnete, von manchen sogar verloren geglaubte Generation hat in ihrer eigenen Sprache einen Volksaufstand in Gang gesetzt, wie ihn die Geschichte nur selten zu Gesicht bekommt.

Während der Aktionen wurden durch die Gewalt der Polizei oder infolge von Provokationen der Zivilpolizei Ethem Sarıülük, Mehmet Ayvalıtaş, Abdullah Cömert und Ali İhsan Korkmaz ermordet. Sie sind zu Symbolen dieses Aufstands geworden.

Der größte Erfolg des Gezi-Widerstands war zweifellos die Tatsache, dass das staatlich geprägte Bild westlich des Euphrats von der Unterdrückung und Assimilation der kurdischen

Bevölkerung tiefe Risse bekommen hat. Menschen, die bisher nie ein Wort über die Staatsgewalt in Kurdistan verloren, aber mit dem Gezi-Aufstand erstmals die Staatsgewalt am eigenen Leib verspürt haben, fragen sich nun auf einmal: »Wer weiß, was den Menschen dort drüben bisher angetan worden ist und heute noch angetan wird?«

Das beste Beispiel dafür bekamen wir vorgeführt, als gleichzeitig mit den Gezi-Protesten die Sicherheitskräfte in Licê mit scharfer Munition auf kurdische DemonstrantInnen beim Protest gegen den Bau neuer Militärstationen schossen. Überall im Land war bei einer Vielzahl von Protesten auf einmal die Parole »Die Bevölkerung von Licê ist nicht allein« zu hören. Der in Licê ermordete Medeni Yıldırım gehörte nun zum Kreis derjenigen, die beim Gezi-Aufstand ihr Leben gelassen haben. Der seit Jahrzehnten anhaltende Widerstand der kurdischen Bewegung erhielt nun ein Zeichen der Unterstützung aus dem Westen der Türkei.

Wenn vom Gezi-Aufstand die Rede ist, wird oftmals behauptet, er habe sich allein aus der Initiative Einzelner entwickelt. Eine der wenigen Untersuchungen des Aufstands bestätigt diese Behauptung. Denn aus ihr geht hervor, dass die Mehrzahl der am Aufstand Beteiligten zuvor keine Beziehung zu einer politischen Partei gehabt hatte. Wir müssen aber zwischen den ersten Tagen des Aufstands und seinem weiteren Verlauf unterscheiden: In den ersten Tagen stand die Initiative von Individuen im Vordergrund. In jener Phase war allerdings noch nicht klar, in welche Richtung sich dieser Protest entwickeln würde. Klare Konturen bekam er erst, als auch politische Strukturen ein Teil davon wurden. Das beunruhigte wiederum die Regierung, weshalb sie versuchte, den Aufstand zu spalten, indem sie von »marginalen Strukturen« und »sauberen Kindern« *[die bisher polizeilich nicht aufgefallen waren]* innerhalb des Gezi-Aufstands sprach.

Als sich vor knapp zwei Jahren der Demokratische Kongress der Völker (HDK) gründete, setzte er sich genau das zum Ziel, was der Gezi-Aufstand geschafft hat. Er wollte alle unterdrückten Teile der Gesellschaft, wie Werktätige, Frauen, LGBT (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender), KurdInnen, ArmenierInnen und andere Gruppen, zusammenbringen und mit ihnen gemeinsam eine politische Struktur entwickeln. Hier sollten sowohl organisierte als auch unorganisierte Teile der Gesellschaft zusammenkommen. Es sollte eine gemeinsame Basis für alle sozialistischen, linken und demokratischen Strukturen und Individuen geschaffen werden. Aber es ist dem HDK in diesen zwei Jahren nicht gelungen.

Welches Potential dieses Projekt allerdings in sich trägt, wurde mit dem Gezi-Aufstand erneut offenbart. Dementsprechend verwundert es nicht, dass, angefangen mit dem HDK-Exekutivratsmitglied Sırrı Süreyya Önder, hunderte Mitglieder des Demokratischen Kongresses der Völker seit dem ersten Tag des Gezi-Aufstands an den Protesten teilnahmen. Der HDK war Teil der Taksim-Solidaritätsplattform. Und der HDK bekam auch die Repression des Staates zu spüren. Hunderte seiner Mitglieder sitzen infolge des Gezi-Aufstands weiterhin in Untersuchungshaft.



Tränengasschwaden über dem Taksim-Platz Foto: DIHA

Wir müssen allerdings auch festhalten, dass der HDK ebenso wie andere linke Organisationen den Gezi-Aufstand gar nicht oder nur sehr spät richtig bewertet hat. Gerade weil der Aufstand nicht aus einem organisierten Umfeld heraus entstanden war, herrschte zu Anfang eine gewisse Unsicherheit über die Vorstellungen der Demonstrierenden. Als sich dann die Ziele des Aufstands herauskristallisierten, versuchte der HDK mit althergebrachten Mitteln, die Menschen zu organisieren, was zwangsläufig fehlschlagen musste. Er muss an dieser Stel-

le selbstkritisch seine Mitschuld dafür eingestehen, dass eine große Zahl der am Gezi-Widerstand beteiligten Menschen weiterhin kein Teil organisierter Strukturen geworden sind.

Auf der anderen Seite gibt es auch viele Menschen, die sich infolge des Gezi-Aufstands in lokalen Stadtteilforen organisiert haben. In diesen Foren führen die AktivistInnen Diskussionen über ihr weiteres Vorgehen. Gegenwärtig sind die anstehenden Kommunalwahlen im Frühjahr 2014 ein wichtiges Thema. Es dreht sich darum, wie die Kommunalpolitik im Allgemeinen auszusehen hat, welche Kompetenzen der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin haben sollte und wie die KandidatInnen für die Wahlen aufgestellt werden sollten. Wie dringend die Diskussionen über eine grundlegende Neustrukturierung der kommunalpolitischen Verwaltungsstrukturen sind, hat der Verlauf des Gezi-Aufstands nochmals in aller Deutlichkeit gezeigt. Während kein Mensch eine Stellungnahme des Istanbuler Bürgermeisters zu den Protesten gehört hat, meldete sich ausschließlich der Gouverneur zu Wort und entschied über das Vorgehen der Polizei. Gelenkt wurde dieser wiederum direkt vom türkischen Ministerpräsidenten.

Der HDK muss sich die Ergebnisse der Diskussionen in den Gezi-Foren zu eigen machen und sich dementsprechend auf die anstehenden Kommunalwahlen vorbereiten. Es muss ihm gelingen, zu einer Plattform für die AktivistInnen des Gezi-Aufstands zu werden und ihnen zu ermöglichen, ihren Willen in diese Plattform hineinzutragen. Mit dem Widerstandsgeist des Gezi-Aufstands und den Erfahrungen der kurdischen Freiheitsbewegung steckt im HDK das Potential, zu einer echten Alternative bei den Wahlen zu werden. Um dieses Potential auszuschöpfen, hat er seine Arbeit bereits aufgenommen.

Auch wenn es so aussehen mag, als sei der Gezi-Aufstand zu Ende, begreifen wir ihn viel eher als einen neuen Anfang. Der Widerstand ist also noch nicht zu Ende, er geht weiter … ♦

Taksim, von Beytüşşebap aus gesehen

Geh´ nicht in den Westen, dort gibt es Terrorismus

Ulf Petersen

Die ganze Welt schaute im Juni gebannt auf Istanbul. Die Kleinstadt Beytüşşebap (kurd.: Elkê) in den Bergen kurz vor der Grenze zum Irak ist ca. 1300 Kilometer vom Gezi-Park entfernt. Sie ist eine Hochburg des 1984 begonnen Kampfes der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans). Was bedeutet »Überall ist Taksim, überall ist Widerstand« für den kurdischen Südosten der Türkei?

»Geh´ nicht in den Westen, dort gibt es Terrorismus, wir machen uns Sorgen um Dich!«, so die scherzhafte Warnung an eine Freundin bei ihrer Abreise aus Beytüşşebap nach Ankara Mitte Juni. Dieser Scherz hat eine bittere Seite, denn ein großer Teil der Teilnehmenden am Aufstand gegen Regierungschef Erdoğan hatte bislang die Lügen und Denunziationen gegen die KurdInnen geglaubt oder passiv hingenommen.

Trotzdem nahmen viele KurdInnen an der Bewegung teil. Die PKK und die im türkischen Parlament vertretene kurdische Partei für Frieden und Demokratie (BDP) unterstützen den Kampf. »Grüße von der Burg des Widerstands« war auf einem der Transparente einer Solidaritäts-Demonstration in Amed (Diyarbakır) am 1. Juni zu lesen. Es gibt hier die Hoffnung, dass die Menschen im Westen der Türkei anfangen zu verstehen, warum die KurdInnen seit Jahren kämpfen und wie die Medien sich dabei verhalten haben.

Als bei einem Protest gegen den Neubau eines Militärpostens in Licê Ende Juni der 18-jährige Medeni Yıldırım von Soldaten erschossen wurde, gab es noch am selben Abend Proteste in Istanbul unter dem Slogan »Diren Licê« (Licê Widerstand). Viele der Protestierenden im Westen haben sich zum ersten Mal mit der Realität in den kurdischen Landesteilen beschäftigt,

es gab und gibt in der Gezi-Bewegung intensiven Austausch zur kurdischen Frage. »Auf einmal sind sie alle KurdInnen«, so der eher skeptische Kommentar des kurdischen Künstlers Şener Özmen zu dem plötzlichen Sinneswandel bei vielen seiner KollegInnen (Interview in »Die Zeit« vom 12.07.2013).

Für die meisten Protestierenden in Istanbul und den über 60 anderen Städten war die Konfrontation mit Staatsgewalt und Kriminalisierung neu und überraschend. Gleichzeitig sind viele von ihnen türkische PatriotInnen und loyale StaatsbürgerInnen. Wie sich dieser Widerspruch entwickelt, ist offen.

Beytüşşebap zwischen Krieg und Frieden

In Orten wie Beytüşşebap wird der Staat von der Bevölkerung dagegen als Besatzungsmacht angesehen, hier gibt es keine Illusionen mehr zu verlieren. »Kurdistan – internationale Kolonie«, so hatte der türkische Soziologe Ismail Beşikçi 1991 die Situation der über die Türkei, den Irak, Iran und Syrien verteilten KurdInnen gekennzeichnet.

2011 und 2012 wurde in der AKP und in der machtvollen Bewegung des islamistischen Predigers Fethullah Gülen offen über eine »Sri-Lanka-Lösung« für den Konflikt mit den KurdInnen diskutiert. Das war ein zynischer Bezug auf die militärische Zerschlagung der tamilischen Organisation Tamil Tigers durch ein Massaker an der Zivilbevölkerung im Norden Sri Lankas im Frühjahr 2009 mit bis zu 40 000 Toten.

Als Reaktion darauf begann die PKK-Guerilla im Sommer 2012 eine Offensive und zeigte, dass sie auf größerer Fläche das türkische Militär in die Defensive drängen kann. Teil dieser Offensive war ein Angriff auf das staatliche Bezirksamt im Stadtzentrum von Beytüşşebap am 1. September. Nach mehrstündigem Gefecht in der Stadt zogen sich die KämpferInnen in die Umgebung zurück und führten noch tagelang Kontrollen an den Zufahrtsstraßen durch. Die Brücke auf der Landstraße, die zum Ort führt, war vor dem Angriff gesprengt worden, um eine Verstärkung für die türkische Armee zu blockieren. Sie war zum Zeitpunkt meines Besuchs Ende März 2013 noch durch eine Behelfsbrücke ersetzt.



Ein Blick auf Beytüşşebap — Foto: Ulf Petersen

Die Menschen in Beytüşşebap sind mehr schlecht als recht an den Konflikt gewöhnt, die Kämpfe finden in den umliegenden Bergen statt. Die Eskalation im letzten Jahr, die Tatsache, dass der Krieg in die Stadt kommt, hatte viele BewohnerInnen zum Wegzug aus dem Ort gedrängt. Mit umso größerer Erleichterung wurden die Friedensbemühungen in diesem Jahr aufgenommen. Die Leute in der Gegend zogen im Frühling mit ihrem Vieh wieder auf die eigentlich als militärisches Sperrgebiet verbotenen Hochweiden, es gibt einen Vorgeschmack auf den erhofften Frieden, eine Atempause.

Als ich eine Familie in Beytüşşebap besuchte, sagte man mir: »Wir vertrauen Erdoğan.« Ich war irritiert, auf meine Nachfrage hin wurde mir erklärt, dies sei ein Vertrauensvorschuss aus einer Position der Stärke heraus, der auch als Drohung verstanden werden müsse – für den Fall, dass Erdoğan und die AKP, wie im Sommer 2011, nach ihrem Wahlerfolg wieder auf Repression und Krieg umschwenken oder den Friedensprozess versanden lassen. Letzteres scheint sich gerade abzuzeichnen.

Militär und Schule

Für jedes koloniale System sind Militär und Schule die beiden wichtigsten Institutionen. Repression und Assimilierung der Bevölkerung müssen Hand in Hand gehen. Und tatsächlich befindet sich in Beytüşşebap und den Dörfern der Region die Schule oft neben den Kasernen von Militär und Militärpolizei (Jandarma). LehrerInnen müssen bei ihrem Berufseinstieg vier Jahre in eher abgelegenen Orten arbeiten – also oft in der KurdInnenregion. In den dortigen Schulen läuft nach wie vor die türkisch-nationalistische Assimilierung: morgendlicher Appell mit drastischem Bekenntnis zum TürkInnentum, Verbot der kurdischen Sprache im Unterricht, StaatsbürgerInnenkunde als Propagandaveranstaltung.

Anfang der 90er Jahre kam der Krieg auch in die Schulen, Lehrer wurden bedroht und in einzelnen Fällen von der Guerilla umgebracht. Dies war die Reaktion auf die gewaltsame Erziehung der Kinder zu »Türken«. Jedes Wort in der Muttersprache Kurdisch wurde damals mit Schlägen beantwortet.

Heute hat dieser Konflikt mildere Formen. Am Stadtrand von Beytüşşebap steht ein fast fertiger Neubau einer Internatsschule (YIBO). Diese sind besonders verhasst, weil die Kinder dort ganzjährig getrennt von ihren Familien untergebracht sind. Eine Einheit der Guerilla hat den Bau im letzten Sommer mit einer nächtlichen Sprengung gestoppt.

Wenn die Guerilla bei ihren sporadisch eingerichteten Checkpoints auf LehrerInnen trifft, werden diese ermahnt, die Kinder gut zu behandeln und nach Möglichkeit kurdisch mit ihnen zu sprechen. Letzteres machen viele kurdischsprachige LehrerInnen inzwischen von sich aus, aus praktischen Gründen oder als Akt des zivilen Ungehorsams, der von den Schulleitungen in der Regel geduldet wird.

Selbstregierung statt Regierungswechsel

Die PKK setzt der staatlichen Unterdrückung das Konzept »Demokratische Autonomie« entgegen: basisdemokratische Selbstorganisierung in Räten, um Alternativen zum Staat aufzubauen, anstatt selbst um die Staatsmacht zu kämpfen oder einen neuen kurdischen Staat zu gründen. Dies wird, wo es möglich ist, praktisch umgesetzt, auch in den autonomen kurdischen Gebieten im Nordosten Syriens. Die Räte treten unter anderem auch an die Stelle der verhassten türkischen Gerichte und kümmern sich um Probleme des Zusammenlebens. Ein Mitglied des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft (DTK), ein Dachverband der zivilen kurdischen Organisationen in der Türkei, erklärt dazu: »Es läuft viel über Gespräche, Dialog, Verhandlungen und, wenn es sein muss, über Kritik und Selbstkritik und dass man denen, die Fehler begangen haben, den richtigen Weg aufzeigt. Über solche Wege funktioniert ganz viel. Es gibt keine Todesstrafe, es gibt keine Gefängnisse und Gefängnisstrafen oder Geldstrafen, aber es gibt gesellschaftliche Isolation, wenn jemand sich falsch verhält.« (Zitat aus der Broschüre »Demokratische Autonomie in Nordkurdistan«)

Die rebellierenden KurdInnen wollen nicht eine Regierung durch eine andere ersetzen, sondern ihre Rechte und Selbstbestimmung durchsetzen, Alternativen zum Staat aufbauen und diesen letztlich abschaffen. Der gleiche Gedanke findet sich in der Grußbotschaft des zapatistischen Subcomandante Marcos an den Gezi-Widerstand: »Wir haben noch nie eine neue Regierung oder eineN neueN PremierministerIn haben wollen. Wir baten um Respekt (…) Und wenn sie das nicht tun, werden wir, die EigentümerInnen der Rechte und Freiheiten, gegen sie aufstehen und auf den Straßen kämpfen, bis sie uns zu respektieren lernen (…) Wir wollen uns selbst regieren und über uns selbst entscheiden!«

Diese Ideen und die praktische Erwiderung des Blicks von Beytüşşebap auf Taksim könnten neue Wege für die Lösung der »kurdischen Frage« in der Türkei und für den ganzen Mittleren Osten eröffnen. ♦

Fotostrecke »Kurdistan März 2013«: www.goo.gl/8J7c
www.demokratischeautonomie.blogsport.eu

Die Arbeit der Verfassungskommission

Über die Notwendigkeit einer neuen Verfassung für die Türkei

Ayla Akat Ata, Juristin und BDP-Abgeordnete für Êlih (Batman)

Die Partei für Frieden und Demokratie (BDP), die in der Tradition früherer verbotener kurdischer Parteien steht, hat sich wie diese stets für eine zivilgesellschaftliche Teilhabe am Prozess der Ausarbeitung einer neuen demokratischen Verfassung eingesetzt. Denn diese ist für einen gesellschaftlichen Frieden unabdingbar und nötiger denn je.

Der gesellschaftliche Ruf in der Türkei nach einer neuen Verfassung kann mittlerweile weder von der Regierung noch von der Opposition ignoriert werden, sodass dieses Thema gleich nach der Kommunalwahl von 2011 auf die Agenda rückte. Letztendlich wurde dann die »Kommission für einen Verfassungskompromiss« aus vier politischen Parteien *[(Regierungs-) Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP), Republikanische Volkspartei (CHP), Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) und BDP]* mit jeweils drei VertreterInnen unter der Leitung des Parlamentspräsidenten Cemil Çiçek gebildet. Ihre erste Sitzung fand im Oktober 2011 statt.

Da diese Kommission regelmäßig zusammentreten sollte, wurden auf ihrer ersten Sitzung Richtlinien verabschiedet, die Arbeitsweise und Ziele festlegten. Des Weiteren wurde publik gemacht, dass der Prozess der Teilhabe und Formulierung innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein werde. Die BDP sprach sich aufgrund der kurzen für die Ausarbeitung zur Verfügung stehenden Zeitspanne und der damit verbundenen defizitären Teilhabe am Entstehungsprozess gegen diesen Vorschlag aus und schlug einen längeren Zeitraum vor. Kritik und Vorschlag wurden von der Kommission jedoch nicht berücksichtigt.

Uns war es auch ein dringendes Anliegen, im Zuge eines Demokratisierungsprozesses die Normen, die z. B. die Meinungsfreiheit oder das Organisationsrecht einschränken, zu überarbeiten. Der von uns »Säuberungsprozess« genannte Ansatz wurde jedoch von der Kommission zurückgewiesen, sodass über diese Normen kein Kompromiss erzielt werden konnte.



Ayla Akat Ata Foto: DIHA

Aus dem Wesen der Kommission war zu ersehen, dass sie ihre Arbeit nicht binnen eines Jahres abschließen können würde, so brachte die Regierung ihren Unmut darüber öffentlich zum Ausdruck und fügte somit der Kommissionsarbeit weiteren Schaden zu. Da die Kommission seit Ende 2012 ihre Arbeit unter Zeitdruck fortführt, ist diese nicht gerade effizient verlaufen und das Arbeitsklima hat gelitten. Die Zivilgesellschaft in der Türkei verspürt ein enormes Verlangen nach einer neuen Verfassung, sodass diese Kommission eine historische Mission hat. Von der Regierung wird, da sie eine neue Verfassung während des Wahlkampfs versprochen hat, erwartet, dass sie sich dieser Pflicht bewusst ist und sie erfüllt.

Die Kommission ist mit dem ersten Entwurf so gut wie fertig. Bei der Vorgehensweise wurde sich darauf geeinigt, dass er der Öffentlichkeit präsentiert und anschließend noch einmal

überarbeitet werden und seine letzte Form erhalten soll. Die Kommission hat bis zur Sommerpause des Parlaments 175 Verfassungsartikel thematisiert; bei 59 Artikeln hat sie sich geeinigt, bei 68 besteht teilweise Übereinkunft und bei 48 kam es zu gar keinen Kompromissen.

Statistische Erhebungen in der Türkei haben ergeben, dass die Gesellschaft sich durch eine neue Verfassung eine Lösung verspricht für: eine Demokratisierung der Türkei, die kurdische Frage und somit den gesellschaftlichen Frieden. Wir haben als BDP stets betont, dass zur Lösung eben dieser Probleme die neue Verfassung die Begriffe »StaatsbürgerInnenschaft«, »Religions- und Gewissensfreiheit«, »Beziehung zwischen zentraler und regionaler Autorität« und »Muttersprache« neu definieren muss. Dabei haben wir bis auf einen partiellen Kompromiss zwischen zwei Parteien keinen Fortschritt erzielen können. Daher können wir nicht behaupten, dass der nun zu präsentierende Entwurf zur Entspannung der Lage beitragen wird, geschweige denn eine Demokratisierung bedeutet.

Wir als BDP haben uns durch eine neue Verfassung erhofft, auch die Persönlichkeitsrechte und das Verhältnis von BürgerIn und Staat im Rahmen der »Menschlichkeit« neu definieren zu können. Dagegen mussten wir feststellen, dass gar bei einem so fundamentalen Recht wie dem »Recht auf muttersprachlichen Unterricht« die Regierungspartei die Aufhebung des Verbots für ausreichend erachtet und die anderen beiden Parteien MHP und CHP es weiterhin verbieten wollen. Wir sind der Überzeugung, dass so fundamentale Rechte nicht den untergeordneten Normen überlassen werden dürfen, so wie es sich die AKP wünscht, sie müssen Eingang finden in die Verfassung eines sich als demokratisch bezeichnenden Staates.

Die Regierungspartei hatte eigentlich verlautbart, die Verfassungskommission könne ihre Arbeit bis zum 1. Juli 2013 fortsetzen. Nach diesem Zeitpunkt sollte der Entwurf dem Parlamentspräsidenten übergeben und im Anschluss der Öffentlichkeit präsentiert werden. Da allerdings noch keine abschließende Einigung über den Verfassungsentwurf erreicht werden konnte, wird die Arbeit der Kommission nach der Sommerpause des Parlaments im Oktober fortgesetzt. Insbesondere bei den Diskussionen über die ersten fünf Artikel der neuen Verfassung werden schwierige Verhandlungen erwartet. Die 59 Artikel, bei denen die Kommission zu einer Einigung gelangt ist, wurden hingegen bereits dem Parlamentspräsidenten Cemil Çiçek vorgelegt.

Es gilt hervorzuheben, dass diese Kommission eine Wende darstellt, da sich hier alle im Parlament vertretenen Parteien gleichberechtigt eingefunden und alle Themenbereiche vom AKP-Vorschlag des Präsidialsystems bis hin zum BDP-Modell der »Demokratischen Autonomie« thematisiert haben. Auch wenn sie keinen zufriedenstellenden Kompromiss zustande gebracht hat, so ist doch von großer Bedeutung, dass alle verfassungsrelevanten Aspekte im Zuge des Prozesses thematisiert werden konnten.

Wir können aufgrund der Aussagen der Regierungspartei nach der Präsentation des Verfassungsentwurfs zwei alternative Entwicklungen erwarten. Da wäre zum ersten, dass die AKP die Artikel mit erfolgreichem Beratungskompromiss übernimmt und die weiteren durch ihre Vorschläge ergänzt. Alternativ könnten die Bemühungen um eine neue Verfassung gestoppt und Reformen im Rahmen eines Referendums angesetzt werden. In diesem Falle können wir lediglich minimale Verbesserungen in der »staatsbürgerlichen« und der »muttersprachlichen« Frage erwarten.

Es ist von grosser Bedeutung, auf welche Art und Weise diese Verfassung zustande kommt, denn nicht nur ihr Inhalt ist wichtig, sondern auch ihre Entstehung. Wir können nur dann von einer demokratischen Verfassung sprechen, wenn sie einer Philosophie gemäss dem Völkermosaik der Türkei entspricht und alle ethnischen, religiösen und sprachlichen Rechte unter Schutz stellt.

Wir, die BDP, betrachten dies auch als eine Gelegenheit zur Behebung des offensichtlichen Charakters des Militärputsches von 1980, da die Verfassung von 1982 dessen Produkt ist und ihr somit dessen Geist innewohnt. Gleich zu Beginn des Verfassungstextes wird ein klarer Bezug zur »türkischen Nation« hergestellt und somit zur Negation anderer Nationen in der Türkei, sodass hier die staatliche Einseitigkeit auf ein rechtliches Fundament gestellt wird. Selbstverständlich kann die Verfassung allein nicht alle Probleme lösen, also muss hier auch ein Justizapparat mit einem freiheitlich-demokratischen Verständnis aufgebaut werden. Die Verfassung von 1982 ist durch diejenige von 1924 geprägt, sodass sie aufgrund ihres Bezugs allein auf die türkische Ethnie auch einen einseitigen und ausgrenzenden Charakter trägt. Viele Gesetze und Normen wurden eben entsprechend diesem Charakter verfasst, so bilden sie das Hindernis für die Ausübung fundamentaler Rechte.

Der verfassungsrechtliche Bezug auf die »türkische Nation« verhindert eine pluralistische und egalitäre Verfassung, obwohl

die heutige Türkei Erbin des Osmanischen Reiches und eine pluralistische Gesellschaft somit mehr als offensichtlich ist. Wenn die jetzige Regierung sich der aktuellen Phase bewusst ist und ernsthaft einen Frieden anstrebt, so muss sie primär alle verfassungsrechtlichen Bezüge auf Rasse, Religion und Sprache aus der Verfassung tilgen. Außer der BDP hat keine der anderen drei Parteien einen Vorschlag eingebracht, der die vorherrschende Auffassung infrage stellt. Der AKP-Vorschlag besagt, »die offizielle Staatssprache ist Türkisch«, und versucht somit, eine Besserung zu erreichen. Dabei weist derselbe Vorschlag an zwei Stellen klar auf die türkische Nation hin. Die CHP hat ganz im Sinne der offiziellen Ideologie einen klaren Bezug zur türkischen Ethnie hergestellt und die Staatssprache auf Türkisch festgelegt.

Ein Bezug auf eine Ethnie in einer Verfassung bedeutet die Verleumdung und Unterdrückung anderer Ethnien. Daher ist in einem solchen Fall unmöglich von einer demokratischen Verfassung zu sprechen. Deshalb muss die neue Verfassung der Türkei alle Ethnien, Religionen und Sprachen in einem egalitären Verhältnis erfassen und somit gewährleisten, dass die Einheit im Staate auf freiwilliger Basis beruht. Selbstverständlich müsste eben eine solche Verfassung auch durch die Demokratisierung der untergeordneten Normen gestützt werden. Daher muss das Antiterrorgesetz, welches das Rechtsgefühl zerstört hat, getilgt werden. Daneben ist es unabdingbar, dass Straf-, Parteien-, Wahl-, Organisations-, Polizei- und Strafvollstreckungsrecht sowie das Allgemeine Zuständigkeitsgesetz im Sinne demokratischer Werte reformiert werden. Diese Gesetze wirken äußerst einschränkend auf die elementarsten Grundrechte wie Meinungsfreiheit und Organisationsrecht, sodass ihre Reform in demokratischem Sinne erheblich zu einer Demokratisierung der Türkei beitragen wird.

Die Partei für Frieden und Demokratie setzt sich für die ungehinderte Gewährung der Freiheitsrechte ein und fordert deren Manifestation in der neuen Verfassung. Daher haben wir auch der Verfassungskommission Vorschläge unterbreitet zu den schutzbedürftigen Rechten wie Frauenrechte, Recht auf kulturelle Identität, Recht auf Frieden und Wahrheit, Recht auf Muttersprache, Rechte für Minderjährige. Es gilt hervorzuheben, dass einzig und allein die BDP vorgeschlagen hat, die Frauenrechte als eigenständig in den Grundrechtebereich aufzunehmen. Unsere Bemühungen haben in diesem Falle als erwähnenswertes Ergebnis folgenden Kompromiss hervorgebracht: »Der Gesetzgeber hat dafür Sorge zu tragen, dass Frauen bei ihren Aufgaben in Positionen, in die sie demokratisch gewählt wurden, bei ihren beruflichen Chancen und der Übernahme sozialer Verantwortung dem Manne gleichberechtigt sind.«

Es ist von erheblicher Bedeutung, dass alle gesellschaftlichen Gruppen am Prozess zur Formulierung der neuen Verfassung beteiligt werden. Die Ergebnisse der Verfassungskommission nach anderthalbjähriger Tätigkeit sorgen in der Öffentlichkeit nicht gerade für Vertrauen in ihre Arbeit. Um gesellschaftlichen Frieden schaffen zu können, darf die Verfassung nicht dem Monopol einer politischen Partei unterliegen, sodass hier dringend politische Interessen hintangestellt werden müssen. Um von der Formulierung einer demokratischen Verfassung sprechen zu können, brauchen wir unbedingt einen Kompromiss. Es ist von großer Bedeutung, auf welche Art und Weise diese Verfassung zustande kommt, denn nicht nur ihr Inhalt ist wichtig, sondern auch ihre Entstehung. Wir können nur dann von einer demokratischen Verfassung sprechen, wenn sie einer Philosophie gemäß dem Völkermosaik der Türkei entspricht und alle ethnischen, religiösen und sprachlichen Rechte unter Schutz stellt. Nur so können wir eine auf Freiwilligkeit beruhende Einheit und Freiheit der Gesellschaft erreichen. ♦



Der Aufstand gegen den Polizeiterror der AKP-Regierung hat die gesellschaftlichen Gruppen in der Türkei näher zusammengebracht. Foto: DIHA

Im September wird der kurdische Nationalkongress in Hewlêr stattfinden

Der kurdische Jahrhunderttraum

Nilüfer Koç, Mitglied im Vorbereitungskomitee des kurdischen Nationalkongresses

Nach dem Verkünden der neuen politischen Offensive durch den Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans PKK, Abdullah Öcalan, bei den Newrozfeierlichkeiten 2013 in Amed (Diyarbakır), hat eine neue strategisch-politische Ära der Kurden begonnen. Es ist die Ära, in der die Kurden vom Objekt zum Subjekt der regionalen und internationalen Politik werden. Ausschlaggebende Kriterien für diese neue Phase sind die rasanten politischen und gesellschaftlichen Veränderungen im Mittleren Osten, wo die Balance zwischen Konfrontation und Kooperation regional und international fast täglich variiert. Das politische Chaos der Region bedarf einer politischen und gesellschaftlichen Neustrukturierung – die Erwartungen sind unterschiedlich. Während die Völker, allen voran die Kurden, das Chaos durch eine neue politische und gesellschaftliche Gestaltung in Form von Demokratie, Frieden und Sicherheit beenden wollen, geht es den hegemonialen Staaten um wirtschaftliche und weltmachtpolitische Interessen.

In diesem Zusammenhang sind es die Kurden unter den Völkern der Region, die eine politisch-gesellschaftliche Vision eigenständig organisieren. Ein wesentlicher Fehlschlag des arabischen Frühlings war, dass es den Völkern an eigenständigen Organisierungsstrukturen fehlte. Menschen in den arabischen Ländern waren und sind bereit, alles für Demokratie und Frieden zu opfern, doch fehlt es ihnen an gut koordinierten und organisierten Strukturen. Es fehlt die politische Avantgarde.

Dies kann von den Kurden nicht behauptet werden, da die kurdische Freiheitsbewegung einerseits der Politik des Mittleren Ostens mächtig ist und andererseits sich die Bevölkerung in den letzten 30 Jahren zum selbstständigen politischen Handeln befähigen konnte. Eine Lehre, die die Kurden aus den früheren Aufständen gezogen haben, ist die, dass Kampf um Selbstbestimmung und Freiheit einer guten Koordination, Organisierung, Vernetzung, Flexibilität und der Fähigkeit, in allen Situationen eigenständige politische Entscheidungen treffen zu können, bedarf.

Eine weitere wichtige politische Chance für die Kurden besteht darin, dass das langjährige Anti-Kurden-Bündnis zwischen der Türkei, dem Iran und Syrien keinen Bestand mehr hat. Diese Staaten handelten als politische Koalition gegen die kurdische Bevölkerung. Das hat sich verändert, heute sind sie eher auf einem Konfrontations- als auf einem Kooperationskurs. Ihnen geht es heute nur noch darum, in dem herrschenden Chaos der Region bestehen bleiben zu können. Für ihre Zukunft wird die Lösung der kurdischen Frage eine entscheidende Bedeutung haben. Den Diskurs hierzu wird der kurdische Kongress in der südkurdischen Hauptstadt Hewlêr (Arbil) anleiten, der vom 15. bis 17. September stattfinden soll.

Unter der Berücksichtigung dieses Aspektes hat Öcalan die Kurden dazu aufgerufen, die historische Chance zu ergreifen, gemeinsam mit allen Nachbarvölkern eine gemeinsame Zukunftsvision zu entwickeln. Hierfür hat er konkret vier Kongresse vorgeschlagen, auf denen Kurden gemeinsam mit anderen ethnischen, religiösen, kulturellen Gruppen, oder anders gesagt, mit allen, die ein Problem mit dem herrschenden System der Türkei haben, diskutieren. Mit neuer Hoffnung haben verschiedene Völker, oppositionelle politische Gruppen und religiöse Glaubensgemeinschaften die Einladung Öcalans angenommen und Kongresse in Ankara, in der nordkurdischen Stadt Amed und die dritte in Brüssel durchgeführt. Auf den bisher stattgefundenen Kongressen sind gemeinsame Organisierungsstrukturen beschlossen worden. Neben der gemeinsamen Ausarbeitung von Zukunftsvisionen sind auch gemeinsame Planungen zur Demokratisierung des türkischen Staates beschlossen worden.

Als vierten und letzten Kongress hatte Öcalan den kurdischen Nationalkongress vorgeschlagen. Dem folgend vermittelte die PKK die Einladung Öcalans an alle politischen Parteien in Süd-, West-, Ost- und Nordkurdistan. Trotz einiger Bedenken ist diese Einladung zu einem kurdischen Nationalkongress positiv aufgegriffen worden. Der Höhepunkt dieses monatelang geführten innerkurdischen Dialogs zeigte sich auf der 13. Generalversammlung des KNK (Kurdistan National-

kongress) am 25./26. Mai 2013 in Brüssel. Erstmals haben die drei politisch führenden Kräfte Kurdistans, die PKK, PDK und YNK gemeinsam zu einem nationalen Kongress offiziell aufgerufen. 50 weitere kurdische Parteien unterstützt dies auf der Generalversammlung des KNK.

Mitte Juli war ein Konsens zur Durchführung des Kongresses erreicht worden. Der Präsident der Autonomen Region Kurdistan Irak, Masud Barzani, hatte alle kurdischen politischen Parteien im Namen des Generalsekretärs der VNK, Celal Talabani, und des Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, eingeladen. Dieser Einladung folgten 71 Vertreter von 39 politischen Parteien und Organisationen aus allen Teilen Kurdistans. Sie trafen sich am 22. Juli in Hewlêr. Auf die Teilnahme von Frauen an diesem Treffen hatte die kurdische Frauenbewegung KJB (Hoher Frauenrat) einen besonderen Schwerpunkt gelegt. Mit großem Verantwortungsbewusstsein wurde eine gemeinsame Entscheidung getroffen, den jahrhundertealten kurdischen Traum der nationalen Einheit zu erfüllen. Allen ist bewusst, dass in der Gemeinsamkeit die Stärke liegt. Eine historische Entscheidung wurde gefällt und für die Vorbereitung ein 21-köpfiges Komitee ernannt, an dem sich vier Frauen beteiligen.

Zum Kongress werden kurdische Delegierte aus den vier Teilen Kurdistans und der kurdischen Diaspora eingeladen und Vertreter der UN, der Islamischen Konferenz, der Arabischen Liga, der Türkei, Irans, Iraks, der EU, der USA, Russlands; asiatische und afrikanische Staatsvertreter können als Gäste teilnehmen. Als Gäste werden auch zahlreiche Freunde und Freundinnen des kurdischen Volkes teilnehmen können. Neben den 600 Delegierten werden insgesamt 300 Gäste eingeladen.

Es ist von Bedeutung, dass der kurdische Nationalkongress eine klare politische Botschaft vermitteln wird. Nach wie vor betrachten viele Staaten die kurdische Einheit als eine Gefahr für ihre Souveränität. Diesem Kongress ist es ein primäres Anliegen, Forderungen aufzustellen, die ohnehin international rechtlich und politisch legitimiert sind. Eine wesentliche Forderung wird das Recht auf Selbstbestimmung sein. Das Recht auf Selbstbestimmung heißt für die Kurden, Lösungswege zu finden, die jeweils den Wünschen der Kurden in den verschiedenen Staaten entsprechen. Das bedeutet, ein einheitliches Modell für die Lösung wird es für sie nicht geben können, da sich die politische und gesellschaftliche Situation in den einzelnen Ländern zu stark voneinander unterscheidet. Während die Kurden in der Türkei das Selbstbestimmungsrecht in der Form einer Demokratischen Autonomie entwickeln, haben die Kurden im Irak die Föderation akzeptiert. Die Kurden im Iran fordern politische Bewegungs- und Organisierungsfreiheit, die Einstellung von Hinrichtungen, während die Kurden in Syrien eine lokale Selbstverwaltung in einem neuen demokratischen syrischen Staat anstreben. Deswegen beinhaltet die konkrete kurdische Definition des Selbstbestimmungsrechtes keine neuen Grenzverläufe, sondern Organisierungsmodelle wie Autonomie, Demokratische Autonomie, föderale oder konföderale Lösungen. Der Kongress wird es der Bevölkerung in den jeweiligen Teilen Kurdistans überlassen, für welches Modell sie sich entscheiden wird.

Eine Delegation des Kongressvorbereitungskomitees besucht Rojava. Foto: DIHA

Der Kongress wird neben der Türkei auch dem Iran einen akzeptablen Lösungsansatz für einen gemeinsamen Demokratisierungsprozess vorlegen. Die Kurden haben ihre politische Aufrichtigkeit sowohl in der Türkei als auch in Syrien unter Beweis gestellt. Die PKK hat die zwischen dem PKK-Vorsitzenden und dem türkischen Staat vereinbarten Kriterien erfüllt. Seit März ist ein friedlicher Prozess eingeschlagen worden, ohne militärische Auseinandersetzungen. Genauso haben die Kurden in Syrien einen politischen Weg eingeschlagen, der auf Selbstbestimmung und Selbstorganisierung beruht. In dem Aufteilungskrieg um Syrien gibt es mittlerweile mehrere Fronten. Die eine verläuft zwischen den USA, Saudi-Arabien, Qatar, der Türkei, einigen

EU-Staaten (darunter auch Deutschland) einerseits und auf der anderen Seite Russland, China und der Iran. Die Kurden haben ihre eigene Front, den dritten Weg, für ein pluralistisches demokratisches Syrien ohne externe Interventionen entwickelt. Gegen diese dritte Front wurde in den letzten Monaten eine brutale rechtlose Armee u. a. der Al-Qaida eingesetzt. Die beiden beschriebenen Fronten üben dabei einen enormen Druck auf die kurdischen politischen Parteien aus. Während die Partei der Demokratischen Einheit PYD auf dem dritten Weg beharrt, reagiert die Autonome Region Kurdistan im Irak auf den Druck eher labil. Deshalb wird der Kongress vor allem diese Region entlasten. Aufgrund dieses Drucks hält die PDK seit mehreren Wochen die Grenze zwischen Süd- und Westkurdistan geschlossen und verhindert damit humanitäre und wirtschaftliche Unterstützung für die Zivilbevölkerung, die dringend benötigt wird. Das Vorbereitungskomitee für den kurdischen Nationalkongress bemüht sich dringlich, die PDK zum Öffnen der Grenzübergänge zu bewegen, denn diese Haltung belastet die Strategie der nationalen Einheit. Es bietet ein paradoxes Bild. Es kann nicht sein, dass einerseits für die Teilnahme an dem nationalen Kongress geworben wird, während auf der anderen Seite die Grenze geschlossen bleibt.

> Schließlich geht es darum, den uralten kurdischen Traum nach nationaler Einheit zu verwirklichen. Der Kongress ist ein erster, historischer Beginn.

Ein weiteres Anliegen des Kongress wird es sein, eine nationale Außen- und Innenpolitik unter den kurdischen politischen Parteien zu entwickeln. Es spricht nichts dagegen, wenn eine politische Partei in Südkurdistan/Nordirak ein diplomatisches Bündniss mit der Türkei pflegt. Problematisch wird dieses Bündnis, wenn diese kurdische Partei die politischen Interessen der Kurden in der Türkei nicht berücksichtigt oder wenn sie gar gegen eine kurdische politische Partei in der Türkei dieses Bündnis richtet. Deshalb wird der Kongress Kriterien der kurdischen Außenpolitik definieren, die auf gegenseitiger Solidarität und Zusammenarbeit beruhen.

Ein wichtiges Thema des Kongresses wird sein, eine gemeinsame diplomatische Struktur aufzubauen. Das heißt, eine gesamtkurdische Vertretung auf internationaler Ebene, bei der Islamischen Konferenz, der Arabischen Liga, einen Beobachterstatus in den UN.

Auf der Agenda des Kongresses steht auch, gesellschaftliche, wirtschaftliche, ökologische Probleme der kurdischen Gesellschaft zu debattieren und Lösungsvorschläge auszuarbeiten. Vor allem werden die Situation der Frau, der Jugend, die Freiheit der verschiedenen Glaubensgemeinschaften, Probleme zivilgesellschaftlicher Organisationen aufgegriffen werden.

Zu diesen verschiedenen Problemfeldern gibt es acht Kommissionen aus allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen. Die Kommissionen bereiten Entwürfe zu verschiedenen Themenbereichen vor. So gibt es die Kommission für gemeinsame Prinzipien und die Strategie für eine demokratische Lösung, die Kommission für Politik und Diplomatie, die Kommission für eine freie Gesellschaft (Frauenkommission, Jugendkommission, Kinderkommission, Kommission für NGOs), die Kommission für Kultur, Sprache, Kultur und Bildung, die Kommission für Ökonomie und Ökologie, die Kommission für Selbstverteidigung, die Pressekommission sowie die Kommission für das Organisierungsmodell des Nationalkongresses. Eine besondere Botschaft des Kongresses wird es für die Völker geben – Araber, Assyrir, Aramäer, Armenier, Perser, Turkmenen, Drusen –, die mit den Kurden zusammenleben. Dies wird ein besonderes Anliegen des kurdischen Kongresses sein.

Die Zusammensetzung der 600 Delegierten aus den vier Teilen Kurdistans und der Diaspora wurde ebenso festgelegt. Unter den 600 sollen 10 % Jugendliche, 10 % kurdische unabhängige Persönlichkeiten, Akademiker, Intellektuelle usw., 35 % Vertreter von NGOs, 45 % von politischen Parteien sein. Unter den 600 Delegierten ist eine Geschlechterquote von 40 % festgelegt worden.

Die Vorbereitungsarbeiten für den kurdischen Kongress liefen täglich vor dem Hintergrund rasanter politischer Veränderungen, vor allem in Syrien. Der außerhalb jeglicher Konvention brutal geführte Krieg in Rojava (Westkurdistan/Syrien) erzeugte den Druck, den Kongress so schnell wie möglich durchzusetzen, um für die dort lebenden Kurden eine nationale Lösung auszuarbeiten. Obwohl des Öfteren sowohl der Türkei als auch dem Iran mit öffentlichen Stellungnahmen die Friedensabsichten dieses Kongresses vermittelt wurden, waren sie dennoch nicht bereit, dem kurdischen Willen respektvoll zu begegnen.

Das Vorbereitungskomitee, das aus verschiedenen politischen und ideologischen Kreisen stammt, hat als nationales Team zusammengearbeitet, denn allen Mitgliedern ist bewusst, welche Erwartungen das kurdische Volk mit diesem Kongress verbindet. Schließlich geht es darum, den uralten kurdischen Traum von nationaler Einheit zu verwirklichen. Der Kongress ist ein erster, historischer Beginn. Schafft er es im politischen Chaos des Mittleren Ostens, den Traum der Kurden von Freiheit zu verwirklichen, wird er auch ein historischer Beitrag für alle, die ebenso um Freiheit ringen. ♦

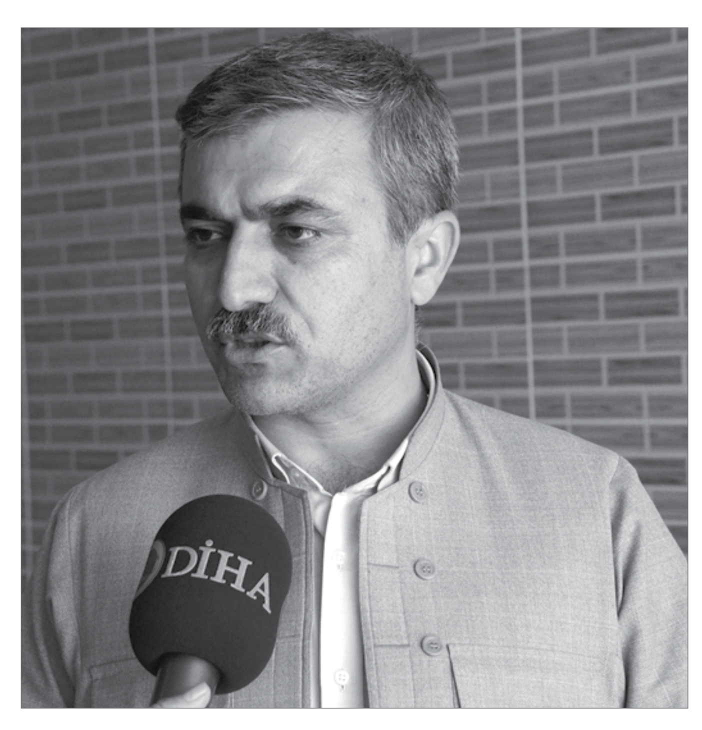
Südkurdistan vor dem kurdischen Nationalkongress und der Präsidentschaftswahl

Die Demokratisierung Südkurdistans ist ein dringendes Bedürfnis

Interview mit Diyar Xerîb,
Kovorsitzender der Partei für eine Demokratische Lösung in Kurdistan (PÇDK)

Wie bewerten Sie die Lage Kurdistans, insbesondere Südkurdistans, wo gerade einerseits die Vorbereitungen für den kurdischen Nationalkongress stattfinden und andererseits der Wahlkampf begonnen hat?

Bekanntlich stecken die Welt und der Mittlere Osten in einer schweren Krise. Es herrscht ein umfassendes Chaos. Auf der einen Seite die fortgeschrittenen Forderungen des Volkes und der unterschiedlichen Teile der Gesellschaft, was dem in der Region herrschenden System Unbehagen bereitet. Andererseits sind auch technologische Fortschritte zu verzeichnen, die dem autoritären System erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten bereiten. Das ist auch der Grund für die umso dringlichere Notwendigkeit eines Wandels, für eine Erneuerung des Systems. Um es anders auszudrücken: Eine Vielzahl der herrschenden Mächte hat nun auch verstanden, dass sie ihr System in dieser Form nicht aufrechterhalten können. Und wenn sie nicht bereit sind zu einem demokratischen Wandel, so werden auch sie Geschichte und dürfen die Entwicklungen der Zukunft nicht mitgestalten. Es gibt zahlreiche derartige Beispiele. Ein interessantes ist das Osmanische Reich, in vergangenen Jahrhunderten ein großes Imperium. Doch schon nach dem Ersten Weltkrieg gehörte auch dieses mächtige Reich der Geschichte an.



Diyar Xerîb Foto: DIHA

So lässt sich die derzeitige politische Atmosphäre skizzieren. Gerade das hat dem kurdischen Volk eine große Chance geboten, damit die innere Spaltung und somit gegenseitige Instrumentalisierung überwunden wird, um eine eigene Rolle spielen zu können.

Ohne Zweifel muss die kurdische Rolle in Anbetracht des Zustands des Systems und der Entwicklungen im 20. Jahrhundert ernsthaft ins Auge gefasst werden. Das geschieht, indem die meisten Welt- und Regionalmächte die kurdische Haltung ernst nehmen. Bekanntlich ist die Durchführung des kurdischen Nationalkongresses zurzeit von großer Bedeutung. Einerseits stellt er eine große Hoffnung für das kurdische Volk dar und andererseits zwingt er alle Mächte, ihre kurdenspezifische Politik zu überdenken. Gleichzeitig bietet diese Situation Gelegenheit, dass die Kurdinnen und Kurden eine aktive Rolle in den Umwälzungen übernehmen und an den Entwicklungen teilhaben.

Glauben Sie, dass einige Staaten gegen den Kongress sind?

In der ersten Vorbereitungssitzung wurde das thematisiert. Es stand fest, dass die Anrainerstaaten und die Weltmächte zu diesem Kongress eingeladen werden und über seine Inhalte informiert werden. Es muss betont werden, dass er weder gegen

irgendwelche Mächte noch Staaten gerichtet ist. Seine grundsätzliche Absicht ist die Zusammenkunft des kurdischen Volkes und der unterschiedlichen Teile der Gesellschaft. Dies wiederum zum Schutz der kulturellen und politischen Identität.

War bislang eine negative Einstellung von Seiten der Außenmächte erkennbar?

Soweit ich weiß, nein, es ist keine ablehnende Haltung signalisiert worden.

Es sieht danach aus, dass auch Sie am Kongress teilnehmen. Was werden wohl die Tagesordnungspunkte sein?

Natürlich werden auch wir daran teilnehmen. Ein 21-köpfiges Komitee wurde organisiert. Die meisten VertreterInnen sind kurdische PolitikerInnen, die die Tagesordnungspunkte vorbereiten werden. Soweit ich informiert bin, werden einige Regeln und Arbeitsrichtlinien vorbereitet. Es muss eine Art Satzung in die Wege geleitet werden, in der alle Regeln und Kongressziele aufgenommen sind. Außerdem muss sie die Bestimmungen zu Vorsitz und Kommissionsarbeiten des Kongresses beinhalten.

Von manchen Seiten und Einzelpersonen in Südkurdistan wird die Ansicht vertreten, die Durchführung des Kongresses in dieser Zeit sei eine Maßnahme, um die Fehler der Regionalregierung zu kaschieren, und bringe gleichzeitig die Beseitigung des demokratischen Kampfes mit sich. Wie bewerten Sie das?

So bewerten wir das nicht. Im Gegenteil sehen wir darin eine notwendige Antwort auf diese Phase, da im Rahmen dieses Kongresses ein gemeinsamer Wille und eine gemeinsame Strategie entwickelt werden können und die Möglichkeit geboten wird, politisch aktiver zu werden. Wir müssen uns auf diesem Kongress über einige demokratische Prinzipien und Aufgaben einig werden und zum Fundament und zur Norm für den demokratischen Kampf nach innen werden, was das Fehlen der gegenseitigen Anerkennung und die Selbstbevorzugung endlich beendet.

Um es anders auszudrücken: Wenn wir vom Nationalkongress sprechen, so meinen wir nicht nur nationale Themen. Damit einhergehend diskutieren wir auch über demokratische Normen und Prinzipien. Diese Themen werden gemeinsam angegangen und dafür wird gemeinsam gearbeitet. Das eine kann nun mal nicht ohne das andere gesehen werden.

Die PÇDK wurde am 05.03.2002 in Südkurdistan gegründet. Seit 2004 ist sie von der irakischen (Zentral-)Regierung offiziell anerkannt. In Südkurdistan hatte sie bislang noch keine offizielle Zulassung, um ihre Arbeit offiziell angehen zu können und nicht mit Hindernissen wie zur Parlamentswahl in der Autonomen Region Kurdistan am 25.07.2009 rechnen zu müssen. Nun kann sie offiziell an der kommenden Parlamentswahl teilnehmen.

Kommen wir nun zu Südkurdistan. Anfangs sollten *[Regional-]*Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahl gemeinsam stattfinden. Die Präsidentschaftswahl wurde jedoch um zwei Jahre verschoben. Nun wird noch diskutiert, die Kommunalwahl zu verschieben. Was sind die Gründe dafür?

In dieser Situation konnten wir als Partei nicht mitbestimmen. Da wir als Partei noch immer keine Anerkennung hatten, wissen wir nicht, wie Entscheidungen zustande kommen. Anhand dieses Beispiels können wir sagen, dass dies zugelassen wurde, weil wir noch immer keine vernünftige Verfassung, Gesetze und Normen haben. Weiterhin hat es dazu geführt, dass die regional regierenden Parteien und somit Machtzentren sich als Instanzen für Gesetze und Genehmigungen verstehen. Die kurdische Regionalregierung verhält sich in dieser Phase nach ihren eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen.

Lag der Grund für die Verschiebung der Wahlen bei der Regionalregierung?

Sicherlich liegt der Hauptgrund bei der Regionalregierung. Weil sie die Entscheidungsträgerin für die Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahl in Südkurdistan ist. Auf der anderen Seite gibt es keinerlei gesetzliche Vorbereitung für die

Kommunalwahl. Die Regionalregierung wollte zum einen ein vor viereinhalb Jahren vorbereitetes Projekt in einem Referendum anerkennen lassen. Entsprechend hat Masud Barzani wiederholt für die Präsidentschaftswahl kandidiert. Doch wurde verbreitet Unmut geäußert, außerdem eine Revision dieses Projekts gefordert. Ein Referendum sollte erst anschließend folgen. Des Weiteren wurde heftig kritisiert, dass der Präsident der Autonomen Region Kurdistan vom Volk gewählt wird, aber später das Parlament durch zahlreiche Befugnisse für eigene Zwecke nutzt und ohne die Bevölkerung einzubinden. Andererseits wurde auch Kritik laut, dass Barzani wieder kandidiert. All diese Ärgernisse und Kritiken haben dazu geführt, dass die Wiederwahl Barzanis nicht so vonstattengehen kann wie erwartet, und somit wurde sie verschoben und damit seine Amtszeit für weitere zwei Jahre garantiert.

Wird diese Verschiebung der Wahlen nicht die demokratische Phase in der Autonomen Region Kurdistan infrage stellen?

Sicherlich tut sie das. Das muss unbedingt aufhören.

Glauben Sie, dass die Parlamentswahl zum angekündigten Termin stattfinden wird?

In der jetzigen Situation der Autonomen Region Kurdistan können wir angesichts dieser Unentschlossenheit nichts sagen. Doch wir bereiten uns darauf vor, dass sie zeitgerecht stattfindet.

Bekanntlich werden sich 31 Listen und politische Parteien zur Wahl stellen. Wird diese hohe Zahl sich nicht negativ auf die Phase auswirken? Und welches Programm hat Ihre Partei für den Wahlkampf im Gegensatz zu den anderen Parteien?

Ich glaube nicht, dass sie einen negativen Einfluss haben wird. Im Gegenteil ist es eine erweiterte Möglichkeit zur Entfaltung der verschiedenen Positionen – doch unter der Bedingung, dass die Parteien einen eigenen und unabhängigen Willen zeigen. Bis heute hat der Wahlkampf offiziell nicht begonnen, wir kennen ihre Programme nicht. In nächster Zeit werden sie wohl bekanntgegeben. Wir selbst kämpfen auf der Grundlage der Institutionalisierung der Autonomen Region Kurdistan, für die Schaffung demokratischer Vielfalt und für Partizipation, gesellschaftliche Gerechtigkeit, ein Ende der Korruption und der gesellschaftlichen und nationalen Probleme.

Auch Sie haben ein demokratisches, soziales und nationales Programm? Und wie sehen Ihre Wahlvorbereitungen aus?

Ja genau, es ist schwerpunktmäßig auf ein demokratisches, soziales und nationales Programm ausgerichtet. Die Demokratisierung Südkurdistans ist ein dringendes Bedürfnis. Wir als PÇDK orientieren unsere Arbeit daran. In Form von Kommissionen und lokalen Arbeitsgruppen bereiten wir uns auf die anstehende Wahl vor. Wir treten mit insgesamt 38 KandidatInnen an, darunter 14 Frauen. Auf dem ersten Platz steht unsere Kovorsitzende Neejiba Omar.



Solidaritätsaktion für Rojava in Südkurdistan Foto: DIHA

Bisher haben rund 12 Wahlbüros eröffnet. Der Antritt der PÇDK zur Wahl stellt ein Novum für Südkurdistan dar. Ich denke, dass dies in der Bevölkerung gewisse Hoffnungen auf Veränderung geweckt hat, und hoffe, dass wir dem gerecht werden.

Zum Schluss noch: Können Sie die Geschehnisse und den Prozess beeinflussen?

In der Vergangenheit konnten wir auch schon mal Einfluss ausüben. Auch jetzt bemühen wir uns um größeren Einfluss auf die Bevölkerung. Wir sind letztlich von dem überzeugt, was wir vorgeben, und wir glauben an den Willen unseres Volkes, sodass wir uns gemeinsamer Fortschritte sicher sind. ♦

Über die Hintergründe der Angriffe auf die Revolution in Rojava

Stellvertreterkrieg und »Dritter Weg«

Devriş Çimen, Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V.

Ich möchte in diesem Beitrag erörtern, weshalb es zu einem großangelegten Angriff islamistischer Banden und der Freien Syrischen Armee (FSA) auf die befreiten und weitestgehend friedlichen Gebiete Rojavas (Westkurdistans) in Nordsyrien gekommen ist. Dabei gilt es vor allem, die Motive der Unterstützer um die Al-Kaida-Dschihadisten und die FSA zu identifizieren, da es nur so möglich sein wird, die auf den ersten Blick recht widersprüchlichen Angriffe und die chaotische Gemengelage fassbar zu machen.

Rahmen der Angriffe

Die Angriffe auf Rojava fallen genau in eine Phase der militärischen Zurückdrängung oppositioneller Kräfte um die sogenannte Freie Syrische Armee im Zuge des syrischen Bürgerkrieges. Das diktatorische Regime Assads hat es in letzter Zeit durch konzentrierte Angriffe, und dank der nun weitreichenderen, direkten und aktiven Unterstützung des iranischen Regimes, der schiitisch-libanesischen Hisbollah-Miliz und Russlands, geschafft, große Gebiete aus der Hand der sogenannten Rebellen zurückzuerobern.

Diese Gebiete haben für das Regime wie auch die Opposition strategisch eine enorme Bedeutung, kriegstaktisch betrachtet bietet ihre Kontrolle auch psychologisch einen ungeheuren Vorteil. Dem Regime ist durch die Rückeroberung eine Konsolidierung der von ihm kontrollierten Gebiete entlang der Küste bis in den Süden von Damaskus gelungen. Die Festigung seiner Position wird es dem Regime ermöglichen, die FSA und Al-Kaida weitestgehend auf die sunnitisch-arabischen Gebiete in Zentralsyrien zurückzudrängen. Diese Wüstengebiete spielen jedoch für das Regime strategisch wie auch ökonomisch eine eher untergeordnete Rolle.

Parallel zu den militärischen Erfolgen erfährt das diktatorische Regime in seinem Kampf gegen die FSA und Al-Kaida innerhalb Syriens, auch unter der sunnitischen Bevölkerungsmehrheit, immer mehr Zuspruch. Die aus dem Ausland gelenkte und unterstützte Opposition um die FSA und Al-Kaida plündert, vergewaltigt und mordet vor aller Augen im Namen der Revolution. Dem Assad-Regime wird aufgrund dieser Gräueltaten auch weltweit immer mehr Legitimität zugesprochen. Die FSA und Al-Kaida spielen mit ihren unzählig dokumentierten Kriegsverbrechen dem ebenbürtigen Regime mehr als nur in die Hände, sodass wir uns hier fragen müssen, für was und für wen diese Banden kämpfen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die innerhalb der Opposition einst sehr einflussreiche islamistische Gruppe der Ghuraba al-Sham vom syrischen Geheimdienst mit dem Ziel, im Irak gegen die US-Armee zu kämpfen, gegründet worden war.[1] Es gilt auch zu beachten, dass die islamistischen Kräfte sich allzu oft aus strategischen Kämpfen gegen das Regime raushalten oder sie gar behindern. Selbst der Generalstabschef der FSA, Salim Idris, betonte in diesem Jahr in einem Interview mit dem Sender Al-Arabiya, dass die Gruppe »Islamischer Staat Irak und Groß-Syrien/Al-Nusra-Front« mit dem syrischen Geheimdienst zusammenarbeite.

Unter diesen Rahmenbedingungen haben westliche Staaten wie die USA, Großbritannien und Frankreich beschlossen, die syrische Opposition, die weder politisch noch militärisch eine homogene Gruppe darstellt, direkt mit Waffen zu unterstützen. Laut CIA soll es etwas mehr als 1000 autonome bewaffnete Gruppen auf Seiten der Regimegegner geben. Schon kurz vor diesem Beschluss wurden massenhaft Waffen vom Westen an die FSA geliefert. Diese wiederum liefert sie auch unter anderem an Al-Kaida-nahe islamistische Gruppen, da diese im Krieg mit ihrer Märtyrerideologie und dem darauf folgenden Paradies mit all seinen Verlockungen zu einem bestimmenden Faktor herangewachsen sind. Dabei verfällt wohl der Westen dem Trugschluss, dass nach Beendigung des Konflikts diese islamistischen Terrorgruppen ihre vom Westen erhaltenen modernen Waffen wieder abliefern werden. Der Westen hat in Syrien, genauso wie zuvor in Libyen, keine wirkliche Strategie zur Beilegung des Konflikts. Denn wenn dem so wäre, dann

1 (http://www.reuters.com/article/2009/08/30/us-iraq-syria-idUSTRE57T1OL20090830)

würde er nicht bewusst für die nähere Zukunft noch größere unüberschaubare Konflikte schaffen, die gar seine innere Sicherheit direkt bedrohen werden. Die FSA und damit auch Al-Kaida wurden seit Beginn des Konflikts massiv von Katar und Saudi-Arabien finanziert und auf jede erdenkliche Art unterstützt. Der Westen hat in der vergangenen Phase diese Gruppen durch massenhafte Waffenverkäufe an Saudi-Arabien und Katar indirekt unterstützt. Dem folgten allzu oft auch militärische Berater und Ausbilder für die FSA, da es galt, diesen den Umgang mit den Waffen und somit das Töten beizubringen. Als gleich zu Beginn des Konflikts klar wurde, dass das Assad-Regime sich so nicht wird halten können, hat auch die Türkei, die bis dahin mit dem Regime eng befreundet war, begonnen, sich massiv in den Konflikt einzuschalten. Dabei wurden auf allen Ebenen vor allem islamistische und kollaborative kurdische Gruppen unterstützt, teilweise gar selbst gegründet.

Die deutsche Bundesregierung hat sich wohl aufgrund der offensichtlichen Sicherheitsbedenken, aber vor allem aufgrund der anstehenden Bundestagswahl und der unkalkulierbaren Folgen, dazu entschlossen, kein sogenanntes tödliches Kriegsgerät an die FSA und damit auch indirekt an Al-Kaida zu liefern. Wobei ihre Unterstützung sich dabei nicht auf die diplomatische Ebene beschränkt, da sie in einem Syrien nach Assad ein Mitspracherecht anstrebt. Die BRD hat sich bereit erklärt, logistische, medizinische, humanitäre und auch nichttödliche Kriegsausrüstung zu liefern. Die Bundesregierung bedient sich im Zuge dieses Konflikts, wie so oft auch im Afghanistankrieg, irreführender und manipulativer Begrifflichkeiten. Inwieweit Kriegsausrüstung als nichttödlich definiert werden kann, bleibt dabei ein Rätsel. Selbst der stellvertretende CDU-Vorsitzende Armin Laschet hat kürzlich in einem Interview auf welt.de die Bundesregierung für ihre Syrien-Politik scharf kritisiert und dazu ausgesagt: »Es ist absurd, dass in Syrien die gleichen Leute unterstützt werden, die wir in Mali bekämpfen.« Selbstverständlich gilt es, diese aus dem Regierungslager geäußerte Kritik mit Vorsicht zu genießen, da ihre Motivation zum jetzigen Zeitpunkt für uns Außenstehende nicht ganz ersichtlich ist.

Weder auf der Seite des Syrischen Nationalkongresses (SNC) und der FSA noch auf der Seite des Regimes

In der unüberschaubaren Gemengelage in Syrien hatten sich die Kurden entschlossen, das Regime aus ihren Gebieten zu vertreiben und eine Selbstverwaltung aufzubauen. Als der Krieg drohte, sich auch auf die Gebiete der Kurden auszudehnen, begannen diese unter der Vorreiterschaft der Partei der Demokratischen Einheit (PYD), sich am 19. Juli 2012 in Kobanî (Ain al-Arab) im Gouvernement Helep (Aleppo), mit dem Ziel, die Stadt von Elementen des Regimes zu säubern, zu erheben. Die Bevölkerung umstellte unter dem Schutz bewaffneter kurdischer Gruppen, aus denen dann die Volksverteidigungseinheiten (YPG) hervorgehen sollten, Kasernen, Polizeireviere und alle staatlichen Einrichtungen und zwangen die Regierungsvertreter und Soldaten zur Aufgabe. Zwar kam es vereinzelt zu Widerstand, doch hatten die Soldaten und Polizisten gegen die Massen keinerlei Erfolgsaussicht, sodass sie sich ergeben mussten. Die kurdische Seite hat die Gefangenen stets entsprechend den Genfer Konventionen behandelt und ihnen nach ihrer Entwaffnung sogar die Heimkehr zu ihren Familien ermöglicht. Nach dem Aufstand von Kobanî folgte die systematische Befreiung anderer Städte und Ortschaften in Westkurdistan, sodass innerhalb kürzester Zeit aufgrund der taktisch sehr klugen und disziplinierten Vorgehensweise die westkurdischen Gebiete bis auf ein paar wenige Punkte befreit waren. Die befreiten Gebiete sind mit den Siedlungsgebieten der Kurden fast deckungsgleich. Das Ziel, möglichst ohne Blutvergießen die Gebiete zu befreien, wurde weitestgehend erreicht. Als in Gesprächen mit der Opposition klar wurde, dass diese die Rechte der Kurden und anderer Minderheiten nicht zu garantieren gedachte, haben die Kurden beschlossen, einen dritten Weg einzuschlagen. Das heißt, sie haben sich weder auf die Seite des Syrischen Nationalkongresses (SNC) und seiner FSA gestellt noch auf die Seite des Regimes. Auf die Befreiung der Gebiete in Rojava folgte umgehend der Aufbau demokratischer Selbstverwaltungsstrukturen in Form von Volksräten und der Volksverteidigungseinheiten, in denen jeweils alle ethnischen und religiösen Gruppen vertreten waren. Alle Strukturen haben sich wiederum im Koordinationsmechanismus Kurdischer Hoher Rat (Desteya Bilind a Kurd – DBK), dem die wichtigsten politischen und zivilgesellschaftlichen Institutionen und gesellschaftlich anerkannte Einzelpersonen angehören, zusammengeschlossen. Auch die bewaffneten Einheiten der YPG haben sich klar einzig und allein der Kontrolle und dem Befehl dieses Komitees unterstellt. Der Kovorsitzende der PYD, Salih Muslim, der auch Mitglied des DBK ist, hat in einem Interview vom 23.12.2012 mit dem Kurdischen Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit (Civaka-Azad.org) den eingeschlagenen »Dritten Weg« wie folgt beschrieben: »Dieses Lösungsmodell wird eine Bereicherung für das politische und soziale Zusammenleben der Völker sein. Im Konkreten kann zusammengefasst werden, dass in diesem Modell sich der Staat nicht in der Sphären der Politik, Kultur, Sprache, Ökonomie und Ökologie einmischen wird. Ein demokratisches Rätemodell, das nach basisdemokratischem Vorbild errichtet wird, kann als Modell für das gesamte Syrien verstanden werden. Somit würde ein ideales gemeinsames System der verschieden Bevölkerungsgruppen und religiösen Gruppierungen in der Region ermöglicht werden, ohne dass Ausgrenzungen oder Unterdrückung bestehend sind. Dieses Modell könnte sich

dann von da aus im gesamten Nahen und Mittleren Osten ausdehnen.«

Die Kurden hatten das Regime aus ihren Gebieten vertrieben, Strukturen zur Selbstverwaltung, Verteidigungseinheiten und Polizei aufgebaut. Die Bevölkerung in Rojava konnte im Verhältnis zu Restsyrien in größtmöglicher Sicherheit und Toleranz leben, sodass sich die Bevölkerungszahl seit Beginn des Krieges aufgrund von Binnenflüchtlingen verdoppelte. Trotz der schwierigen Lage konnten ungeheure Erfolge beim Aufbau der Strukturen erzielt werden, sodass in Rojava zum Jahrestag der Revolution laut über eine politisch proklamierte Selbstverwaltung, de facto Autonomie, nachgedacht wurde.

Beginn der Angriffe und Ziele

Die Entwicklungen in Rojava, die in einer Selbstbestimmung für die Kurden und die anderen Minderheiten in Rojava mündeten, missfielen vor allem der türkischen Regierung, sodass diese durch ihren Außenminister Davutoğlu offen mit einer militärischen Intervention drohte (http://www.aa.com.tr/tr/tag/205785--tehditlere-aninda-cevap-verilecek). Auf diplomatischer Ebene unternahm sie eh alle Anstrengungen, sodass die Kurden auf regionaler und internationaler Ebene als Ansprechpartner nicht akzeptiert wurden. Da sich jedoch die Revolution in Rojava rein auf die Kraft und Ressourcen der Bevölkerung stützte, und somit von äußerlichen Faktoren so gut wie unabhängig war, entwickelte sie sich ungebremst weiter. Da die westlichen Mächte ihre Augen nicht länger vor den großen Errungenschaften der Kurden verschließen konnten, denn diese entlarvten ja offensichtlich ihre falsche Strategie, begannen Versuche, sie zu vereinnahmen. Diese Versuche konnten aufgrund der langen politischen Tradition innerhalb der kurdischen Bewegung mühelos neutralisiert werden. Dabei wurden auch die ersten Stimmen auf internationaler Ebene laut, die eine Anerkennung der Kurden befürworteten. Dazu zählte unter anderem auch die russische Regierung, die nach Gesprächen mit einer Kommission des Kurdischen Hohen Rates dessen Teilnahme an der geplanten zweiten Genfer Konferenz befürwortete.[2] Die PYD konnte in dieser Phase durch eine diplomatische Offensive auf internationaler Ebene für erhöhte Aufmerksamkeit für die Kurden in Syrien sorgen, sodass sich die westlichen Mächte verstärkt mit den Forderungen der Kurden zu beschäftigen begannen.

Parallel zu diesen Entwicklungen hat der Kurdische Hohe Rat pünktlich zum Jahrestag der Revolution in Rojava angekündigt, die demokratische Autonomie für Rojava politisch zu legitimieren, indem eine Verfassung ausgearbeitet, diese der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt und eine Regionalregierung zur Wahl gestellt wird. Im gesamten Prozess solle garantiert sein, dass jede Minderheit in Rojava sich durch Vertreter artikulieren und einbringen kann. Denn Salih Muslim, der PYD-Vertreter im Kurdischen Hohen Rat, hatte in einem Interview mit der Journalistin Çiğdem Demirel am 03.11.2012 betont, dass die Revolution in Rojava eine Revolution der Völker Syriens und nicht lediglich des kurdischen Volkes sei.

Genau in dieser Situation versammelte die Türkei über 70 FSA-Kommandanten heimlich in Dîlok (Gaziantep) und machte ihnen klar, dass sie gegen die Kurden eine Front zu eröffnen hätten, da man sonst die eigene Unterstützung, die für die FSA als auch Al-Kaida existentiell ist, einzustellen gedenke. Laut gefangen genommenen Al-Kaida-Kämpfern, deren Vernehmung durch die YPG von der Nachrichtenagentur ANHA (hawarnews.com) verbreitet wurde, hätten türkische Geheimdienstvertreter sie dazu gedrängt gehabt, die Kurden anzugreifen und das Fortschreiten der Revolution in Rojava zu unterbinden. Die Geheimdienstvertreter hätten der FSA und Al-Kaida gegenüber klar ausgedrückt, dass sie, wenn sie nicht gegen die Kurden zu kämpfen gedächten, erst gar nicht mehr zu Gesprächen kommen brauchten. Dass überhaupt ein solches Treffen stattgefunden hat und welche Entscheidungen dort getroffen wurden, hat der FSA-Oberst von Helep, Abdulcabbar Al-Akidi, während einer Versammlung mit allen Gruppen der Opposition und Clanvorstehern in Helep erörtert. Dort machte er unmissverständlich klar, dass sie den Kurden den Krieg erklären würden. Dabei erfindet er eine passende Dolchstoßlegende und bedient sich der in der Türkei verbreiteten Rhetorik, indem er von der PKK und nicht von PYD, YPG oder dem Kurdischen Hohen Rat spricht. Im Grunde genommen ignoriert er so die Massen hinter der kurdischen Bewegung und spricht ihr die Legitimation ab. Dahinter steckt die Taktik, die Errungenschaften der Kurden in Rojava zu kriminalisieren und einen Angriffskrieg zu legitimieren. Da die Versammlung kaum geheim gehalten wurde, ist der Inhalt wie eine offene Drohung auch über die türkischen Medien[3] verbreitet worden. Saudis und Kataris, die im syrischen Bürgerkrieg auf Seiten der Al-Kaida und der FSA eine zentrale Rolle spielen, haben sich nicht gegen die Angriffspläne gestellt, da ihrer bereits kläglich gescheiterten Syrienstrategie die sehr erfolgreiche Strategie der Kurden konkurrierend gegenübersteht. Es hatte zwar bereits mehrmals zuvor Zusammenstöße zwischen den YPG und Al-Kaida um die Stadt Serê Kaniyê (Ras al-Ayn) gegeben, die von kurdischer Seite trotz ihres Sieges mit einem Waffenstillstand beendet worden waren, sie waren jedoch nicht derart systematisch und verbreitet gewesen. Damals marschierten Al-Kaida-Kämpfer auf Druck der Türkei über den türkischen Grenzposten von Ceylanpınar nach Serê Kaniyê ein und versuchten, diese strategisch sehr wichtige Stadt einzunehmen. Nun ist von

2 (http://de.rian.ru/politics/20130730/266577585.html)

3 (http://www.radikal.com.tr/turkiye/oso_pkknin_kokunu_kurutacagiz-1144782)

der FSA und Al-Kaida gemeinsam eine breite Front gegen die Kurden eröffnet worden, die sich über 700 km erstreckt, sodass wir hier von einem invasorischen Krieg sprechen können.

Die kurdischen Volksverteidigungseinheiten veröffentlichten nun eine Kriegsbilanz der Angriffe auf die kurdische Selbstverwaltung in Rojava, die Mitte Juli dieses Jahres begonnen hatten. Demzufolge haben über 800 Mitglieder der bewaffneten Gruppen und nahezu 80 Kämpfer der YPG bei den Gefechten ihr Leben verloren. Zudem sind 700 kurdische Zivilisten von bewaffneten Banden entführt worden. Der Sprecher des Pressezentrums der YPG, Rêdûr Xelîl, erklärte, dass an den Angriffen nicht nur die Al-Kaida-nahen Gruppen »Islamischer Staat Irak und Syrien« und die Al-Nusra-Front beteiligt seien, sondern auch Bataillone der FSA und mehrere kleinere kurdische Gruppen wie die Azadî-Partei. Über den Verbleib der 700 kurdischen Zivilisten habe man keine Informationen. »Die Freie Syrische Armee hat bis heute die Kurden nicht als eine eigene Nation anerkannt«, sagte Xelîl zu den Motiven der FSA und forderte gleichzeitig die FSA angesichts der gemeinsam mit Al-Kaida-nahen Gruppen durchgeführten Angriffe auf die kurdische Zivilbevölkerung zu einer klaren Position auf.

Solidarität mit Rojava Foto: DIHA

Diese weitere innersyrische Front führt lediglich zu einer Stärkung des Assad-Regimes, sodass wir festhalten können, dass neben der kurdischen auch die Strategie des Regimes weitestgehend aufgeht. Die Türkei, Saudi-Arabien und Katar opfern für ihre eigenen Interessen die syrische Revolution und das Volk. Nun ist ein Zustand eingetreten, den selbst die FSA zu verhindern gedachte, denn Salim Idris selbst hat auf Al-Arabiya vor Al-Kaida in Syrien gewarnt und ihr unterstellt, mit dem syrischen Geheimdienst zusammenzuarbeiten. Er führte dann noch weiter aus, dass eben »diese versuchen, die Kurden in Kämpfe mit anderen Rebellen zu verwickeln, und vermeiden außerdem auch alle direkten Konfrontationen mit der syrischen Armee«.

In einem Interview der Nachrichtenagentur ANF mit Salih Muslim erklärte dieser, man strebe eine Beendigung der gewaltsamen Auseinandersetzungen in Rojava auf politischem Wege an. Doch finde man diesbezüglich keinen Gesprächspartner. So stoße man bei der Nationalen Koalition der syrischen Oppositionskräfte auf verschlossene Türen. Keiner fühle sich für die angreifenden bewaffneten Gruppen verantwortlich. Es fehle an einer offiziellen politischen Vertretung der angreifenden Gruppen, die eine diplomatische und friedliche Beilegung der Auseinandersetzungen ermöglichen würde, so Muslim. Gleichzeitig wies er dabei auch auf die Heuchelei der nationalen Opposition hin. Die Unterstützung der Angreifer durch Gruppen innerhalb der Nationalen Koalition sei offensichtlich, doch, da die Angreifer auf internationalen Terrorlisten gelistet sind, werde keine offene Verantwortlichkeit gezeigt.

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass die Opposition und Al-Kaida in Syrien durch äußere Mächte instrumentalisiert werden und hier im Grunde genommen ein Stellvertreterkrieg zwischen Sunniten und Schiiten einerseits und auch zwischen dem Westen und Russland/Iran andererseits geführt wird. In dieser Konstellation haben sich einzig und allein die Kurden aus dem mittlerweile sehr blutigen sinnentfremdeten Töten herausgehalten und ihren eigenen Weg eingeschlagen. Eben weil dieser »Dritte Weg« erfolgreich verläuft, haben die Angriffe derer begonnen, die einen Bürgerkrieg als Lösung propagierten. Entgegen der westlichen Berichterstattung geht es dabei wohl nur zweitrangig um Öl. Denn der eigentliche Angriffsgrund ist im ideologischen Bereich ausfindig zu machen. Das Öl und die anderen Bodenschätze erleichtern zwar die Etablierung des Dritten Weges, sind aber keineswegs unverzichtbar für die Revolution in Rojava. Der Dritte Weg ist, wie sich in Rojava bereits eindrucksvoll abzeichnet, die einzige Lösung für die Probleme in Syrien und wohl auch im gesamten Mittleren Osten. Denn eben dieses Modell überwindet alle künstlichen Spannungsfelder zwischen den Volks- und Religionsgruppen, sodass dies einer Aufklärung in dieser Region gleichkommen würde. Eine solche Aufklärung hat jedoch viel mehr Gegner, als die Kurden als Volk ohnehin schon haben. ♦

Junge Frauen autonom organisiert

Sich bilden und stärken in den Meder-Verteidigungsgebieten

Interview mit Heval Mahabad

Hevala Mahabad nahm an der ersten Bildungseinheit für junge Frauen in den Meder-Verteidigungsgebieten in der Bildungseinrichtung der PAJK[1] »Şehîd Nuda« von Mai bis August 2013 teil. Die Bildungseinheit war auf Beschluss der ersten Konferenz der Jungen Frauen (Herbst 2012) mit Unterstützung der PAJK organisiert und durchgeführt worden. Teilgenommen haben insgesamt 31 junge, teils ganz neu angeschlossene, teils aber auch schon seit einigen Jahren in der Jugendbewegung aktive Frauen aus allen Gebieten Kurdistans und Europa. Hevala Mahabad ist in der BRD groß geworden und beteiligte sich in den vergangenen Jahren an der Arbeit der kurdischen Jugendbewegung in Europa.

Was war Deine Motivation zur Teilnahme an dieser Bildungseinheit?

In meiner Arbeit im Rahmen der Jugendbewegung habe ich gemerkt, dass du sowohl als Jugendliche, aber auch als Mensch in der Gesellschaft nicht ernst genommen wirst, solange du dich (und das gilt insbesondere für Frauen) nicht autonom organisierst. Ohne dich autonom zu organisieren, kannst du keine Kraft entwickeln, auch wird eine wirkliche Zusammenarbeit zwischen Frauen nicht möglich. Du kannst die Arbeit eigentlich nicht machen. Wenn du als Jugendliche ernst genommen wirst, dann als Jugendliche, aber du vergisst, dass du auch eine Frau bist.

Wenn du in die Geschichte zurückblickst, so hat auch die PKK angefangen, als Jugendpartei oder als Jugendbewegung von der 68er-Bewegung inspiriert. Auch in der Geschichte der PKK gab es heftige Kämpfe hinsichtlich Geschlechterverhältnis, dafür, dass wir uns als Frauen autonom organisieren, gegen Sexismus gemeinsam etwas machen, dass wir selber Verantwortung übernehmen können, um die Gesellschaft zu verändern. Ich finde es sehr wichtig, sich autonom zu organisieren, damit wir erst mal ein Bewusstsein als Frauen entwickeln können, unser eigenes Geschlecht lieben lernen, Selbstvertrauen aufbauen und mit dem, was wir in der Gesellschaft gelernt haben, brechen. Daher fand ich es für mich sehr wichtig, an dieser Bildungseinheit für junge Frauen teilzunehmen. Wir konnten hier für uns neue Perspektiven, über uns als Frauen neue Bilder entwickeln. Über die hier diskutierten Themen haben wir vielleicht in anderen Zusammenhängen auch schon mal diskutiert, aber der Kontext war ein anderer. Wir haben über unsere Probleme und Ziele diskutiert. Also so etwas wie ein erster Schritt. Wenn du beschließt, etwas für Frauen, für dein eigenes Geschlecht zu machen, musst du dich eigentlich zuerst zurückziehen und mit deinem eigenen Geschlecht einen Anfang finden. Gleich, als ich gehört hatte, dass eine solche Bildung stattfinden soll, habe ich mich dafür vorgeschlagen. Ich glaube, ich war eine der Ersten. Du musst konsequent sein. Das heißt, dich zurückziehen, etwas für dein Bewusstsein tun und dich in dem Bereich radikal verändern, damit du dann auch im gesellschaftlichen Bereich etwas ändern kannst.

Fandest Du den Unterschied zwischen gemischtgeschlechtlicher Bildung und Bildung für Frauen sehr groß? Und wenn ja, inwiefern?

Ich hatte vorher an einer gemischten Bildungseinheit für Jugendliche teilgenommen. Die war auch gut. Also, um die eigene Weltanschauung zu hinterfragen und ein revolutionäres Bewusstsein und deine eigenen Alternativen zum Bestehenden zu entwickeln. Also dazu, was wir denken, was wir richtig finden, wie wir es umsetzen wollen. Ich hatte mich also vor der Bildungseinheit schon mit solchen Fragen auseinandergesetzt, aber was wirklich gefehlt hat, war, dass ich meine Existenz als Frau wahrnehme. Das fand ich das größte Problem. Als ob ich den Geschlechterkampf nur den Frauen der Frauenbewegung überlasse und mich selbst nur als Jugendliche verstehe und

1 Partîya Azadîya Jin a Kurdistan (Partei der Freien Frauen Kurdistans); Partei der kurdischen Frauenbewegung, die die ideologische Arbeit koordiniert.

entsprechend die eigene Arbeit gestalte. So bleibt die Arbeit begrenzt und unvollkommen. Was ich sehr gut fand hier, war die Vielfalt der Teilnehmerinnen. 31 Freundinnen aus allen vier Teilen Kurdistans und aus Europa. Sie kommen alle aus sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnissen. Zum Beispiel die Freundinnen aus Rojava *[kurd. Bezeichnung für Südwestkurdistan in Syrien]* kamen frisch von der Revolution, die dort vor einem Jahr angefangen hatte. Es war wichtig, dass ich sie kennenlerne. Sie haben eine ganz andere Perspektive. Dann Freundinnen aus Nordkurdistan und Europa, geprägt von den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen vor Ort. Ich fand es sehr wichtig, dass so viele verschiedene junge Frauen zusammenkamen und vor allem erst mal an Selbstvertrauen gewinnen konnten, besonders gegen die sexistische Mentalität, die die Welt beherrscht. Weil es in der Gesellschaft, insbesondere der kurdischen, im Mittleren Osten, aber auch überall auf der Welt, nicht einfach, geschweige denn selbstverständlich ist, dass Frauen in so jungem Alter über Politik, Geschichte und alles, was sich im Universum abspielt, diskutieren können. Es gab Freundinnen, die noch nie eine Schule besucht hatten, andere, die sich noch nie mit diesen Themen auseinandergesetzt hatten, die aber einen Entschluss gefasst haben. Alle waren sich darin einig, dass das, was passiert, nicht richtig ist und dass wir etwas verändern müssen. Zunächst mal eine Analyse zu machen über das, was fehlt und was falsch ist, und wie wir es verändern können und wollen. Zu sagen stopp, wir akzeptieren das nicht und werden das ändern. Weil zu Hause oder in der Gesellschaft, aus der wir kommen, hatten der Vater, der Mann, der Bruder das Sagen und viele Freundinnen konnten selbstständig eigentlich nichts machen. Weder hatten sie einen eigenen Freundeskreis noch Bildungsmöglichkeiten, um sich selbst auszudrücken. Ich fand es wichtig, hier einen Anfang zu finden, zu lernen, das eigene Geschlecht zu lieben, weil uns beigebracht wird, dass du fehlerhaft bist, dir etwas fehlt, du nicht so stark bist wie der Mann, du nur halb so viel bist, halt eine Frau. So wie es auch in den drei *[monotheistischen]* Weltreligionen oder auch in der Gesellschaft allgemein beigebracht wird. Du lernst, dass du nur dazu geboren wurdest, so zu sein, wie der Mann es will, dass du nur wie ein Objekt behandelt wirst. Und hier konnten wir realisieren, dass du auch ein Mensch bist, dass du wertvoll bist, jede von uns. Und du verstehst, dass du mit deiner Persönlichkeit und in deinem Denken viel beeinflussen kannst, dass du dich selber verstehen und dich als Kraft sehen musst. Eine Einzelne von uns jungen Frauen konnte bisher nicht viel machen, aber mit unserem Zusammenkommen bilden wir eine Kraft. Und bauen so etwas wie eine Front auf und machen klar, dass wir das Bestehende nicht mehr akzeptieren und eine Alternative dazu schaffen.

Hast Du eine Idee, wie sich Deine Arbeit im Vergleich zu vorher verändern wird?

Ich finde es wichtig, sich zuerst über die Strukturen ein Bild zu machen. Weil die Jugendlichen sich bisher in der Partei immer autonom organisiert haben, also als Jugendbewegung. Im gesellschaftlichen Bereich war es so, dass wir Jugendarbeiten organisiert haben, geschlechtsunabhängig, also für junge Frauen und Männer. Veranstaltungen, Demonstrationen, Bildungstage, Aktivitäten im kulturellen Bereich für Jugendliche und so weiter. Und wenn ich jetzt auf meine bisherige Praxis schaue, sehe ich, dass das, was ich mir zwar vorher schon vorgenommen hatte, also junge Frauen zu organisieren, weil ich vorher schon der Ansicht gewesen war, dass das wichtig ist, dass das nicht geklappt hat. Weil ich und die meisten anderen sich vor allem der allgemeinen Arbeit zugewandt hatten. Du machst was für die Allgemeinheit, vergisst aber darüber die autonome Frauenarbeit. Aber es ist so wichtig, dass du das nicht vernachlässigst. Das liegt meiner Meinung nach auch an einem fehlenden Bewusstsein, dass die Revolution auch im Kopf stattfinden muss.

Vielleicht sind die ersten kleinen Schritte Nachdenken. Du siehst die jungen Frauen in deinem Umfeld und siehst ihre Fehler, weil sie, wie alle anderen auch, von der Gesellschaft beeinflusst sind. Sie wollen was dagegen machen, aber sehen keine Alternative. Und wenn sie dann in dir keine Alternative sehen können, weil du dich nicht entsprechend entwickelt hast, ist das ein Grund zur Selbstkritik.

Ich fand es sehr wichtig, dass letzten Herbst die erste Konferenz der Jungen Frauen, der Komela Jinên Ciwan, stattfand, als ein Schritt, dass wir uns als junge Frauen in der Jugendbewegung autonom organisieren. Weil, solange du dich nicht organisierst, kannst du auch keine Kraft im Allgemeinen sein. Das beweist uns auch die Weltgeschichte, die Geschichte anderer Organisationen, aber auch die Geschichte unserer Partei. Es gibt heute so viele Möglichkeiten, sich selbst zu organisieren, aber sie werden einfach nicht genutzt, weil die Notwendigkeit nicht gesehen wird. Jetzt stelle ich mir für meine Arbeit etwas ganz anderes vor.

Auf der Konferenz zum Beispiel gab es den Beschluss, uns in Zukunft ganz autonom zu organisieren. Zum Beispiel so, dass Freundinnen, die im gemischten Komel Ciwan arbeiten, das im Sinne und im Namen der Organisierung der jungen Frauen tun, so wie die PAJK.[2] Wir müssten in den Städten Kommunen und Räte junger Frauen aufbauen. Wir müssen jungen Frauen Alternativen bieten können. Weil es, wenn du dir die Gesellschaft ansiehst, trotz Jugendarbeit, immer um die allgemeine, gemischtgeschlechtliche Arbeit geht. Und die Rolle junger Frauen bei diesen Arbeiten und die Frage, wie viel Kraft und Möglichkeiten junge Frauen haben, sich selbst zu verwirk-

2 Alle Kaderinnen in der Bewegung sind automatisch Mitglieder der PAJK und arbeiten auch in den gemischten Strukturen im Namen der PAJK.

lichen, ist nicht wirklich von Belang. Nach einer solchen Bildung und nach so viel Austausch mit so vielen verschiedenen Frauen verstehe ich es als meine vorrangige Aufgabe, junge Frauen in der Gesellschaft zu organisieren. So richtig autonom, damit sie verstehen und sehen, welche Kraft sie wirklich haben. Du wirst in der Gesellschaft als junge Frau nicht ernst genommen. Als Frau nicht und als junge Frau schon gar nicht. Was kann diese junge Frau überhaupt ändern? Aber wenn du dich organisierst und gemeinsam eine Kraft bildest, wirst du auch anders wahrgenommen.

Gab es Themen, die hier für Dich besonders wichtig, besonders spannend waren?

In der Bildung wird wie auch in den Verteidigungsschriften von Abdullah Öcalan alles miteinander in Verbindung gesetzt. Wie das Universum mit dem Urknall entsteht, die ersten Clans im Neolithikum und später der Staat, die ersten Klassen. Ich finde es allgemein total wichtig, dass du, nicht nur als Kurdin oder Angehörige einer bestimmten ethnischen Gruppe, sondern jede und jeder, dir die eigene Geschichte ansiehst, die Entstehung der Welt, der Menschheit, der Gesellschaft, der Staaten, der Klassen. So kannst du die Probleme heute im kapitalistischen System auch besser verstehen. Das war für mich auch eines der wichtigsten Themen hier, das kapitalistische System, die kapitalistische Moderne. Sie zu analysieren und zu verstehen. Wir stehen einfach unter dem starken Einfluss des Systems, vom Kindergarten bis hin zur Uni und darüber hinaus, 24 Stunden täglich. Entsprechend haben wir uns auch entwickelt, hat sich unser Charakter geformt, haben sich unsere Stärken und Schwächen herausgebildet. Weil wir unter demselben System groß geworden sind, sind wir uns ja auch alle sehr ähnlich. Ich fand es auch wichtig zu sehen, dass Kapitalismus nicht nur Europa ist, sondern eigentlich die ganze Welt beherrscht, also als hegemoniales System mit entsprechender Macht und Wirkung. Und wir nicht sagen können, im Mittleren Osten gibt es keinen Kapitalismus, hier herrscht der Feudalismus.

Auch die Diskussionen zum Sexismus fand ich sehr wichtig. Dass wir das, was wir als Norm gelernt haben wahrzunehmen, eben nicht als normal hinnehmen, sondern als etwas, das uns vom kapitalistischen System beigebracht wurde und es früher auch anderes gab. Kapitalismus stellt sich als etwas sehr Absolutes dar, als etwas, das es schon immer gegeben hat und auch immer geben wird. Einst gab es aber eine demokratische, eine matriarchale Gesellschaft. Doch es hat sich verändert, der Mann fing an, über die Frau zu herrschen. Darüber haben wir sehr viel diskutiert. Was ich aber auch total wichtig finde, das ist, nicht nur zu analysieren, sondern auch die Alternative zu schaffen. Die Bildungseinheit ist jetzt fast zu Ende, d. h., wenn wir das Problem verstanden haben, steht jetzt an, sich Alternativen zu überlegen. Also wie wir eine demokratische, ökologische und geschlechterbefreite Gesellschaft wirklich aufbauen können. Und es ist keine Utopie. Das Leben hier in den Bergen bildet quasi den Prototyp für eine neue, eine andere Gesellschaft. Hier existiert diese Gesellschaft. Und wir als Frauen, die hier gelebt haben, sollten jetzt versuchen, das auch in der Gesellschaft umzusetzen. Also, du siehst und verstehst etwas und übergibst es dann quasi dem Volk.

Wenn du versuchst, den Menschen in der Gesellschaft zu erklären, dass es auch anders geht, sie aber fest daran glauben, dass es nicht zu ändern ist, dass das Herrschende absolut und unveränderlich ist und bleibt, weil du als Mensch kraftlos bist, du nichts zu sagen hast, du eigentlich nur Marionette spielst für den Staat und das herrschende System, dann sind dein eigenes Wissen und die konkreten Bilder von einem alternativen Leben sehr wichtig.

Du kannst dich hier in den Bergen quasi wie in einen Schutzraum zurückziehen und sehen, dass das hier eigentlich auch das System ist, das du außerhalb aufbauen willst. Das stärkt deine Überzeugung. Weil es nichts ist, was nur in einem Buch niedergeschrieben wurde, sondern es wurde verwirklicht.

Ich sage, das Leben hier ist nicht richtig, es gibt das patriarchale System und du bist nicht frei, und das Freisein, so wie es dir beigebracht wurde, ist eine liberale Freiheit und nicht richtig. Es ist wichtig, sich zu ändern und nicht das System zu leben, wie es dir beigebracht wurde. Ich sage, werde Revolutionärin, steh auf! So viele Menschen haben so viele Fragen im Kopf, aber keine Antworten. Und wenn du dann diese Diskussionen aus einer solchen Perspektive führst, kannst du auch viele Menschen überzeugen. So habe ich das erlebt. Und vor allem nach solch einer Bildung wird das alles noch vertieft.

Das heißt also, wenn es darum geht, andere junge Frauen zu erreichen, dann vor allem durch eine Vorbildfunktion, durch eine eigene Überzeugung, die Du ausstrahlst. Eine eigene Überzeugung als junge Frau und als Revolutionärin, die etwas verändern will. Oder was braucht es noch?

Ja, ich finde es zuallererst wichtig, dass du selber überzeugt bist und du das auch ausstrahlen kannst, dass Menschen um dich herum sehen, dass du anders bist. Dass du das Leben, das dir vorgesetzt wird, nicht akzeptierst. Bevor du solche Arbeiten machst, musst du selber davon überzeugt sein. Dann ist wichtig, alle junge Frauen, ja alle, die du erreichen kannst, egal welcher Herkunft, kennenzulernen und eine Vertrauensbasis untereinander zu entwickeln. Dann kannst du anfangen, dich

zu organisieren, Gruppen zu bilden, Kommunen aufzubauen. Du kannst das System ja nicht auf einmal ändern, sondern du musst Schritt für Schritt daran arbeiten. Vor allem muss sich auch etwas im Bewusstsein der jungen Frauen ändern, dass sie verstehen, dass es Alternativen gibt, dass sie sich befreien können, dass sie das Leben, so wie es ist, nicht leben müssen, dass sie eine eigene Entscheidungskraft haben. Es geht darum, Menschen so weit überzeugen zu können, dass sie mit dieser Überzeugung aktiv werden, dass du dich als junge Frau in allen Bereichen einbringst, im politischen, im kulturellen, im sportlichen. Es geht darum, dass vieles gemeinsam unternommen wird, dass ein kollektives Leben gelebt wird. Indem du junge Frauen organisierst, gewinnst du auch ein großes Potenzial hinzu und kannst die Jugend anführen, ein Vorbild für die allgemeine Jugend werden. Auch deine Familie kannst du ändern. Wenn du dir das Familiensystem ansiehst, findest du hier ein Abbild des Staates. Du kannst diese Strukturen brechen, indem sich zum Beispiel eine junge Frau in dieser Familie, diesem System zu Wort meldet. Dass sie Selbstbewusstsein gewinnt und sie anfängt, die Familie zu verändern, den Vater, die Mutter, die Geschwister und auch den Freundeskreis. Dass sie sich überall organisiert, nicht nur im Umfeld, in einer Stadt, auch in ganz Europa, weltweit, sodass wir eine Kraft bilden.

Du meintest vorhin kurz, dass das Leben hier in den Bergen eigentlich eine umgesetzte Utopie ist. So, wie wir uns kommunales Leben vorstellen, wird es hier auch gelebt. Welchen Einfluss hat das Leben, das Ihr hier in der Bildungseinheit gelebt habt, auf den Bildungsprozess?

Ich finde es wichtig zu sehen, dass wir mit unserer Bildungseinheit die ganze Bewegung beeinflusst und beeindruckt haben. Alles, was jemand in der Bewegung und vor allem auch hier in den Bergen macht, beeinflusst die ganze Bewegung. Es war das erste Mal, dass es eine solche Bildungseinheit für junge Frauen gab. Und die Bewegung war sehr glücklich und auch beeindruckt davon, dass wir diese Entscheidung getroffen und konsequent umgesetzt haben. Dafür war der Beschluss der Konferenz der Jungen Frauen sehr wichtig und die Umsetzung gemeinsam mit der PAJK. Die ganze Bewegung hat gesehen, dass es ein Defizit gab. Denn wenn wir die Gesellschaft wirklich verändern wollen, wenn wir sagen, dass wir ein neues System, den Demokratischen Konföderalismus, aufbauen wollen, und wir behaupten, dass die Jugend eigentlich die führende Kraft darin ist, dass sie die Zukunft ist und die Kraft, die dies wirklich umsetzen kann, dann finde ich es wichtig, dass die Bewegung dementsprechend für die Jugend und insbesondere für die jungen Frauen auch entsprechende Möglichkeiten schafft, wie zum Beispiel Bildung oder hier zu leben und auch im gesellschaftlichen Bereich. Ich finde es wichtig, dass dem entsprechender Wert beigemessen wird. Wir haben hier während der Bildung sehr viel Besuch bekommen. Und alle, die kamen, waren wirklich sehr beeindruckt, wie sich 31 junge Freundinnen aus ganz Kurdistan und Europa hier organisiert und zusammen gelebt haben. Viele der jungen Freundinnen waren zum ersten Mal in den Bergen. Mensch kann sagen, dass wir alle noch unter den Einflüssen des kapitalistischen Systems leiden, dass wir seine Eigenschaften noch immer in uns tragen. Was wir uns vorgenommen haben, das ist,

In den Kandil-Bergen der PAJK Foto: Archiv

diese Eigenschaften über Bord zu werfen, davon loszukommen und demokratischer, kommunaler leben zu können. Unser Ziel ist auch, den Begriff Freiheit neu definieren zu können und unser Leben danach auszurichten.

Am Anfang wussten wir selbst nicht, wie das Ganze ablaufen wird, weil es das erste Mal war. Wir hatten alle Vorstellungen, aber es gab dafür kein konkretes Beispiel. Das war für uns sehr aufregend und wir haben uns alle gefragt, wie wir uns wohl verändern würden. Jetzt gibt es eine Struktur in diesem Leben hier, ein konkreter Tagesablauf mit Zeiten für Essen, Bildung, es gibt Sport, abends sehen wir manchmal Filme und diskutieren darüber. Im Alltagsleben gibt es auch ein bestimmtes System, aber das wird vom Vater, von der Familie oder vom Staat bestimmt. Du kommst in ein bestimmtes Alter, kommst zur Schule, machst eigentlich Dinge, die dich nicht wirklich interessieren. All diese Sachen, die dir angeboten werden, die du annehmen und leben musst. Daher finde ich es wichtig, dass wir hier bestimmen: was wir brauchen, was für uns wichtig und was unwichtig ist. Entsprechend diszipliniert bist du auch. Wir haben alle ein Ziel, wir wollen dieses kommunale Leben entwickeln und verwirklichen. Daher schließen wir uns zusammen. Manchmal musst du auch auf bestimmte individuelle Dinge, die du gelernt hast, verzichten, für die Gemeinschaft. Das heißt, dann auch an mir selbst arbeiten. Nicht wie im System, dass ich nur für mich lebe, für mich in die Schule gehe und für meine Zukunft arbeite. Sondern es geht hier um die Zukunft einer Gesellschaft. Das finde ich wichtig, das zu erreichen. Also, sich als junge Frauen hier eine solche Struktur aufzubauen und das allein. Obwohl du als junge Frau in der Gesellschaft gelernt hast, dass du allein nichts machen kannst, wenn es den Vater, die Mutter, dein Umfeld nicht gibt. Aber im Gegenteil, beginnend vom Körperlichen, Kulturellen bis hin zum Brotbacken lebst du hier selbstständig und für die Kommune.

Welche Rolle spielte die Frauenbewegung, als Du Dich angeschlossen hast?

Ich komme aus einer patriotischen Familie, also einer Familie, die der Bewegung nahesteht. Ich kannte die Bewegung allgemein. Beeindruckt hat mich immer vor allem die Guerilla, weil ich als Jugendliche auch ein Mensch war, der nicht so schnell etwas akzeptiert hat. Zum Beispiel, wenn du dir das Leben in Europa ansiehst. Zu Hause in deiner Familie lebst du in kurdischen, d. h. eher feudalen, traditionellen Verhältnissen, und dann schaust du dich um und du musst einfach postmodern werden. Du musst entsprechend den drei »s« (»seks, spor, sanat« – dt.: Sex, Sport, Kunst) leben, die die Gesellschaft der Jugend vorgibt, und du musst immer für irgendwelche anderen leben. Du musst für einen Mann anziehend sein, du lebst für eine Zukunft, die du nicht selbst bestimmst. Und ich hatte so etwas in mir, vielleicht auch ein wenig anarchistisch, dass ich das nicht akzeptiere. Und ich wusste, dass es eine Alternative gibt, als Guerilla oder als Revolutionärin in der Bewegung. Über die Frauenbewegung habe ich nicht allzu viel gewusst, nur, dass es Frauen in der Bewegung gibt, die das Leben in der Gesellschaft, den Sexismus nicht akzeptieren, sich autonom organisieren und für ihre Autonomie und ihre Rechte kämpfen. Aber mir war der Umfang der autonomen Frauenorganisierung nicht bekannt. Dass sie ihre eigene militärische, ideologische und gesellschaftliche Arbeit organisiert, dass die PAJK gemeinsam mit der PKK die ideologische Gründungspartei des Systems der KCK *[Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans]* ist. Dadurch hat mich die Frauenbewegung im Laufe der Zeit immer mehr beeindruckt und das hat mich letztlich auch hierhergebracht zur Bildungseinheit.

Magst Du noch was ergänzen?

Ich finde es gut, dass über die Bildungseinheit berichtet wird. Aus der Zeit vor meinem Anschluss an die Bewegung weiß ich, wie schwer es ist, wirklich etwas über das Leben hier in der Guerilla zu erfahren. Es gab einfach nicht so viel zum Nachlesen. Zum Beispiel hat mich immer interessiert, wie junge Menschen aus Europa sich anschließen, was sie dazu motiviert. Du weißt nicht, was auf dich zukommt, und dennoch bist du fest davon überzeugt, dass es die richtige Entscheidung ist. Ich finde auch, dass mensch sich nicht allzu viel Sorgen machen sollte. Sondern Schritte zu unternehmen ausgehend von dem Wunsch, anders zu leben, das vorgegebene Leben nicht zu akzeptieren, nicht als Roboter leben zu wollen und nicht alles von jemand vorgeschrieben zu bekommen. Ich möchte selber meine Persönlichkeit entwickeln. Ich kann als Person viel bewirken. Und ich werde dafür Schritte machen. Und zwar mit Wut. Ich werde dazu kommen, in mir selbst eine Revolution zu verwirklichen und auch außerhalb. Und ich finde es wichtig, die eigenen Sorgen zu überwinden oder das Denken an den eigenen Profit oder daran, eine gute Tochter sein zu müssen, das gute Kind meiner Familie. Statt sich in diesen engen Rahmen zu pressen zu sagen: Ich bin ein Mensch, ich bin eine Existenz im Universum, ich bin reich und habe viele Möglichkeiten, ich kann mir eine weite Weltsicht aneignen, anstatt in meiner kleinen Welt zu verharren. Ich habe eine große Utopie, einen Traum, und um diesen Traum zu verwirklichen, bringe dich ein, und zwar komplett. Wenn du nichts opferst, wirst du auch nichts erreichen können. Du kannst nicht erwarten, dass sich etwas in deinem Sinne verändern wird, ohne dass du etwas tust.

Viel Erfolg! Serkeftin! ♦

Im Andenken an Heval Erdal

»Nur wenigen gelingt es, die Hand des Regentropfens zu ergreifen …«

Songül Karabulut, Kurdistan Nationalkongress

Es sind genau zehn Jahre vergangen, dass wir des Lächelns, der Begeisterungsfähigkeit, der Freundlichkeit und der Ratschläge unseres schönen Genossen und Freundes Engin Sincer (Erdal) beraubt wurden. Innerhalb dieser vergangenen Zeit wurde viel über ihn gesprochen und geschrieben. Unzählige Versuche wurden unternommen, die Auswirkungen, die sein früher Tod gebracht hat, zu beschreiben, aber alle Worte blieben unzureichend. Ich schreibe trotzdem mit dem Wissen, dass es ebenfalls nicht ausreichen wird. Aber ich werde es trotztdem versuchen, sofern es meine Gedanken und Gefühle zulassen. Denn ich glaube, es ist wie eine Schuld, die beglichen werden muss, für diejenigen, denen die Chance gegeben worden ist, ihn persönlich kennenzulernen.

Heval Erdal verbarg in seiner etwas kleinen Körpergestalt, mit seinem jungen Alter eine große Persönlichkeit. Schon sein Name drückte seine Persönlichkeit aus: Engin bedeutet weit, umfassend, umfangreich. Unser Freund war ein Revolutionär, der alle Werte, für die er gekämpft hat, in seiner Person verinnerlicht hat.

Ich hatte die Chance, mit Heval Erdal zusammen im Kurdistan Nationalkongress (KNK) zu arbeiten und ihn näher kennenzulernen. Ich habe sowohl seine einfühlsame, liebevolle und kindliche Seite schätzen gelernt als auch seine klare prinzipientreue Persönlichkeit als Kommandant. Ich wurde Zeugin, wie sich all diese Eigenschaften in seiner Persönlichkeit vereinten. Und diese Eigenschaften standen nicht, wie vielleicht angenommen, im Gegensatz zueinander, sondern sie bedingten sich einander und stellten eine Tiefe und Stärke dar.

Erdal war ein wirklich beispielhafter Kommandant; er fiel mit seinem organisatorischen Weitblick und seiner ideologischen Tiefe auf. Diese beiden Eigenschaften sind Maßstab für die Entwicklung einer revolutionären Persönlichkeit und die Verbindung zum revolutionären Kampf. Seine Analysen beruhten auf diesen Eigenschaften, sie waren weitsichtig und konnten die Richtung bestimmen. Seine Reden waren nicht parolenhaft, keine auswendig gelernten Sätze, er wusste, wovon er spricht, sie zeugten von seinen reichhaltigen Erfahrungen im Zusammenleben mit Menschen wie auch aus der Politik, der Theorie und Praxis. Seine Ausführungen waren nachvollziehbar, überzeugend und eine wirkliche Bereicherung. Ich kann mich gut daran erinnern, dass wir immer ungeduldig darauf gewartet haben, dass Heval Erdal sich endlich zu Wort



Engin Sincer, Heval Erdal

Heval Erdal wurde am 2. März 1969 in Gurgum (Maraş) geboren. Als kleines Kind kam er mit seiner Familie nach Deutschland. Schon in jungen Jahren schloss er sich der PKK an und arbeitete in Europa. 1992 ging er in die »Mahsum-Korkmaz-Akademie« in der Bekaa-Ebene. Auf dem 6. Parteikongress 1999 wurde er Mitglied des Zentralkomitees. Bis 2000 war er in den Bergen Kurdistans Kommandant der ARGK. Ab 2000 war er wieder in Europa, als Mitglied im Exekutivrat des »Kurdistan Nationalkongresses« (KNK).

Im August 2003 kehrte Heval Erdal nach Südkurdistan in den Nordirak zurück. Durch einen tragischen Unfall verlor er am 17. August 2003 sein Leben.

meldet, um mit ganzem Ohr zuzuhören; er bewegte uns, riss uns mit, konnte motivieren.

Er stand für Eigenschaften wie genossenschaftlich, sozial, ehrlich, eifrig, selbstlos, bescheiden und gerecht. Egoismus, Ungerechtigkeit, Heuchelei, Eigennutz dagegen lehnte er mit vollem Herzen ab, bekämpfte sie.

Heval Erdal war eine Führungspersönlichkeit, ohne Hierarchien aufzubauen. Seine MitarbeiterInnen band er als Subjekte in die Arbeit, in die Auseinandersetzungen mit ein. In sein Umfeld strahlten seine ausgeprägten positiven Eigenschaften, die Liebe und das Vertrauen in die Genossenschaftlichkeit aus. Auf diese Weise trug er dazu bei, dass wir unsichtbare Mauern, die wir so oft gegeneinander aufgebaut hatten, durchbrechen und genossenschaftliche Beziehungen entwickeln konnten. Die Menschen behandelten ihn mit großem Respekt, nicht wegen seiner hohen Position, die er durch seine Arbeit innerhalb der Bewegung eingenommen hatte, sondern durch seine schon beschriebene Art und Weise – schnell entstand eine vertrauliche und natürliche Beziehung zu ihm. Nein, er stand nicht über uns, wir waren miteinander, gemeinsam. Oft haben wir stundenlang nach einer Kundgebung oder einem Fest gemeinsam mit ihm den Platz gesäubert und Müll gesammelt, er war sich für keine Arbeit zu schade, nahm jede ernst.

Er war zielstrebig, er war entschlossen, die Arbeit, die er übernommen hatte, erfolgreich zu Ende zu bringen. Sein Selbstvertrauen resultierte daraus, dass er sich sicher, war auf dem richtigen Weg zu sein. So spürten auch Menschen, die ihn gerade neu kennengelernt hatten, seine positive Energie, viele wurden gleich von ihm inspiriert und spürten das Vertrauen – egal, ob Kurdin oder Kurde oder anderer Nationalität. Erdal ist noch immer eine Brücke zum kurdischen Volk und ihrem legitimen Befreiungskampf.

Und er war ein phantastischer Erzähler: Ich kann mich erinnern, wie mich seine Erzählungen über Kurdistan und über das Leben bei der Guerilla inspirierten. Eines Tages erzählte er die folgende Geschichte. Eine Gruppe männlicher Guerillas traf auf Wildpferde. Sie versuchten vergeblich, sie einzufangen. Ein Guerilla, der im Dorf aufgewachsen war, erklärte, dass wilde Pferde nicht auf diese Weise zu fangen sind. Sie müssten Frauenkleidung besorgen, einer müsste sich als Frau verkleiden, dann würden die Pferde nicht davonrennen. Sie besorgten sich in einem nahegelegenen Dorf die benötigten Kleidungsstücke und einer von ihnen verkleidete sich als Frau. Und tatsächlich, der verkleidete Guerilla ging langsam auf die Pferde zu, und diesmal rannten sie nicht davon. Auf diese Weise gelang es ihnen, die Wildpferde einzufangen. Diese Geschichte hatte mich lange beschäftigt, und ich erkannte darin den Beweis für die tiefe historische Bindung zwischen Frau und Natur.

Oder er erzählte von einer beschrifteten Tafel, die ein Guerilla auf dem Gipfel eines Berges zufällig gesehen hatte. Vermutlich handelte es sich um eine historisch wichtige Schrifttafel, die über unsere Geschichte wichtige Information verbirgt. Wir hörten mit großen Ohren und Augen begeistert zu und jedesmal wurden die Pausen bei Versammlungen überzogen. Er erzählte viel über Kurdistan und über die Berge, das Leben dort. In seinen Erzählungen konnte er seine Vorliebe für das Gebiet Botan in Nordkurdistan nicht verheimlichen. Während er erzählte, bauten wir, die, die Kurdistan nicht oder kaum kannten, emotionale Bindungen zu unserer Heimat auf und versuchten uns das Leben dort vorzustellen. Wir entwickelten eine unheimliche Sehnsucht. Er erzählte so bildhaft, dass wir das Gefühl bekamen, es selbst erlebt zu haben.



Gedenkveranstaltung für Engin Sincer, Heval Erdal, an seinem Grab in seiner Geburtsstadt. Foto: DIHA

Heval Erdal lebte sehr auf die Gemeinschaft bezogen. Obwohl er in Europa groß geworden ist, waren Kälte und Egoismus der kapitalistischen Moderne bei ihm nicht vorhanden. Er war ein Individuum, das sich in der Gesellschaft verwirklichte, auflebte. Seine Vorliebe für Fußball ist bei vielen bekannt. Er liebte Gruppenspiele. Er sah darin das Kollektiv, das Gemeinsame, gemeinsam etwas erreichen zu können.

Und er liebte seine Mutter wie er seine Genossinnen und Genossen liebte. Das wussten wir, denn er verheimlichte es vor niemandem. Er war das Lämmchen seiner Mutter, die stolz auf ihn war. In der kurdischen patriarchalen Gesellschaft sagt man zum Haus seiner Eltern »Haus des Vaters«. Heval Erdal sagte während einer Unterhaltung, »… dann kann ich ja auch zum ›Haus meiner Mutter‹ gehen«. Das mag vielleicht nur ein kleines Beispiel sein, aber mich hatte es sehr positiv beeindruckt. Das war eine Äußerung, die der Mutter (der Frau) ihr Recht zuspricht und ein Tabu gebrochen hat. Und es waren auch diese »Kleinigkeiten», Dinge aus dem einfachen Leben, mit denen er Menschen faszinieren konnte, aufklären konnte, Menschen zum Nachdenken bringen konnte.

Tausende gedenken Heval Erdal

Des 2003 in Kandil gefallenen Mitglieds des Zentralkomitees der PKK und ehemaligen Kommandanten der ARGK Engin Sincer (Erdal) wurde heute in seinem Geburtsort Topalan (Seyrantepe) in Bazarcix (Pazarcık) von tausenden Menschen in einer Gedenkzeremonie gedacht. Tausende Menschen sind aus Gurgum (Maraş), Semsûr (Adıyaman), Malatya, Dîlok (Antep), Adana und Mersin angereist. Darunter die Familie von Engin, die Kovorsitzende der BDP, Gültan Kışanak, der Oberbürgermeister von Amed (Diyarbakır), Osman Baydemir, der Vorsitzende des Pir-Sultan-Abdal-Kulturvereins, Kemal Bülbül, und die Eltern der am 09. Januar in Paris ermordeten kurdischen Politikerin Fidan Doğan.

Auffallend war die starke Präsenz der Polizei und Dorfschützer in Bazarcix. Nichtsdestotrotz versammelten sich Tausende vor dem Cem-Haus von Topalan und liefen von dort zusammen zum Grab von Engin. Während des Marsches waren Parolen wie »Engin yoldaş ölümsüzdür« (Der Genosse Engin ist unsterblich) zu hören.

Der Friedhof und die Straßen des Dorfes wurden mit PKK- und KCK-Fahnen sowie Porträts von Abdullah Öcalan, Engin Sincer und weiteren gefallenen GuerillakämpferInnen geschmückt. Nach einer Schweigeminute am Grab von Engin Sincer ist die Menschenmenge zurück ins Cem-Haus gegangen, wo es im Laufe des Tages noch Reden und ein Konzert geben wird.

Quelle: ANF, 17.08.2013, ISKU

Jetzt, zum zehnten Jahrestag seines Todes, war in einem Artikel der kurdischen Nachrichtenagentur ANF zu lesen, dass seine Familie eine große Gedenkveranstaltung organisieren würde. Sie beschrieben ihn darin mit den folgenden Worten:

»Wir gedenken am zehnten Todestag des großen Patrioten und Revolutionärs Engin Sincer im Namen aller, die ihn lieben. Kommandant Heval Erdal, mit dem lächelnden Gesicht, hat sein Leben für die Freiheit des kurdischen Volkes geopfert. Er hat für die Grundrechte und -freiheiten gekämpft, damit alle Unterschiede, Ideen und Glauben sich frei und gleichberechtigt artikulieren können. Er verkörperte die Helligkeit gegen die Dunkelheit, die Freiheit gegen die Sklaverei, die Schönheit gegen die Hässlichkeit und das demokratische und freie Leben gegen ein ungerechtes Leben. Heval Erdal hat in seinem kurzen aber bedeutungsvollen Leben grenzenlose Schönheit setzen können. Er war immer ein guter Freund und Genosse …«

Heval Erdal ist ein Genosse, dessen Verlust immer noch sehr großen Schmerz empfinden lässt, auch zehn Jahre nach seinem Tod. Ich ertappe mich noch immer dabei, dass ich überlege »Wie würde Heval Erdal in dieser Situation handeln, reagieren?« Ich suche in den Gedanken, Gefühlen und der Annäherung an ihn nach der richtigen Entscheidung. Nicht nur zu Lebzeiten war er ein wegweisender und wichtiger Ratgeber für mich, für uns.

Es gäbe noch viel mehr über Heval Erdal zu schreiben und zu erzählen, es gibt so viele schöne Andenken und Erinnerungen. Aber wie bereits am Anfang des Textes gesagt, die Worte reichen nicht aus, sie reichen nicht, um seine besondere und doch natürliche Art zu beschreiben. Die große Lücke, die tiefe Wunde, die sein Tod in uns gerissen hat, ist mehr als schwer zu beschreiben. Immer wieder reißt die vernarbte Wunde aufs Neue auf. Es schmerzt an ihn zu denken, als wenn das Herz in einem Schraubstock zusammengepresst wird. Auf der anderen Seite entstehen tiefe Glücksgefühle, eine Zeitlang sein Weggefährte gewesen zu sein. Diejenigen, die dieses Glück hatten, werden ihn niemals vergessen. Auch nach seinem Tod gibt er seine positive Energie und das Vertrauen in den Aufbau kollektiver Lebensstrukturen an uns weiter. Er ist ein Beispiel der revolutionären Persönlichkeit – ob in den befreiten Bergen Kurdistans oder im Alltag der kapitalistischen Moderne, denn er lebte und kämpfte für die Freiheit, für eine lebenswerte Zukunft – immer, überall und immer noch. ♦

Nach dem Beginn des (Friedens-)Prozesses

Zunahme von umweltzerstörerischen Projekten in Kurdistan

Ercan Ayboğan

Die Diskussion um Staudämme in Nordkurdistan (Türkisch-Kurdistan) hat mit dem im März 2013 zwischen der türkischen Regierung und der kurdischen Freiheitsbewegung begonnenen offenen Dialog um Frieden eine neue Dimension bekommen. Dieser neue Prozess – auch von einigen als Friedens- oder Lösungsprozess benannt – hat unter anderem zur Folge, dass die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) am 23. März 2013 einen einseitigen Waffenstillstand bestätigte und die HPG-Guerilla am 9. Mai 2013 den geordneten Abzug ihrer bewaffneten Kräfte aus Nord- nach Südkurdistan begonnen hat. So weit, so gut.

Doch die türkische Regierung nutzt diese neue Situation, in der nicht mehr bewaffnet gekämpft wird, aus und lässt die seit Jahren in gewissen Regionen Kurdistans zwangsweise gestoppten oder zurückgestellten Infrastruktur-, Energie- und Bergbauprojekte sowie Militärstützpunkte (weiter-)bauen. Und das ziemlich überstürzt. Dies beunruhigt die Bevölkerung Kurdistans und alle anderen, die sich für den Frieden und eine demokratische Lösung der kurdischen Frage einsetzen.

Nach Newroz 2013 haben türkische Bauunternehmen begonnen, in den bisher umkämpften Gebieten Nordkurdistans (insbesondere in Çolemêrg (Hakkari), Şirnex (Şırnak), Dêrsim (Tunceli), in Teilen von Çewlik (Bingöl), Amed (Diyarbakır), Êlih (Batman) und Bedlis (Bitlis)) die planungsfertigen und ausgeschriebenen Staudamm-, Bergbau- und anderen Projekte zu bauen bzw. die unterbrochenen Bauprojekte fertigzustellen. Die Volksverteidigungskräfte (HPG) hatten durch ihre Dominanz den Bau verhindert und in den letzten zwei Jahren mehrere Baustellen angegriffen und zerstört. Während Staudämme in den letzten Monaten im Fokus standen, muss aber auch gesehen werden, dass Bergbauprojekte genauso dramatisch ökologische und soziale Zerstörungen vorantreiben.

Unter den Staudämmen sind vor allem die sogenannten »Sicherheitsstaudämme« in der Diskussion. Hierbei handelt es sich um elf Staudammprojekte direkt an der Grenze zum Irak in den beiden Provinzen Çolemêrg und Şirnex. Diese dienen ausschließlich und offiziell[1] militärischen Zwecken und haben teilweise gar keinen wirtschaftlichen Nutzen. Drei der Staudämme sind im letzten Jahr fertiggestellt worden, aber die Bauarbeiten der anderen acht Projekte mussten letztes Jahr gestoppt werden, nachdem die HPG-Guerilla gegen sie aktiv geworden war. Diese Projekte sollen Abschnitte mehrerer Täler überfluten, weil sie angeblich als Durchgangsgebiet (zwischen Nord- und Südkurdistan), die Höhlen in den Anhöhen als Lager oder Übernachtungsstätte von der Guerilla genutzt würden. Zum ersten Mal in der Geschichte des Baus von Staudämmen werden Staudämme gebaut, die offiziell einen militärischen bzw. sicherheitstechnischen Zweck verfolgen. Neben diesen werden Dutzende andere Staudämme in nicht grenznahen Gebieten (weiter-)gebaut, die ebenfalls sozial, ökologisch und politisch desaströse Auswirkungen haben werden.

Wie oben angedeutet, werden diese Bergbauprojekte in der kurdischen und türkischen Öffentlichkeit zuwenig beachtet. Die Anzahl der von Unternehmen beantragten oder schon vergebenen Lizenzen zum Erkunden von »Rohstoffen« wird in Nordkurdistan auf mehrere hundert beziffert. Allein in Dêrsim sollen es 64 sein; vor zwei Jahren waren uns gerade mal vierzehn bekannt. Dies allein zeigt schon, wie die hemmungslose Ausbeutung der Natur durch die neoliberal-kapitalistische Wirtschaftsweise laufen soll. Seit Jahren ist ein dramatischer Anstieg der Projekte in der gesamten Republik Türkei zu verzeichnen, doch einige Gebiete Nordkurdistans mussten aufgrund des laufenden Krieges ausgeklammert werden. Nun sind diese, im Sinne der Konzerne und Regierung, mit dem neuen Dialogprozess freigegeben worden. Da Nordkurdistan zumeist sehr bergig ist, wird in den kommenden Monaten und Jahren mit einer weiteren Zunahme der Lizenzen gerechnet.

Die Zerstörung durch angestrebte Bergbauprojekte ist ebenso verhängnisvoll wie durch die Staudammprojekte. Wenn die Ausbeutung beginnt, wird eine große Region in Anspruch genommen. Wenn allein in Dêrsim 64 Lizenzen vergeben wur-

1 Siehe Jahresbericht der Staatlichen Wasserbehörde (DSI) der Republik Türkei von 1997: http://www2.dsi.gov.tr/faaliyet_raporlari/raporlar.htm

den, kann das in baldiger Zukunft bedeuten, dass alle paar Kilometer ein Berg oder Hügel von einem Konzern besetzt und ausgebeutet wird. Für die Landschaft insgesamt kann das im größeren Maßstab dramatische Folgen haben. Nicht nur die Biodiversität der Pflanzen- und Tierwelt oberhalb der Erde würde leiden, sondern auch die reichen oberen Erdschichten wären auf hunderte Jahre hinaus aus ökologischer und landwirtschaftlicher Sicht zerstört. In diesem Zusammenhang gibt es eine weitere ernsthafte Auswirkung auf das Grundwasser. Die eingesetzten Mittel – wie z. B. Zyankali bei der Goldausbeutung – werden das Grundwasser auf Jahrzehnte oder Jahrhunderte in einer großen Region belasten, denn Grundwasser fließt sehr langsam. Dies kann sich vor allem auf die im Einzugsgebiet befindlichen Bäche und Flüsse langfristig auswirken. Die wenigen durch die Konzerne zu treffenden Gegenmaßnahmen helfen in der Regel wenig, in der Kolonie Kurdistan mit noch lockereren Sicherheitskriterien entsprechend weniger.

Kurz gesagt: Während Staudämme die Täler zerstören, übernehmen die Bergbauprojekte diese Aufgabe für die sie umgebenden Berge. Somit wird die Ausbeutung und Zerstörung der Natur komplett.

Der Stand beim Ilısu-Staudammprojekt und die Proteste

Das größte momentan laufende Staudammprojekt Nordkurdistans (und der gesamten Republik Türkei) ist das bekannte Ilısu-Staudammprojekt. Dieses wird, trotz einens gerichtlich im Januar 2013 verhängten Baustopps, weitergebaut. Das Verwaltungsgericht von Ankara verlangte eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nach türkischem Gesetz und verhängte bis zur Prüfung einen Baustopp. Zuvor hatte die Kammer der Landschaftsarchitekten als Kläger durch mehrere Gerichtsverfahren 2012 eine Gesetzesänderung bewirkt. Doch die türkische Regierung änderte im April 2013 das Umweltgesetz so, dass in solchen Fällen der Bau von begonnenen Projekten fortgesetzt werden kann und die entsprechende UVP dann nachgereicht werden muss.

Dieses Verhalten ist typisch für diese Regierung, die nur die Fortsetzung der ausbeuterisch-zerstörerischen Projekte im Sinn hat. Es ist nicht das erste Mal, dass sie Gesetze ändert, damit das Ilısu- oder andere Projekte weitergebaut werden können. Wenn das eigene Gesetz im Wege steht, wird es eben über Nacht geändert! Die Kammer der Landschaftsarchitekten hat wieder gegen die neue Gesetzesänderung der Regierung geklagt. Wann eine Entscheidung darüber zu erwarten ist, ist nicht abhersehbar.

Jetzt geht der Bau mit voller Geschwindigkeit weiter. Nach Angaben der Regierung seien 60 Prozent des Baus bereits fertiggestellt. Bei diesem Tempo wird der Bau wahrscheinlich 2015 abgeschlossen sein und die Überflutung des Tigristals beginnen. Dies wird je nach Abflusslage zwischen sechs Monaten und zwei Jahren dauern. Der Entschädigungsprozess bzw. der Umsiedlungsprozess für etwa die Hälfte der Betroffenen hat Ende 2012 begonnen und geht auch zurzeit weiter. Es laufen hunderte Widersprüche der betroffenen Familien. Der Umsiedlungsprozess für die andere Hälfte dürfte noch in diesem Jahr beginnen.

Noch ist nichts beim Ilısu-Projekt endgültig entschieden. Veränderte politische und ökonomische Rahmenbedingungen und ernsthafter Widerstand der Menschen der betroffenen Region könnten dieses Projekt immer noch zu Fall bringen.

Im Juni 2013 haben Tausende in Dêrsim gegen den Bau von Staudämmen, Bergbauprojekten und Militärstationen protestiert. Der Protest führte die Menschen nach Sinan, das sieben Kilometer von der Provinzhauptstadt Dêrsim entfernt liegt. Diese Aktion hat den Blick der Öffentlichkeit weit über die Grenzen von Dêrsim hinaus auf diese zerstörerischen Projekte gelenkt. Allerdings ist es notwendig, dass solche Proteste weitergehen und nicht nur in Form einer einmaligen Welle stattfinden. Es muss dauerhaft standgehalten werden.

Widerstand gegen zerstörerische Investitionsprojekte

Auch in anderen Orten Kurdistans regt sich – manchmal zum ersten Mal – Widerstand gegen zerstörerische Investitionsprojekte. So zum Beispiel in der Kleinstadt Gımgım (Varto) in der Provinz Mûş, wo angestrebte kleine und mittlere Staudammprojekte unter einem Teil der Bevölkerung zu Unmut geführt haben. Allerdings steht ein immer noch erheblicher Teil der Bevölkerung unkritisch diesen Projekten, von denen sie sich Arbeit erhoffen, gegenüber.

Protestiert wird ebenso seit zwei Jahren in der Kleinstadt Pasûr (Kulp), die im Nordosten der Provinz Amed liegt. Vier Wasserkraftwerkprojekte auf dem Fluss, der die Stadt durchquert, sollen gebaut werden. Zwei sind schon errichtet, zwei sind zurzeit gestoppt worden. Diese haben bzw. hätten zur Folge, dass viele Landwirte und Bewohner der Stadt kaum noch an Wasser herankommen. Ein gestiegenes Bewusstsein durch die Bemühungen von Aktivisten führte zu einer großen Protestdemonstration im Juni 2013, an der sich Tausende beteiligt haben. Für eine Kleinstadt in Kurdistan ist das eine großartige Leistung, wenn wir dies mit ähnlichen Situationen in anderen kleinen Orten (außer mit der in Dêrsim) vergleichen. ♦

Das Attentat auf die drei Revolutionärinnen und die Verhaftung Adem Uzuns:

Die französische Justiz ist auf dem kurdischen Auge blind

Maxime Azadi, Nachrichtenagentur Firat (ANF)

Seit ihrer Ankunft in Europa war sie stets zwischen vielen Städten auf Achse. Reisen mit Bahn oder Auto führten sie von einer Veranstaltung zur nächsten. Wenn sie aus Deutschland nach Paris kam, erwarteten sie in der Regel Diskussionsveranstaltungen zu Problemen der kurdischen Frauen. Aber diesmal hatte sie eigentlich nur einen kurzen Aufenthalt in Paris geplant. Sie wollte ihren Pass verlängern und andere bürokratische Angelegenheiten erledigen und in die Berge Kurdistans zurückkehren. Genauso wie sie nach ihrer Entlassung aus der langjährigen Haft in Amed (Diyarbakır) mit unvorstellbaren Folterungen den Weg in die Berge genommen hatte …

Sakine Cansız (Sara), Mitgründerin der PKK, wäre einige Tage später in die Berge Kurdistans gereist, wäre sie nicht zusammen mit Fidan Doğan (Rojbîn) und Leyla Şaylemez (Ronahî) am 9. Januar dieses Jahres mitten in Paris in den Räumlichkeiten des Kurdistan-Informationszentrums Opfer eines brutalen Mordanschlags geworden. Fidan Doğan war die Vertreterin des Kurdistan Nationalkongresses (KNK) in Paris, Leyla Şaylemez Mitglied der Jugendbewegung.

Alle drei wurden durch Kopfschüsse hingerichtet. Sara und Ronahî wurden von drei, Rojbîn von vier Kugeln getroffen. Aus dem Umfeld der Ermittlungsbehörden hieß es, Rojbîn sei einmal in den Mund geschossen worden.

Kurz vor dem Attentat waren die Friedensverhandlungen zwischen dem seit 1999 auf der Insel Imralı isoliert inhaftierten Volksführer der Kurdinnen und Kurden, Abdullah Öcalan, und der türkischen Regierung wieder aufgenommen worden. Deshalb lag der Verdacht nahe, dieser Anschlag gelte dem Friedensprozess.

Die Zweifel an der Täterschaft des kurz nach dem Attentat als Mordbeschuldigter festgenommenen Ömer Güney sind immer noch nicht ausgeräumt. Die Ermittlungsbehörden haben die Öffentlichkeit noch immer nicht zufriedenstellend informiert. Aus ihrem Umfeld verlautete, Blut solle an seiner Kleidung und in seinem Wagen gefunden worden sein. Soweit bekannt, hat Ömer Güney keine auffällige Vergangenheit. Er kam als Jugendlicher nach Frankreich und heiratete dann in Deutschland. Nach seiner Scheidung wurde er in Paris das erste Mal Ende 2011 bei einer Aktion kurdischer Jugendlicher auf der Place de la Bastille gesehen. Die Jugendlichen aber, denen Güney im Anzug auffiel, wurden misstrauisch und entfernten ihn von ihrer Aktion. Kurz darauf betritt Güney im November 2011 den kurdischen Verein in Villiers-le-Bel und lässt sich als Mitglied registrieren, und so beginnt sein Kontakt zur kurdischen Gemeinschaft in und um Paris. Ungefähr zum selben Zeitpunkt, als auch die kurdischen Organisationen die Information erhalten, eine Gruppe von AttentäterInnen sei von der Türkei nach Europa geschickt worden, um führende kurdische Persönlichkeiten zu liquidieren.

Güney half kurdischen AsylbewerberInnen bei Behördenangelegenheiten und hatte nie eine verantwortliche Position im Verein inne. Im März 2012 wurde er bei der Besetzung des Eiffelturms durch kurdische Jugendliche gefilmt und dort festgenommen. Im Dezember desselben Jahres wurde er bei der Durchsuchung eines Jugendcamps in Holland festgenommen. Während andere Jugendliche stundenlang verhört wurden, kam Güney innerhalb weniger Stunden wundersamerweise ohne Befragung frei.

Die Kriminalpolizei soll den Pass Güneys erst nach mehrmaliger Durchsuchung seines Fahrzeugs gefunden haben. So kamen seine »geheimnisvollen« Reisen in die Türkei ans Tageslicht. Nur wenige Wochen vor dem Attentat soll er im Dezember in die Türkei gereist sein, die Hintergründe liegen bis jetzt im Dunkeln. Die Verantwortlichen schweigen. Auch die Türkei nahm Ermittlungen zu dem Vorfall auf; in welchem Stadium sie sich befinden, ist ungewiss.

Güney war den französischen Geheimdiensten bekannt. Denn als er in Holland festgenommen worden war, war dies der französischen Polizei mitgeteilt worden, und so wurde er sofort wieder freigelassen. Gleichzeitig stand das kurdische

Informationszentrum seit Jahren unter der Beobachtung der französischen und türkischen Geheimdienste.

Bei dem Attentat soll eine einzige Waffe benutzt worden sein. Den verantwortlichen ErmittlerInnen zufolge wurden auf einer Patronenhülse andere als Güneys DNA-Spuren gefunden. Ob für die Morde mehrere TäterInnen verantwortlich sind, wurde der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt.

Laut Ermittlungsbehörden und kurdischen Quellen spürte die französische Polizei kurz nach dem Attentat eine geheimnisvolle E-Mail auf. Diese stamme von einer Adresse aus Deutschland, die IP-Adresse weist aber auf Teheran hin. Als die Öffentlichkeit noch nichts von den Reisen Güneys in die Türkei wusste, stand in der besagten E-Mail, dass Ömer Güney während seiner Türkeireise im Dezember den Auftrag für das Attentat erhalten habe und nach Paris zurückgekehrt sei, um die Morde zu begehen.

Auch Fidan Doğan hatte vor den Morden eine interessante E-Mail bekommen, die sie sehr beunruhigte. FreundInnen berichteten, sie habe sogar Drohanrufe erhalten. Die besagte E-Mail wies auf enge und sogar »freundschaftliche« Kontakte des Antiterror-Untersuchungsrichters Thierry Fragnoli, bekannt für seine sensationellen Operationen gegen KurdInnen, zu türkisch-nationalistischen Kreisen hin. Sie wurde am 1.10.2012 von Fragnoli an die französische Botschaft in Ankara geschickt. Danach fühlte er sich brüskiert und, warum auch immer, angesprochen, als der türkische Ministerpräsident Erdoğan Frankreich beschuldigte, »Terror zu unterstützen«. Erdoğan hatte in derselben Rede auch Deutschland angegriffen, aber die deutschen StaatsanwältInnen hatten nicht so reagiert. Noch verwunderlicher ist, dass Fragnoli nur zwei Stunden später diese E-Mail auch an eine für seine Aktivitäten gegen ArmenierInnen und KurdInnen bekannte Person namens Maxime Gauin schickte, mit der freundschaftlichen Bemerkung: »Pass gut auf Dich auf.« Maxime Gauin räumte den engen Kontakt zu Fragnoli ein und behauptete, es handele sich »lediglich um einen persönlichen Kontakt«. In einem gefälschten Bericht, gezeichnet vom französischen Inlandsgeheimdienst, wurde Gauin beschuldigt, französischer und türkischer Spion zu sein.

Fünf Tage nach der E-Mail Fragnolis, in der er schreibt, er sei zusammen mit drei StaatsanwaltskollegInnen, einem Richter und 28 KommissarInnen nur in Sachen PKK tätig, wurde Adem Uzun, Mitglied des geschäftsführenden Rates des KNK, am 6.10.2012 in Paris bei einer fragwürdigen Operation in einer Bar in Montparnasse festgenommen, am 09. August 2013 dann unter Auflagen aus der Haft entlassen.



Abschied von den drei in Paris ermordeten Revolutionärinnen, Leyla Şaylemez, Sakine Cansız und Fidan Doğan. Foto: ANF

Angesichts der aktuellen Informationen steht zweifelsfrei fest, dass Uzun, der zehn Monate lang im Pariser Gefängnis »La Santé« in Untersuchungshaft saß, für die französischen Sicherheitsdienste in eine Falle gelockt worden war. Die offizielle Begründung für die Festnahme (»Waffenschmuggel von Paris nach Irakisch-Kurdistan«) war ein Vorwand und nur ein Teil des Szenarios. Die französische Zeitschrift Paris Match veröffentlichte am 4. Juli einen Artikel über den Waffenhändler Ziad Takieddine, gegen den mehrere Ermittlungsverfahren laufen und der enge Beziehungen zum ehemaligen Staatspräsidenten Sarkozy pflegt, und berichtete darin von einer zwielichtigen Person, die Takieddine für die französische Justiz in eine Falle gelockt haben soll.

Nach sicheren Informationen von ANF und der prokurdischen französischen Internetseite ActuKurd ist der Organisator dieser dunklen Geschäfte Noël Delarosa gleichzeitig auch die Hauptperson im Komplott gegen Adem Uzun. Sein eigentlicher Name ist Noël Dubus. Es scheint sicher, dass die französischen Geheimdienste eine kriminelle »Zelle« gegründet haben, um vorher festgelegte politische Zielpersonen auf »Bestellung« in eine Falle zu locken. Diese Zelle bereitet den Boden für eine Straftat und organisiert somit echte Provokationen.

Der erste Hinweis kommt aus der Türkei. Dem französischen Geheimdienst wird mitgeteilt, Uzun bereite einen Waffenhandel vor. So wird Uzun sechs Monate lang abgehört. Dabei werden jedoch keine Erkenntnisse über einen Waffenhandel gewonnen. Daraufhin wird ein Agent mit dem Namen »Antoine« eingeschaltet, der Gespräche über den Kauf von Panzer- und Luftabwehrraketen organisiert. Laut Berichten der Zeitschrift Express vom Juni haben französische Geheimdienste fünf Treffen für den Kauf von Panzer- und Luftabwehrraketen zum Preis von zwei Millionen Euro arrangiert. Antoine übernimmt die Aufgabe, Adem Uzun zum fünften Treffen in einer Bar in Montparnasse zu bringen, angeblich ein gewöhnliches politisches Treffen. Aber bei genau diesem Treffen wird Uzun festgenommen und einer Straftat in Verbindung mit einer »terroristischen Organisation« bezichtigt.

Nach seiner Freilassung erklärte Uzun: »Ich habe von Anfang an gesagt, dass dies ein Komplott ist. Ich bestand darauf, dass die Personen, mit denen ich vor der Festnahme in Kontakt stand, näher untersucht werden. Ich habe an keinen geheimen Treffen teilgenommen. Sie haben fast ein Jahr lang nicht nachgeforscht. Nachdem diese Personen endlich durchleuchtet wurden und sich ihre Aussagen mit meinen deckten, haben sie mich freigelassen.«

Genauso wie der Mord an den drei kurdischen Frauen in Paris gewinnt auch der Fall Adem Uzun eine politische und diplomatische Brisanz, die französische Justiz und Regierung nicht mehr ignorieren können: Uzun lebt seit vielen Jahren als politischer Flüchtling in Europa und war in der legalen kurdischen Organisation KNK aktiv. Er hatte auch an den Gesprächen in Oslo zwischen der PKK und dem türkischen Staat teilgenommen. Damals scheiterten diese Friedensgespräche und der türkische Staat begann wieder mit harten Repressionen gegen KurdInnen.

Genauso wie der Mord an den drei kurdischen Frauen in Paris gewinnt auch der Fall Adem Uzun eine politische und diplomatische Brisanz, die französische Justiz und Regierung nicht mehr ignorieren können

Untersuchungsrichter Fragnoli taucht wundersamerweise auch wieder im Fall Adem Uzun auf. Nach Informationen aus Ermittlungskreisen schickte Fragnoli einen Tag vor der Stürmung der Bar in Montparnasse am 6. Oktober einen Warnhinweis an die belgischen Behörden, worin er die Verhaftung Uzuns für den nächsten Tag ankündigte. Deutlicher ausgedrückt: Alles war vorausgeplant, auch der Tag der Festnahme Uzuns.

Es ist klar, dass dies alles vorher geplante Aktionen waren. Mehr noch, es deutet alles auf eine politische Institution hin, die Zielpersonen ausmacht. Diese »Dienststelle« benutzt zwielichtige Personen wie Noël Dubus für extralegale Aktivitäten.

Es sind fast sieben Monate seit dem Attentat in Paris vergangen und der Fall ist immer noch nicht aufgeklärt. Vielleicht wissen die französischen Geheimdienste Bescheid und verschleiern die Tat aus politischen und wirtschaftlichen Interessen. Adem Uzun blieb mehr als zehn Monate im Gefängnis. Der Verdacht erhärtet sich, dass beide Vorfälle genau geplant und zu verschiedenen Zeiten mit verschiedenen Mitteln umgesetzt wurden. Je länger Frankreich dazu schweigt, desto mehr steht es in der Verantwortung und unter Verdacht.

KurdInnen wollen vor allem Gerechtigkeit. Sie wollen die Beseitigung der Ungerechtigkeit, die seit dem nach dem Ersten Weltkrieg geschlossenen Vertrag von Lausanne andauert, mit dem ihr Territorium durch künstliche Grenzen zwischen vier Ländern aufgeteilt wurde. In einer Zeit, in der KurdInnen stark auftreten und zu Hauptakteuren im Mittleren Osten werden, wird das Verhalten des französischen Staates in diesen zwei Fällen eine bedeutende Rolle in Bezug auf die künftigen französisch-kurdischen Beziehungen spielen. ♦

20 Jahre PKK-Betätigungsverbot:

Deutschland bleibt Verfolgungsland Nr. 1 in Europa

AZADÎ, 12. Juli 2013

Das Jahr 2013 begann, wie das vergangene endete: mit der Repression gegen Kurdinnen und Kurden:

- Am 13. Februar verurteilte das Oberlandesgericht Hamburg den kurdischen Politiker Ali Ihsan Kitay (48) zu einer Haftstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten.
- Am 5. Juni wurde das Hauptverfahren gegen Abdullah S. vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf eröffnet.
- Am 11. Juni hat das Kammergericht Berlin Vezir T. (43) zu einer dreijährigen Freiheitsstrafe verurteilt und
- am 12. Juli verhängte das Oberlandesgericht Stuttgart gegen die beiden Aktivisten Ridvan Ö. (31) und Mehmet A. (30) jeweils eine Haftstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten.
- Voraussichtlich am 14. August wird das Hauptverfahren gegen Metin A. (35) vor dem Oberlandesgericht Stuttgart eröffnet.

Allen gemeinsam ist, dass sie – im 20. Jahr des PKK-Verbots – wegen mutmaßlicher Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung im Ausland nach § 129b i. V. m. § 129a StGB verurteilt wurden bzw. angeklagt werden. Die VertreterInnen der Bundesanwaltschaft selbst bezeichneten den Prozess gegen Ali Ihsan Kitay als »Pilotverfahren«, weil er der erste nach dieser Vorschrift war, die im Jahre 2002 in Folge der Anschläge vom 11.9.2001 eingeführt worden ist.

Eskalation der Strafverfolgung

Der Bundesgerichtshof hatte am 28. Oktober 2010 entschieden, künftig den § 129b auch gegen die PKK und ihre Nachfolgeorganisationen anzuwenden, weil eine »ungleiche Bewertung der Organisationen als ausländische Vereinigungen« nicht zu rechtfertigen sei. Damit waren die Verfahren gegen Angehörige der tamilischen LTTE und insbesondere der türkischen linken Organisation DHKP-C gemeint, die zum Teil mit hohen Freiheitsstrafen endeten.

Der BGH hat also acht Jahre nach Einführung des § 129b festgestellt, dass die kurdische Bewegung fortan die »Voraussetzungen einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung im Ausland« erfülle, bei der der »maßgebende Vereinigungswille außerhalb der Bundesrepublik Deutschland gebildet« werde, und der »Funktionärskörper« der PKK als »unselbstständiger Teil der Auslandsorganisation« einzustufen sei.

§ 129b verfassungswidrig

Mit dieser folgenreichen Entscheidung hat der BGH dazu beigetragen, das destruktive Vorgehen des türkischen Staates gegen die kurdische Bevölkerung zu stärken. Hierbei konnte sie sich der vollen Rückendeckung der Politik gewiss sein, denn: Um Personen nach § 129b strafverfolgen zu können, ist eine Ermächtigung allein durch das Bundesjustizministerium erforderlich, das frei festlegen kann, ob eine Vereinigung als legitime Befreiungsbewegung oder als terroristische Organisation einzustufen ist – eine ausschließlich an innen- und außenpolitischen Interessen orientierte Entscheidung. Nach Auffassung der VerteidigerInnen in allen Prozessen trage dies das »Merkmal der Willkürlichkeit« und bedeute eine »Politisierung der Justiz«, zumal die Entscheidungen des Ministeriums weder anfechtbar noch richterlich überprüfbar seien. Hiermit sei die Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative aufgehoben worden. Der § 129b sei auch deshalb als verfassungswidrig zu bezeichnen. Das Bundesverfassungsgericht müsse hierüber entscheiden.

Teure Repression

Der Vorsitzende Richter im Stuttgarter Prozess hatte sich auch zu den Kosten des Verfahrens geäußert, die er mit rund 400 000 Euro bezifferte. Wir wissen nicht, was in dieser Sum-

me im Einzelnen enthalten ist. Vermutlich aber wurden in dieser Rechnung die Gehälter der RichterInnen, der BundesanwältInnen, der DolmetscherInnen, Justizangestellten, Polizei- und BKA-BeamtInnen nicht mit berücksichtigt.

Und dennoch lässt dieser Betrag erahnen, welch immense Kosten sämtliche Verfahren (inkl. des Düsseldorfer Prozesses von 1989 bis 1994 mit ursprünglich über 20 Angeklagten) gegen kurdische AktivistInnen nach §§ 129, a und b verursacht haben – Steuergelder immerhin.

Zahlreiche Aktenordner in unserem Büro sind gefüllt mit Dossiers über Dutzende von Verfahren gegen Kurdinnen und Kurden, die sich wegen ihrer politischen Aktivitäten vor Gericht wiederfanden. Waren es bis Mitte der 1990er Jahre noch überwiegend Prozesse nach § 129a StGB (Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung), änderte sich dies 1998, nachdem der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan zuvor einen Gewaltverzicht in Deutschland erklärt hatte. Fortan wurde die PKK »nur« noch als »kriminelle« Vereinigung (§ 129 StGB) eingestuft. Was nach Entspannung klang, war in Wirklichkeit das Gegenteil. Die Zahl der Verfahren stieg an, besonders drastisch nach der von diversen Geheimdiensten organisierten Verschleppung von Abdullah Öcalan aus Kenia in die Türkei im Februar 1999 und den weltweit durchgeführten Protestaktionen.

So auch in Deutschland. In der Folgezeit befanden sich hier weit über 100 Kurdinnen und Kurden in Haft, viele von ihnen wurden zu Bewährungs-, Freiheits- oder hohen Geldstrafen verurteilt oder gar ausgewiesen.

Das ganze Ausmaß

Die »normale« und flächendeckende Repressionspraxis der vergangenen zwei Jahrzehnte jedoch war geprägt von massenhaften Verfahren wegen des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz (u. a. Parolenrufen, Zeigen verbotener Fahnen, Spenden sammeln, verbotene Zeitschriften verteilen, unwürdige Auseinandersetzungen wegen des Zeigens von Öcalan-Bildern auf Transparenten etc.). Kurdinnen und Kurden, die ihre Heimat wegen politischer Verfolgung und Folter verlassen mussten und in die BRD flohen, sahen sich auch hier als »kriminell« oder »terroristisch« stigmatisiert.

Bis heute werden ihnen elementare Grundrechte wie Versammlungs- und Organisierungsfreiheit sowie Meinungs- und Pressefreiheit vorenthalten bzw. massiv eingeschränkt:

Wohnungs- und Vereinsrazzien, vorüberübergehende Festnahmen, ED-Behandlungen, verbotene Demonstrationen, Kundgebungen, Veranstaltungen, Kulturfeste – selbst Hochzeitsfeiern, ferner Asylaberkennungen, Einbürgerungsverweigerungen, Schließungen von kurdischen TV-Produktionsfirmen und Verbot des TV-Senders ROJ-TV, Kriminalisierung der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM) als quasi ausführendes Organ von PKK und CDK, lückenlose Überwachung politisch aktiver Kurdinnen und Kurden durch Verfassungsschutz (VS) und Staatsschutzdezernate, inquisitorische Sicherheitsbefragungen durch Ausländerämter, umfassende politische Betätigungsverbote gegen ehemalige Gefangene, verbunden mit drakonischen Aufenthaltsbeschränkungen und täglicher Meldepflicht bei der Polizei, Versuche des VS, Kurdinnen und Kurden für Spitzeldienste anzuwerben – eine schier unendliche Liste von Schikanen, Drangsalierungen und Willkürentscheidungen, mit denen staatliche Institutionen das Leben politisch aktiver Kurdinnen und Kurden erschweren oder unerträglich machen.

Bundesregierung: PKK ist »destruktiver Faktor der inneren Sicherheit«

Die folgenden Aussagen aus jüngster Zeit prägen seit zwei Jahrzehnten die Haltung aller Bundesregierungen, gleich welcher politischen Konstellation:

»[…] Der Forderung nach Aufhebung des PKK-Verbots und damit zusammenhängender Maßnahmen kann nicht entsprochen werden. Die PKK unterminiert anhaltend das friedliche Zusammenleben hunderttausender Kurden und Türken in Deutschland. Die PKK bleibt damit ein destruktiver Faktor für die hiesige innere Sicherheit, dem auch unter Ausschöpfung aller vereinsrechtlichen Möglichkeiten entgegenzutreten ist.« (November 2011)

»Die Bundesregierung setzt sich regelmäßig im Rahmen ihrer intensiven Gesprächskontakte mit der türkischen Regierung für eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts ein.

Ein Zusammenhang zwischen dem PKK-Verbot 1993, welches ausschließlich dem Schutz der hiesigen inneren Sicherheit dient, und den von der türkischen Regierung seit Ende 2012 geführten Gesprächen mit der PKK besteht nicht.« (April 2013)

Die Antwort des Hamburger Senats auf Fragen der Abgeordneten Christiane Schneider und Cansu Özdemir (DIE LINKE) zu Anwerbeversuchen des Verfassungsschutzes Hamburg:

»Die seit 1993 mit einem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot belegte PKK ist weiterhin ein Schwerpunkt bei der Beob-

achtung von extremistischen Organisationen mit Auslandsbezug. […]«

Zur Frage, ob der Senat das Angebot von YEK-KOM annehmen würde, deutsche Behörden über die politischen Positionen von Kurdinnen und Kurden informieren zu wollen, heißt es lapidar: »Nein. Die YEK-KOM e. V. tritt als Dachorganisation für über 40 Ortsvereine in Deutschland für die Belange der PKK ein und übernimmt vor allem Propagandaaktivitäten.« (Juni 2013)

Kontinuität bundesdeutscher Repressionspolitik

Diese »Bekenntnisse« offenbaren den katastrophalen Umgang bundesdeutscher Politik und ihrer Institutionen mit einem Großteil der hier lebenden kurdischen Bevölkerung: Strafverfolgung und Ignoranz.

Ungeachtet aller Veränderungen und Initiativen der kurdischen Bewegung wie mehrfache Waffenstillstände, innerdemokratische Reformen, grundlegende strukturelle, organisatorische und politische Neuausrichtungen, umfassende auf einen dauerhaften Frieden orientierte Lösungskonzepte – die stigmatisierende, ausgrenzende und undemokratische Position PKK/KADEK/KONGRA-GEL/KKK/KCK/CDK = PKK = Terrorismus wird aufrechterhalten. Die Listung der Organisationen auf der EU-Terrorliste, der Faktor Türkei als NATO-Land und die von den USA vorgegebene internationale Anti-PKK-Strategie machten es allen Bundesregierungen leicht, sich dem Konflikt, statt mit Diplomatie, Realitätssinn und politischen Mitteln zu nähern, auf das Polizei- und Strafrecht zu delegieren. Es zeigt aber auch, dass Deutschland keine eigenständige Kurden-Kurdistan-Politik vertritt, sondern eingebunden ist in dieses internationale Kooperationsspektakel.



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

zwei wichtige Ereignisse in diesem Jahr haben das 2009 ins Leben gerufene Bündnis »Kampagne TATORT KURDISTAN«, dem auch AZADÎ angehört, dazu bewogen, am 16. November 2013 eine bundesweite Demonstration in Berlin unter dem Motto »Frieden unterstützen – PKK-Verbot aufheben« durchzuführen.

Ende des vergangenen Jahres begann zwischen dem inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan einerseits und Vertretern der türkischen Regierung andererseits ein Verhandlungsprozess zur Lösung des seit Jahrzehnten ungelösten türkisch-kurdischen Konflikts. Seit Mai erfolgt aufgrund getroffener Vereinbarungen der Rückzug von Guerillaeinheiten vom Territorium der Türkei in die nordirakischen Kandil-Berge. Weitere Verhandlungsschritte werden folgen müssen, insbesondere vonseiten der türkischen AKP-Regierung. Mit der geplanten Demonstration wollen wir diesen Friedensprozess von Europa aus unterstützen.

Damit kommen wir zum zweiten Teil des Demonstrationsmottos:

Seit nunmehr 20 Jahren besteht das längst anachronistische PKK-Betätigungsverbot, das insbesondere den aktuellen Entwicklungen massiv entgegensteht. Wir sind der Auffassung, dass gerade jetzt der hier lebenden kurdischen community ermöglicht werden muss, sich offen, offensiv und strafverfolgungsfrei an den Diskussionen zu diesem politischen Wandel zu beteiligen, der ohne Zweifel auch Auswirkungen für die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens nach sich ziehen kann.

Alle, die unser Demonstrationsprojekt unterstützen wollen, können dies mit ihrer Unterschrift zum Ausdruck bringen. Hierfür hat die »Kampagne TATORT KURDISTAN« den folgenden Blog eingerichtet, auf dem auch der Aufruf mit den ErstunterzeichnerInnen zu finden ist:

http://friedenstattverbot.blogsport.de

Wir würden uns über eine kraftvolle Unterstützung freuen.

AZADÎ e.V.

Dennoch: Die deutsche Politik hat von Anbeginn an in Europa eine protagonistische Rolle in Sachen antikurdischer Repressionsstrategie übernommen.

Politische Ereignisse mit Folgen

Die ungeheuren medialen Kampagnen gegen Kurdinnen und Kurden in den ersten Jahren nach dem Verbotserlass brannten einerseits ein Feind- und Schreckensbild in die Köpfe der bundesdeutschen Bevölkerung, andererseits führte die Hetze aber auch zu viel Solidarität und zahlreichen Initiativen, mit denen die Aufhebung des Verbots gefordert wurde – damals auch von PolitikerInnen der Grünen oder der SPD. Dieses Interesse erlahmte bzw. erlosch zeitweise durch Ereignisse wie die Anschläge des 11. September 2001, die daraufhin angezettelten Kriege sowie den weltweiten Anti-Terror-Kampf zugunsten eines brachialen Abbaus fundamentaler demokratischer Rechte – wahrlich eine Zäsur. Auch die dramatische Verschleppung und Verurteilung des damaligen PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan waren ein tiefgreifender Einbruch.

Durch massive Spaltungsversuche sowohl von außen als auch von innen war die Organisation ernsthaft bedroht. Es sind nicht wenige gewesen, die sich auch in der BRD daran beteiligt haben, den Erosionsprozess der PKK voranzutreiben. Die Folge war eine Entsolidarisierung, die sich deutlich auf unsere Arbeit ausgewirkt hat. Wir sahen uns in dieser Zeit ebenfalls politischen Angriffen ausgesetzt und waren längere Zeit mit Abwehrkämpfen beschäftigt, die uns viel Energie gekostet haben. Erfreulicherweise hat sich die Situation der kurdischen Bewegung konsolidiert. So konnten prokurdische Parteien in Kurdistan beachtliche Erfolge bei den Wahlen im Jahre 2009 verzeichnen, was den türkischen Staat veranlasste, den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung und die Guerilla im Nordirak verstärkt wieder aufzunehmen.

Feindbildkonstrukte

Dies führte 2009 zur Gründung des Bündnisses Kampagne TATORT KURDISTAN (TK), das sich zur Aufgabe gemacht hat, die Öffentlichkeit über Hintergründe deutsch-türkischer Interessenspolitik zu informieren und über die Mitverantwortung Deutschlands am Krieg gegen die kurdische Bevölkerung – durch Waffenlieferungen und die Einstufung der »kurdischen Frage« als ein Problem des »Terrorismus«.

Prompt wurde TK im Verfassungsschutzbericht 2010 gelistet als eine Initiative, die nicht selbstständig agiere, sondern eine »Propagandaaktion unter maßgeblicher Mitwirkung der PKK und ihrer nachgeordneten Strukturen« sei und der eine Vielzahl »PKK-naher Organisationen und einige linksextremistische deutsche Gruppierungen« angehören. Das ist der Stoff, aus dem Verfassungsfeinde konstruiert werden und Solidarität torpediert wird!

Gemeinnützigkeit aberkannt

Eine andere Methode hat AZADÎ zu spüren bekommen: Im September 2010 wurde dem Verein vom Finanzamt Düsseldorf aus formalen Gründen die Gemeinnützigkeit aberkannt. Die eigentlichen Gründe aber waren, dass AZADÎ gemeinsam mit YEK-KOM eine Pressemitteilung aus Anlass des 15. Jahrestages des PKK-Verbots herausgegeben habe und dies im Bericht des VS NRW von 2008 vermerkt gewesen sei. Der andere, dass der Verein »Unterstützungsleistungen für politische Gefangene im Zusammenhang mit in Deutschland verbotenen Organisationen« vornehme. Der Verfassungsschutz also hatte beim Finanzamt interveniert.

Und wie weiter?

Eine Prognose, wie sich die Situation bezüglich des Ende 2012 begonnenen Verhandlungsprozesses zur Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts zwischen dem inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan einerseits und VertreterInnen des türkischen Staates andererseits weiterentwickelt, ist derzeit schwierig abzugeben, insbesondere angesichts der Taksim-Aufstände, die sich im ganzen Land ausgebreitet haben. Die Kurdinnen und Kurden werden darauf bestehen, die Verhandlungen fortzusetzen. Ein Zurück wird es nicht geben.

Welche Auswirkungen die Entwicklungen auf die deutsche Politik haben, bleibt abzuwarten. Bisher waren die floskelhaften Beteuerungen der Bundesregierung(en), man setze sich im Rahmen der Gesprächskontakte mit der türkischen Regierung regelmäßig für eine friedliche Konfliktlösung ein, in den vergangenen 20 Jahren wenig erfolgreich gewesen.

Dass sich die nach den Wahlen am 22. September neu gewählte Regierung, wie immer sie auch aussehen möge, für eine Aufhebung des PKK-Verbots stark machen könnte, ist nach unserer Einschätzung derzeit eher ein Wunschkonzert. Aber warten wir‘s ab.

Wenn auch die staatliche Verbotspolitik tiefe Wunden geschlagen hat und in einem bestimmten Rahmen erfolgreich war, steht auch fest: AZADÎ wird seine Arbeit fortsetzen und die kurdische Bewegung wird es ebenfalls tun. Eine Alternative hierzu gibt's eben nicht. ♦

Tunesien: Die politische Krise eskaliert

Bernard Schmid, 31. Juli 2013

»Die zweite tunesische Revolution ist im Gange«, schrieb die tunesische Onlinezeitung Businessnews Tunisie Ende Juli. Tunesische Medien haben oft extrem unangenehm klingende Namen, wie Kapitalis oder Businessnews, die allerdings nur daher rühren, dass Wirtschaftszeitungen unter dem bis 2011 regierenden diktatorischen Regime die einzige halbwegs freie Presse darstellten. Ihr Inhalt ist dagegen derzeit höchst anregend. Längst widmen sie sich heute der allgemeinpolitischen Berichterstattung.

Der erwartungsfrohe Titel rührt daher, dass die »Verfassungsgebende Nationalversammlung«, die im Oktober 2011 als provisorisches Parlament gewählt worden war, sich in den letzten Julitagen im Belagerungszustand befand. 25 000 Menschen waren am Sonntag, dem 28. Juli und in der Nacht zum darauf folgenden Montag in Bardo, dem Stadtteil von Tunis, wo das provisorische Parlament seinen Sitz hat, versammelt gewesen. Zwar fasst der zentrale Platz von Bardo nur insgesamt 10 000 Menschen, aber zahlreiche Personen waren auch in den Seiten- und Nebenstraßen versammelt. Dabei gab es allerdings zwei Lager: Rund zwei Drittel machten Protestierende aus, die für den sofortigen Rücktritt der von der islamistischen Partei En-Nahdha (Wiedergeburt) dominierten Regierung, die Auflösung des provisorischen Parlaments und zügige Neuwahlen eintreten. Ein knappes Drittel des Platzes dagegen nahmen Anhänger der Regierungspartei En-Nahdha ein, die ihre Basis mobilisiert hatte, zusammen mit den ihr nahestehenden Schlägertruppen der »Ligen für den Schutz der Revolution« (LPR). Sie waren dazu da, die gegenteilige Position zu verteidigen. Während einiger Momente bedrängten die LPR Demonstranten aus dem gegnerischen Lager gemeinsam mit der Polizei.

Auch die »Verfassungsgebende Nationalversammlung« selbst scheint sich unterdessen im Auseinanderbrechen zu befinden. Bei 73 unbesetzten Sitzen von insgesamt 217 ist die Versammlung beschlussunfähig. Dies drohte ihr akut: In der letzten Juliwoche waren es bereits 62 Abgeordnete, die erklärt hatten, dass sie ihr Mandat nicht weiterhin wahrnehmen würden. Es wurde erwartet, dass ihre Zahl schnell auf mindestens 70 steigen dürfte. Viele der streikenden Abgeordneten belagerten das provisorische Parlament in einer Sitzblockade. Am Montag, dem 29. Juli, wurden sie jedoch in den frühen Morgenstunden durch die Polizei gewaltsam vom Zentrum des Platzes gedrängt, mit der Begründung, die Sicherheitskräfte müssten »die beiden Streitparteien auseinanderhalten« und räumlich trennen. Zwei Abgeordnete, Noomane Fehri und Mongi Rahoui, wurden dabei schwer verletzt.

Der parteilose Innenminister Lotfi Ben Jeddou erklärte dazu, er entschuldige sich bei ihnen – und er habe »Lust zurückzutreten«, könne dies aber im Augenblick nicht tun. Ein Sprecher der Polizeigewerkschafter erklärte seinerseits, es gebe keinerlei schriftliche Befehle, und die Einsatzleiter wüssten offenbar gar nicht, welchen Direktiven die Mannschaften gehorchten. Im Hintergrund steht eine Doppelstruktur innerhalb der Polizei: Ein Teil der Beamten stammt noch aus der Zeit des alten Regimes und hatte vor 2011 auf dieses ihre Treue geschworen. Die islamistische Regierungspartei En-Nahdha soll seitdem ihrerseits 20 000 Polizisten eingestellt haben. Beide Fraktionen scheinen nicht dieselbe Agenda zu verfolgen.

Auch bei den ausständischen Parlamentariern sind allerdings formal unterschiedliche Situationen anzutreffen: Einige hatten explizit ihren Rücktritt vom Mandat erklärt. Andere dagegen wollen ihren Sitz behalten, ihr Amt jedoch nicht wahrnehmen, da ihre Partei für den Fall, dass sie den Sitz abgeben, ihn neu besetzen könnte. Denn viele der opponierenden Abgeordneten wissen ihre Partei hinter sich, wenn sie die Auflösung des provisorischen Parlaments fordern, andere dagegen handeln wider die Parteilinie. Etwa die Abgeordnete Nafissa Marzouki, die zur sozialdemokratischen Partei Ettakatol gehört, welche derzeit Mitglied in der – »Troika« genannten – regierenden Dreierkoalition aus Islamisten, liberalen Nationalisten und opportunistischen Sozialdemokraten ist. Am Montag, dem 29. Juli, erklärte sie als erste Mandatsträgerin ihrer Partei, ihr Mandat auszusetzen.

Am selben Abend erklärte Parteichef Mustapha Ben Ja'afar, seine Partei fordere die Auflösung der derzeitigen Regierung, um sie durch eine erweiterte Koalition mit breiterer Basis zu ersetzen. Widrigenfalls erwäge sie einen Rückzug aus der Koalition. Er forderte auch eine Untersuchung der Umstände, unter denen die beiden Parlamentarier verletzt worden waren. Bei einer Krisensitzung des Kabinetts war ebenfalls von einem Teil der Teilnehmer erwogen worden, die Regierung müsse auf eine breitere politische Basis gestellt werden. Gedacht ist dabei anscheinend an eine Erweiterung der Koalition um die »Republikanische Partei« (Al-Joumhouri) des politischen Berufsopportunisten Néjib Chebbi. Er hatte in den letzten Wochen eine Annäherung der, offiziell laizistischen, Zentrumspartei an En-Nahdha praktiziert. Vergangene Woche waren deswegen 105 Mitglieder und Mandatsträger der Partei auf einen Schlag ausgetreten. Andere Teilnehmer der Krisensitzung, besonders aus den Reihen von En-Nahdha, plädierten dagegen eher für einen verschärften Ausnahmezustand.

Unterdessen tummeln sich auch in der Opposition, die die derzeitige Regierung überwinden möchte, unterschiedliche Kräfte. Dies reicht von einem Teil des Front populaire (der »Volksfront«, grobschlächtig übersetzt), welcher auf der radikalen Linken steht – einige säkular-nationalistische Kräfte innerhalb des Zusammenschlusses Front populaire sind nicht ganz so links –, über die säkulare Mitte-Rechts-Partei Nidaa Tounès (»Appel/Aufruf Tunesiens«) bis zu Kräften, die aus dem alten Regime kommen. Unter jenen politischen Kräften, die ihre Abgeordneten aus dem provisorischen Parlament zurückzogen, ist etwa auch die (kleinere) Partei Al-Moubadara – »Die Initiative« –, die im April 2011 gegründete Formation des früheren Außen- und zuvor Verteidigungsministers der Ben 'Ali-Diktatur, Kamel Morjane. Diese verfügt allerdings nur über fünf Abgeordnete. Aber auch die weitaus größere Oppositionsformation Nidaa Tounès, die derzeit stärkste Oppositionspartei, umfasst zum Teil auch Kräfte aus dem alten Regime (neben bürgerlichen Politikern und auch manchen Gewerkschaftern, in deren Augen der Kampf gegen den regierungsislamistischen Hauptfeind auch solche Bündnisse rechtfertigt).

In der Opposition gegen die Regierungsislamisten gibt es mindestens zwei Strömungen: eine progressive und eine sich als »modernistisch« bezeichnende. Letzterer Begriff bezeichnete in Tunesien das Regierungslager unter Präsident Habib Bourguiba (1956 bis 1987, Amtsvorgänger Ben 'Alis). Heute berufen sich auf diesen Begriff (»Modernisten«) in Tunesien auch Menschen, die sich daran erinnern, dass die Polizei unter Ben 'Ali eher Kopftuch tragende Frauen schikanierte und dass sie heute eher solche in kurzen Röcken schikaniert. Und die sich mit Wohlwollen an die gute alte Zeit und ihre gute Repression erinnern – die damals schon in Ordnung war, weil es damals eben »die Richtigen« traf.

Es gibt also keine Bestimmung des Oppositionslagers entlang eines einfachen Links-Rechts-Schemas. Entscheidend für den progressiven oder nicht progressiven Charakter seines Wirkens wird also sein, welchen sozialen Gehalt die unterschiedlichen Oppositionskräfte (die politischen zuzüglich der UGTT, zu ihr vgl. unten) ihren Handlungen geben werden. In diesem Zusammenhang orientiert die stärkste Oppositionspartei Nidaa Tounès zurzeit auf die Bildung einer »Regierung zur nationalen Rettung/zur Rettung des Landes« (gouvernement de salut national), unter Anlehnung an die »Nationale Rettungsfront« der bürgerlichen Säkularen unter Mohamed El-Baradei in Ägypten. Eine ähnliche Front soll auch, »zur Rettung des Landes«, in Tunesien aufgebaut werden. Der linkere Front populaire unterstützt zwar einerseits diese Initiative zur Frontbildung gegen die amtierende Regierung, überholt sie aber andererseits auf der Linken, indem das linke Bündnis parallel dazu zur Bildung von selbstorganisierten Komitees in allen Regionen und auf örtlicher Ebene aufruft. Auf regionaler Ebene passiert ebenfalls viel: In fünf oder sechs tunesischen Provinzen (von insgesamt 26) wurde Ende Juli etwa versucht, den Gouverneurssitz zu stürmen. Im zentraltunesischen Gafsa wurde dabei ein Mitglied des Front pop' durch die Polizei getötet. In der zweitgrößten Stadt Tunesiens, Sfax, wurde hingegen eine Erstürmung des Rathauses versucht. Die massiven Demonstrationen in den Provinzen setzten sich auch am Mittwoch, den 31. Juli, fort.

Legitimität ging flöten

Den Hintergrund des aktuellen politischen Machtkampfs bildet das wachsende Legitimitätsdefizit der Regierung, aber auch der Zusammensetzung des provisorischen Parlaments. Dieses war im Oktober 2011 demokratisch gewählt worden, aber theoretisch nur für ein einjähriges Mandat. Dieses sollte dazu dienen, eine neue Verfassung zu schreiben. Doch diese konnte bis heute nicht verabschiedet werden, unter anderem aufgrund der aus Sicht anderer Kräfte unzumutbaren Forderungen der Regierungsislamisten. Diese weisen eine relative Mehrheit von 40 Prozent der Sitze aus – während eine jüngste Umfrage ihnen aktuell nur noch 12 % der Stimmabsichten bescheinigt –, aber keine eigene absolute Mehrheit.

Obwohl En-Nahdha nach mehrmonatigem Streit Ende März 2012 formal auf die Einführung der Schari'a oder einer verbindlichen Staatsreligion in die künftige Verfassung verzichtete, überfrachtete sie den Entwurf immer wieder mit ideologisch motivierten Anliegen. Eine als Kompromiss geltende Vorlage wird nunmehr seit dem 1. Juli im Parlament debattiert, hat jedoch etwa aus Sicht von Human Rights Watch oder des Europarats noch immer schwere Mängel. So garantiert der Text die Menschenrechte, aber unter dem Vorbehalt,

dass keine »kulturellen Besonderheiten des Landes« ihnen entgegenstehen – eine altbekannte Marotte islamistischer Bewegungen oder Regierungen. Und so verzögert sich die Annahme der Verfassung auch weiterhin.

Da das Mandat bereits seit über neun Monaten überschritten ist, wächst der Legitimitätsverlust der Regierung. Während die Islamisten es nicht schaffen, die tunesische Gesellschaft nach ihren Vorstellungen ideologisch umzukrempeln – sie verdreifachten die Biersteuer, um durch erhöhte Preise vom Alkoholkonsum abzuschrecken, aber laut am 23. Juli 13 vorgelegten Zahlen stieg der Alkoholverbrauch im Lande noch. Und der Exportschlager des Landes auf dem französischen Markt wird derzeit nun ausgerechnet die tunesische Biermarke Célia.

Unter dem Druck der aktuellen Ereignisse hat Premierminister 'Ali La'arayedh von der Partei En-Nahdha nun erstmals einen konkreten Wahltermin vorgeschlagen, nachdem dieser bislang in den Sternen zu stehen schien oder immer wieder Gegenstand uneingelöster Versprechungen war. Bevor ihm der Laden auseinanderfliegt, wollte der Regierungschef die Initiative in der Hand behalten und schlug nun als Datum den 17. Dezember 2013 vor, als symbolischen Termin – es wäre der dritte Jahrestag der Selbstverbrennung von Mohamed Bou'azizi, der den Aufstand im Winter 2010/11 auslöste.

Abzuwarten bleibt, ob das Parlament jedoch nicht schon vorher auseinanderfliegt. Jedenfalls bleibt ein vorzeitiger Rücktritt zumindest der amtierenden Regierung wahrscheinlich. Am Montag forderte dies nun auch der Gewerkschaftsdachverband UGTT. Allerdings fordert die UGTT im Augenblick »nur« die Auflösung der Regierung und ihre Ersetzung durch eine konsensfähigere, nicht jene der Verfassungsgebenden Versammlung. Dies ist dennoch ein Schritt nach vorn, da die UGTT damit offensiver auftritt als in den letzten Monaten, u. a. nach dem letzten politischen Mord am 06. Februar dieses Jahres (vgl. unten). Damals hatte sie einerseits die Mordattacke scharf verurteilt und auch die Regierungspartei En-Nahdha politisch kritisiert, war aber gleichzeitig betont staatstragend aufgetreten. »Die UGTT ist ein Riesentanker und kein Motorboot, deswegen bewegt sie sich bei jedem Kurswechsel auch nur allmählich«, äußerte ein guter Kenner des Apparats gegenüber dem Autor dieser Zeilen – der dennoch eine progressive Entwicklung im Gange sah.

Am Freitag, den 27. Juli 2013, hatte die UGTT zum Generalstreik aufgerufen, ähnlich wie am 08. Februar nach dem zurückliegenden politischen Mord an Chokri Belaïd. Dieses Mal waren die Demonstrationen im Zusammenhang mit dem Generalstreik allerdings weniger stark besucht (vielleicht auch im Zusammenhang mit dem Fastenmonat Ramadan und den hohen Temperaturen). Allerdings wurden an dem Tag sämtliche Flüge nach Tunis mit den nationalen Fluggesellschaften TunisAir und TunisAir Express zu 100 % abgesagt. Sami Tahri vom Vorstand der UGTT (und ihrem linken Flügel) gab in der tunesischen Zeitung La Presse die Streikbeteiligung im öffentlichen Dienst mit 95 Prozent an.

Doppelter Politmord

Den unmittelbaren Anlass zur aktuellen Zuspitzung gab der Mord an dem linksnationalistischen Oppositionspolitiker und Anwalt Mohamed Brahmi am 25. Juli. Es war der zweite spektakuläre politische Mord nach jenem vom 06. Februar 2013 an dem ebenfalls linksnationalistischen Politiker Chokri Belaïd. Als Täter gibt die Regierung salafistische Extremisten an – ihr Innenminister nannte auch einen konkreten Namen, jenes des ohnehin polizeilich gesuchten Jihadisten Boubakeur al-Hakim. Der 29-Jährige wuchs im 19. Pariser Bezirk als Sohn tunesischer Eltern auf, bevor er ab 2003/04 Jihaderfahrungen zunächst im Irak suchte.

Aber jenseits der unmittelbaren Täter stellen viele Beobachter und politische Akteure die Frage nach den Hintermännern der Tat. Und viele antworten darauf, En-Nahdha sei mit ihnen verstrickt – auch wenn von den mitregierenden Liberalnationalisten unter Moncef Marzouki in der französischen Presse energisch die Gegenthese verteidigt wird, die Tat schade En-Nahdha politisch, da die Regierung durch die Proteste nach dem Mord erneut unter starken Druck gerate. Dies trifft tatsächlich zu. Allerdings ist En-Nahdha strategisch gespalten, und während ein Teil der Partei auf die »normale« Teilnahme an bürgerlich-demokratischen Verfahren setzt, scheint ein anderer Flügel wenig davon zu halten, sich erneut den Wählern zu stellen. Zu stark ist bei ihnen die Angst oder auch die schlichte Weigerung, die nach Jahrzehnten der Opposition und der Verfolgung errungene politische Macht wieder abgeben zu müssen. Mindestens eine Fraktion setzt deshalb eher auf eine innenpolitische Zuspitzung, um in einem bürgerkriegsähnlichen Klima ihre Anhänger zu mobilisieren und bei ihnen eine Belagerungsmentalität zu schaffen.

Die Ereignisse in Ägypten seit dem 30. Juni 2013 haben ihren Pessimismus, sich mit bürgerlich-demokratischen Mitteln an der Macht zu halten, noch verstärkt. Daraufhin tönte der Fraktionsvorsitzende von En-Nahdha im Parlament, Sabhi Atig, am 13. Juli 2013 bei einer öffentlichen Versammlung in Tunis, notfalls dürfe »auch das Blut derer, die die Legitimität« der Regierenden »in Frage stellen, vergossen werden«. Sein Anliegen scheint in Erfüllung gegangen zu sein. Dass En-Nahdha sich durch solches Vorgehen auf die Dauer einen Gefallen tut, ist allerdings sehr ungesichert. ♦

Belgien

KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-Mail: info@kon-kurd.org

Deutschland

Civaka Azad | Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.
Bornheimer Landstraße 48
60316 Frankfurt a. M.
Telefon: 069/84772084
E-Mail: info@civaka-azad.org
http://civaka-azad.org/

Ceni | Kurdisches Frauenbüro für Frieden
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Internationale Initiative
Freiheit für Abdullah Öcalan –
Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
http://www.freedom-for-ocalan.com

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Spaldingstr. 130–136; 20097 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
http://isku.org

Kurd-Akad. | Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.
Postfach 102801, 44028 Dortmund
E-Mail: info@kurd-akad.com
http://www.kurd-akad.com

Österreich

FEY-KOM
Jurekgasse 26
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at

Italien

Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18, 00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com

Frankreich

Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz

KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande

FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
http://www.fedkom.nl

Dänemark

FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal, 1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
http://www.kurder.dk

Australien

Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern

Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation

Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ungarn

KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTURÁLIS EGYESÜLET
Dózsa György út 58; 1076 Budapest
(36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521
E-Mail: info@kurdistan.hu
www.kurdistan.hu

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU –
Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro
plus Portokosten

Titelbild:
15. August-Feier in Colemêrg |DIHA

Rückseite:
Friedensprozess unterstützen – PKK-Verbot aufheben
Plakat zur Demo gegen das PKK-Verbot im November

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



ISSN 0935-5375